

18

Bonn, Freitag 10. Mai 1968

Sprecher: Amrehn, Barzel, Fay, Filbinger, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Hahn, Hange, Heck, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Lemmer, Rathke, Scheufelen, Stingl, Stoltenberg, Streibl.

Wahlen in Baden-Württemberg. Bericht zur Lage. Verschiedenes: Wahl des Bundespräsidenten. Berlin.

Beginn: 10.40 Uhr

Ende: 16.50 Uhr

*Heck: Meine Herren! Ich schlage vor, wir beginnen, und zwar mit dem Punkt 2 der Tagesordnung: Wahlen in Baden-Württemberg. Darf ich Herrn Scheufelen bitten, kurz über die Wahlen, das Wahlergebnis und die Erfahrungen bei den bisherigen Bemühungen um eine Regierungsbildung zu berichten!*¹

WAHLEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG. BERICHT ZUR LAGE

*Scheufelen: Meine Herren! Das bemerkenswerteste am Wahlergebnis ist, daß die NPD mehr Stimmen bekommen hat, als wir nach allen Befragungen usw. erwarten konnten. Dafür gibt es zwei Erklärungen, daß erstens die Studentenunruhen dazu beigetragen haben – aber das glauben wir nicht – und zweitens, daß hier die Grenzen der Demoskopie erreicht worden sind; denn die Leute sagen bei einer Befragung noch nicht einmal, ob sie NPD wählen. (*Zuruf: Warum auch!*) Den einzigen Anhaltspunkt über die Demoskopie hatten wir durch eine Frage im Oktober: Wünschen Sie, daß die NPD stärker oder schwächer wird? Auf diese Frage haben damals schon 9% gewünscht, daß die NPD stärker wird.²*

Zur Wahlkampfsituation! Unser Problem gegenüber der SPD war es, zunächst einmal klarzumachen, daß mit dem Eintritt der SPD in die Regierung nicht die Welt be-

1 Ergebnis der Landtagswahlen am 28. April 1968: CDU 44,2%, 60 Mandate (1964: 46,2%, 59 Mandate), SPD 29% (37,3%, 47 Mandate), FDP/DVP 14,4%, 18 Mandate (13,1%, 14 Mandate), NPD 9,8%, 12 Mandate, Sonstige 2,6%. – Wahlanalysen: Wissenschaftliches Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung: Informationsvermerke über Wahlergebnisse und Bevölkerungsstruktur in ausgewählten Städten Baden-Württembergs. Eichholz, März 1968; Berichte des Deutschen Industrie-Instituts zur Politik: Analyse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg. 2. Jg. Nr. 4, Juni 1968 (ACDP Dokumentation 17/1).

2 In der Analyse der Umfrage vom November/Dezember 1967 (vgl. Nr. 17 Anm. 31) wurde betont, daß die Datenbasis für derartige Trendprognosen zu schmal sei.

gonnen hat.³ So hat nämlich die SPD nicht angefangen. (*Kohl*: Nach der neueren Zeitrechnung!) Es war ja nicht so, daß vorher alles Quatsch gewesen ist, und daß sie das Vaterland retten mußte. Wir waren in der Wahlkampfführung gezwungen, nun doch herauszustellen, daß gewisse Pannen passiert sind, und zwar so, daß sie von allen gemeinsam verschuldet worden sind, daß die SPD mit ihren ausgabewirksamen Anträgen usw. uns sogar überfordert hat.

Das war die Frontstellung gegen die SPD, die sich im Laufe des Wahlkampfes etwas verschärft hat. Man hat sich mit Anzeigen auseinandergesetzt. Die Zeitungen waren erstmalig bereit, Erklärungen und Gegenerklärungen im redaktionellen Teil zu bringen. Wenn man wollte, konnte man jeden Tag eine halbe Seite auf der dritten Seite in der Landespresse haben. Das haben wir auch ausgenutzt.

Die Situation mit der FDP war nicht so einfach; denn wir mußten ja, um gegen die SPD glaubhaft zu sein, die kleine Koalition von früher, die viel länger gedauert hat, verteidigen. Wir mußten z. B. den Herrn Müller decken.⁴ Es blieb uns gar nichts anderes übrig. Da hat sich dann der Herr Dahrendorf angeboten. Und nun zerfällt die FDP immer mehr in zwei Parteien. (*Zuruf*: Drei!) Man muß fragen, wieviel von den sogenannten Konservativ-Liberalen noch übrigbleiben? Wir haben die Gelegenheit wahrgenommen, unter Herausstellung einiger Dinge von Herrn Dahrendorf, den FDP-Wählern klarzumachen, und zwar den ausgesprochen alten Konservativen, daß sie ja gar nicht mehr FDP wählen können. Das hat dann auch prompt Diskussionen ausgelöst. Das hat mit einer Anzeige begonnen. Dann wurden die weiteren Auseinandersetzungen auf der Seite 3 der Tageszeitungen durchgeführt.

Gegen die NPD haben wir die Sache vielleicht etwas falsch gemacht. Wir sind davon ausgegangen, daß die NPD um die 7% Stimmen bekommt. Sämtliche Befragungen von Wildenmann und Allensbach liegen bei dieser Zahl.⁵ Nach den Unruhen zu Ostern waren es aber nicht mehr 7%. Da haben wir gesagt, wir bekämpfen die NPD durch Versammlungswellen, nicht aber durch Anzeigen, auch nicht durch Plakate, um sie nicht aufzuwerten.

Wir haben seit Oktober vor oder hinter den NPD-Versammlungen unsere Versammlungen abgehalten. Wir haben Gruppen aufgebaut bei der Jungen Union, die z. T. an Wochenenden in bestimmten Bezirken bis zu 60 Versammlungen durchgeführt haben. Das Gros unserer Versammlungen bis zum eigentlichen Wahlkampf hat sich im wesentlichen gegen die NPD gerichtet. Wir haben aber auch Bauernkongresse in den anfälligen Gebieten durchgeführt.

3 Im Dezember 1966 war die CDU/FDP-Koalition durch eine Koalition aus CDU und SPD abgelöst worden, vgl. Uwe Dietrich ADAM, in: WEINACHT S. 287–290. – Zur Koalitionskrise 1966 vgl. Wilhelm HOFMANN, in: ROTHMUND/WIEHN S. 272–278.

4 Dr. Hermann Müller. – In der FDP-internen Auseinandersetzung zwischen einem „rechten“ und einem „radikal-liberalen“ Flügel zählte Müller zu den konservativen Kräften und versuchte einen Kurs der Mitte zu halten (Uwe Dietrich ADAM, in: ROTHMUND/WIEHN S. 240).

5 Allensbach ermittelte vor Ostern 1968 SPD 45%, CDU 41%, FDP 8%, NPD 4%; Anfang Mai SPD 37%, CDU 42%, FDP 13%, NPD 5%. Allerdings wird im gleichen Artikel gemeldet, die NPD habe im März bei 7%, im April bei 8% gelegen („Darmstädter Echo“ vom 1. Juni 1968).

Merkwürdig bei der ganzen Sache ist folgendes: Bei den Gemeinden bis zu 30.000 Einwohnern war eine klare Grenze. Dort war ein unerhörtes Interesse an Versammlungen. Wir haben hier mehr als doppelt soviel Versammlungen durchgeführt als beim Wahlkampf des Jahres 1964. Hier waren die Versammlungen in Orten bis zu 30.000 Einwohnern immer voll. Wenn man aber in die größeren Städte ging, wurde es schlecht. Wir haben ein Experiment in Stuttgart durchgeführt, um zu sehen, wie man dort reagierte. Wir haben dort ein Podiumsgespräch mit dem Kandidaten⁶ und einigen Bundestagsabgeordneten abgehalten, und zwar haben wir fast 3.000 persönlich adressierte Einladungen herausgeschickt. Es sind aber nur zwölf Leute gekommen! Aber mehr als jeden persönlich anschreiben kann man nicht. In den Dörfern sind Versammlungen unter 40 Leuten nicht vorgekommen.

Eine Lehre aus der Wahlkampfführung ist die, daß man sich nunmehr damit abfinden muß, daß ab einer bestimmten Größe, wenn nicht gerade der Bundeskanzler kommt – aber auch da ist es in Stuttgart nicht sicher –, die Leute einfach nicht mehr ansprechbar sind. Man sollte also die Redner nur in Orten bis zu einer Größe von 30.000 Einwohnern einsetzen.

Die SPD hat eigentlich den Wahlkampf mit der Mitbestimmung geführt. Die Reaktionen darauf waren zwei. Ein großer Teil der Bevölkerung hat nicht gewußt, um was es ging. Sie hat es nicht verstanden und sich darüber gewundert, warum wir nicht allein regieren wollen. In den Bereichen der SPD, vor allen Dingen in Obertürkheim und in Sindelfingen mit den Daimler-Benz-Arbeitern hatte die SPD große Verluste von 14%. Die CDU konnte in Stuttgart, wo sie sonst ein halbes Prozent verloren hat, 1,6% und in Sindelfingen 4% zunehmen.

Die Organisationszentrale der SPD war nicht in der Lage, beim Wahlkampf sofort zu reagieren. Sie war z. B. nach der Dutschke-Geschichte⁷ nicht in der Lage, nach Ostern sofort knallhart mit einer notwendigen Stellungnahme da zu sein. Das funktionierte nicht.

Wir haben diesmal den Wahlkampf z. T. durchgeführt mit der Bonner Werbe GmbH. Wir haben auch die Union-Werbung von München und noch eine freie Agentur herangezogen. Die Bonner Werbe GmbH hat die Anzeigen und die Plakate bekommen. Plakate zu machen, ist kein Kunststück, wenn ein guter Entwurf da ist. Aber sowohl die Plazierung in den Zeitungen wie das ganze kurzfristige Gestalten der Anzeigen hat bei der Bonner Werbe GmbH erstklassig geklappt. Jedenfalls waren wir die einzige Partei, die nach Ostern sofort mit Anzeigen gegen die Studentenunruhen da war. Die SPD war drei oder vier Tage lang überhaupt nicht in der Lage, hierzu Stellung zu nehmen.

Nun zum Ergebnis! Diese Wahl war nicht so, daß man sagen kann, es ging von der Partei zu der anderen Partei, sondern mindestens 25% der Wähler sind gewandert. Die SPD hat eigentlich keinen Gewinn, der erfaßt werden könnte; wobei es natürlich auch einige Grenzbereiche gibt. Die SPD hat ungefähr 1% an die Demokratische Linke ver-

6 Von den fünf Stuttgarter Wahlkreisen eroberte die CDU die Wahlkreise I (36,4%) und III (32,1%). Vgl. WEINACHT S. 367.

7 Vgl. Nr. 16 Anm. 47.

loren. Weiter hat die SPD sehr stark in den hochindustrialisierten Wahlkreisen an die CDU verloren. Unsere zuverlässigsten Wähler und auch unsere Zuwachswähler sind heute die qualifizierten Daimler-Benz-Arbeiter und die Bosch-Arbeiter als Typ.

In dem Gürtel um Stuttgart hat die CDU um rund 10% an Stimmen zugenommen. Wir haben dort seit der Landtagswahl 1960 zugenommen. Darunter zählen wir den Wahlkreis Stuttgart V, Obertürkheim und Heilbronn, wo wir auch stark zugenommen haben. Ferner haben wir zugenommen in den Wahlkreisen Böblingen – mit Daimler-Benz und IBM –, Leonberg, Ludwigsburg I – Zunahme 2% –, Ludwigsburg II – Zunahme 6%. Auch Göppingen I hat zugenommen, ferner Backnang. Eine starke Zunahme war auch in Reutlingen sowie in den industrialisierten Gebieten von Südbaden in Offenburg, Emmendingen und Konstanz zu verzeichnen. Dort hat die CDU jetzt ihre konstant zunehmende Wählerschaft.

Heck: Herr Scheufelen, darf ich mal unterbrechen! Wir geraten in die Gefahr, in dieser Sache zu ideologisieren. Ich habe festgestellt, daß der Trend, den wir bei der Bundestagswahl gehabt haben, wiedererkennbar ist. Wir haben im evangelischen Bereich zugenommen und im katholischen Bereich abgenommen. Wir haben nicht nur in Industriegebieten zugenommen, sondern auch quer durch den evangelischen Bereich.

Scheufelen: Das stimmt nicht! Wir haben z. B. im Hohenlohischen in der evangelischen Landwirtschaft stark abgenommen. Die evangelischen Bauern sind uns wegelaufen und haben NPD gewählt. Die katholischen Bauern haben sich der Stimme enthalten. (*Kohl:* Das gilt auch nur für den Industriebereich, der von der Rezession nicht betroffen worden ist. Die gleichen Daimler-Benz-Arbeiter in Mannheim haben anders gewählt. Die haben aber Kurzarbeit.) Aber auch nicht so kraß anders! Es mag eine Rolle dabei gespielt haben.

Die früheren SPD-Wähler sind z. T. zur CDU, in den Städten Freiburg und Stuttgart sind sie zur FDP, zur Demokratischen Linken oder direkt zur NPD gegangen; sie sind also vier Wege gegangen. Die verlorengegangenen CDU-Wähler sind z. T. zur FDP gewandert, während ein anderer Teil, vor allem die evangelischen Bauern und die sogenannten Tante-Emma-Läden-Leute, also die kleinen Gewerbetreibenden und der Mittelstand, zur NPD gegangen sind. Die Heimatvertriebenen sind bei der CDU geblieben, während sie von der SPD weggegangen sind.

Die FDP hat ihre konservativen Wähler z. T. an die CDU verloren. Sie hat aber umgekehrt in manchen Bereichen von der SPD erheblich gewinnen können. Soweit das Wahlergebnis. Inzwischen ist Herr Ministerpräsident Dr. Filbinger eingetroffen, so daß er zur Regierungsbildung selber berichten kann.

Heck: Ich danke Herrn Scheufelen für seinen Bericht. Das Wahlergebnis ist in der Tat sehr vielschichtig und nicht so einfach zu übersehen. Wir konnten auch für die heutige Sitzung noch keine exakte Analyse vorlegen, weil sie sehr schwierig ist und hierbei Ortschaft für Ortschaft verglichen werden muß. Es ergeben sich zwar bestimmte Trends, die aber nicht durchweg die gleichen sind. Ein Beispiel! Man kann sagen, im allgemeinen haben wir in evangelischen Bereichen wie bei der Bundestagswahl weiterhin etwas angezogen oder uns gut gehalten, während in katholischen Bereichen, spe-

ziell in katholischen Städten, der Stimmenverlust sehr deutlich ist. Hier gibt es den Ausnahmefall: In bestimmten evangelischen bäuerlichen Bereichen ist der NPD ein kräftiger Einbruch gelungen.

Aber das wird noch sehr sorgfältig analysiert und Ihnen dann zugestellt. Aufgrund dieser Analyse müßte dann im Bundesvorstand eine Aussprache stattfinden, um festzustellen, welche Konsequenzen sich für die Vorbereitungen der Bundestagswahl ergeben.

Ich darf jetzt den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, unseren Freund Filbinger, herzlich begrüßen. (*Beifall.*) Wir können wirklich sagen, daß wir bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg einen guten Erfolg erzielt und somit eine gute Ausgangsbasis bekommen haben – das war die letzte Wahl vor der Bundestagswahl – für die Vorbereitung der Wahl im Jahre 1969.

Ich darf dann noch den Generalsekretär der CSU, Herrn Dr. Streibl⁸, herzlich in unserer Mitte begrüßen. (*Beifall.*) Es ist nützlich, wenn wir gegenseitig die Information und die Zusammenarbeit künftig so eng wie möglich, speziell auf die Wahl im Jahre 1969 hin, gestalten.

Wenn Sie einverstanden sind, dann wollen wir jetzt anschließend den Bericht des Ministerpräsidenten über den Stand der Verhandlungen zur Regierungsbildung und über die Erfahrungen, die bei diesen Verhandlungen gemacht worden sind, hören. Das ist interessant für das, was wir im Verhältnis mit der SPD auf der einen Seite und im Verhältnis mit der FDP auf der anderen Seite für das kommende Jahr zu erwarten haben.

Filbinger: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Herren! Ich war leider eben nicht die ganze Zeit anwesend und konnte das, was Freund Scheufelen als Analyse dargetan hat, nicht vollständig mitbekommen. Gestatten Sie mir deshalb, einige Gesichtspunkte von mir aus noch hinzuzufügen, wobei ich hoffe, daß es eine Ergänzung zu dem ist, was gesagt worden ist.

Bezüglich der FDP, die sich in der Opposition befindet, hätte man annehmen können, daß es ihr auch gelungen wäre, die oppositionellen Kräfte in einem nennenswerten Umfange zu sammeln und zu binden. Man muß sagen – das ist eine Feststellung, die wohl Allgemeingültigkeitscharakter hat –, daß die Stimmung in bezug auf die Große Koalition vom Jahre 1967 bis ins Frühjahr 1968 deutlich umgeschlagen ist. Während die Landtagswahlen im Jahre 1967 stark unter dem Aufwind eines positiven Trends zugunsten der Großen Koalition standen, ist das bei unserer Wahl nicht mehr der Fall gewesen. Es war populärer, zur Opposition als zur Großen Koalition zu gehören. Dabei möchte ich deutlich machen – ich glaube, ich unterscheide mich da von Ihnen –, daß von der Antistimmung gegen die Große Koalition – primär Bonn und alles, was man darunter begreift – die Verhältnisse in Baden-Württemberg nicht so sehr betroffen sind.

8 Max Streibl (1932–1998), Jurist; 1961–1970 Beamter in der Bayerischen Staatskanzlei, 1961–1967 Vorsitzender der Jungen Union Bayern, 1962–1994 MdL Bayern, 1967–1971 Generalsekretär der CSU, 1970–1994 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, 1988–1993 Ministerpräsident von Bayern. Vgl. LEXIKON S. 380.

Eine Umfrage hat ergeben, daß im Grunde genommen die Bevölkerung die große Koalition in Stuttgart toleriert, ja, daß sich sogar mehr positive als negative Tendenzen zeigen.

Das ist deshalb wichtig, weil Erwägungen, die jetzt bei der Regierungsbildung dahingehen könnten: Gehen wir doch aus der großen Koalition in Baden-Württemberg heraus, und bauen wir etwas von der Antistimmung gegen die Große Koalition ab, – keine ausreichende und tragfähige Grundlagen haben. Ich wage jetzt eine These und sage, wenn wir in Baden-Württemberg – gleichgültig, ob das nun in unserem Interesse ist oder nicht – jetzt die kleine Koalition machen würden, dann würden wir dadurch die Antistimmung gegen die Große Koalition in Bonn nicht wesentlich abzubauen in der Lage sein. Das ist das eine.

Ich habe eben erwähnt, die FDP hat es nicht vermocht, die oppositionellen Kräfte in einem wesentlichen Umfange zu binden; denn der Zuwachs von wenig über 1% bedeutet keine nennenswerte Verstärkung der FDP; das bedeutet auch keine Bindung der Opposition, wenn Sie berücksichtigen, daß die NPD nahezu 10% erringen konnte und die DL immerhin bei 3%⁹ liegt. Wäre die FDP attraktiv gewesen als Oppositionspartei, dann wären die anderen so stark nicht geworden, d. h. wer oppositionell gesinnt gewesen ist, der ist nur ausnahmsweise in einem geringeren Umfang zur FDP gegangen als zu den anderen Parteien. Das ist ein Trend, den ich feststellen möchte, der wahrscheinlich Allgemeingültigkeitscharakter für die Bundesrepublik hat.

Ich möchte allerdings eines sagen. Wir haben der FDP, die noch im Februar günstigere Prognosen hatte, die bei 17 und 18% lagen – mit 14% ist sie abgekommen –, im Wahlkampf kräftig die Wahrheit gesagt. Ich glaube, daß die so angelegte Wahlpropaganda der CDU wirklich ins Schwarze getroffen hat. Wir haben die FDP von Anfang an nicht geschont. Wir haben sie ganz kräftig attackiert und insbesondere darauf hingewiesen, daß die FDP im Grunde genommen aus zwei Richtungen besteht, d. h. keine einheitliche Partei mehr ist. Wir haben das mit einer Formel getan, die plakativ immer in Erscheinung trat bis in die letzten Tage vor der Wahl: Die FDP besteht aus einem linken Flügel, der die SPD links überholen möchte, und aus einem rechten Flügel, der rechts an der CDU vorbei will, je nachdem, wie es die Opportunität bringt.

Das war also wirklich ins Schwarze getroffen. Die FDP hat ihr 1%, das sie gewonnen hat, linksaußen zu Lasten der SPD geholt. Sie hat aber rechts verloren. Die Unglaubwürdigkeit, in die sie gekommen ist gegenüber ihren liberal-konservativen Stammwählern in Baden und in Württemberg, hat ihr Verluste eingebracht, sie so nennenswert waren, daß sie über den 1%igen Gewinn nicht hinausgekommen ist.

Ohne diese starke Attacke der CDU auf ihre Lindenblattstelle zu, wäre sie stärker gewachsen. Das wird für unsere Taktik, die wir von jetzt ab gegenüber der FDP zu beachten haben, sicherlich eine wichtige Lehre sein. Ich meine, daß man dies nicht erst für den Wahlkampf 1969, sondern schon jetzt in unserer Parteiarbeit beachten soll.

⁹ Die Demokratische Linke erreichte nur 2,3%. Vgl. auch Nr. 16 Anm. 20.

Ich möchte ein Zweites sagen. Die FDP hat auch aus einem zweiten Grund keinen Anlaß, mit ihrem Wahlergebnis zufrieden zu sein; denn die 14%, die sie jetzt hat, sind lange noch nicht die 18%, die sie einmal im Lande Baden-Württemberg hatte, d. h. es ist ihr bei weitem nicht gelungen, die Wähler, die sie einmal gehabt hat, wieder zurückzugewinnen, geschweige denn sich wesentlich zu erweitern in neue Wählerschichten hinein. Daß sie das will, daß das im Grunde genommen das Ziel ihres linken Flügels ist, ist ein offenes Geheimnis. Und der „Senkrechtstarter“ Dahrendorf, der stark werden sollte in unserem Wahlkampf, hat gleichzeitig bewirkt, daß die Stammwähler zu uns gekommen sind. Hier ist mit die empfindlichste Stelle bei der FDP. Hier kann man sie packen.

Lassen Sie mich noch einen Blick auf die SPD werfen. Das erste, was ich als Wahlanalyse und Wahlkritik von der Parteispitze der SPD gehört habe, ging dahin, die SPD hat Verluste erlitten, weil sie es noch immer nicht verstanden hat, ihren Regierungsbeitrag im Bund und im Lande Baden-Württemberg so deutlich zu akzentuieren, daß die Wähler es ihr lohnen. Ich meine, es gäbe nichts Falscheres und nichts Verkehrteres für die Totalität der Verluste der SPD als diese Angabe.

In Wirklichkeit hat die SPD verloren wegen des gespannten, gespaltenen und unsicheren Bildes, das sie nach außen hin dargestellt hat. Die SPD hat meines Erachtens verloren wegen des Nürnberger Parteitags und was sich dort manifestiert hat, nämlich die Prügel, die die Oberen bezogen haben aus dem jungen Volk der Partei.¹⁰ Sie hat verloren wegen Berlin, wo das deutsche Volk den Atem angesichts dessen angehalten hat, was sich diese Partei, die einmal ein Schutz und Schirm für die freie Stadt war, dort leistet, und zwar gegen die Person ihres Regierenden Bürgermeisters.¹¹ Das sind Dinge, die wirklich über die Hutschnur gehen, was die Parteidisziplin angeht.

Die Zeiten, in denen die CDU bewundernd auf die geschlossene Disziplin der so straff geführten SPD geschaut hat, sind wirklich vorbei; denn krasser kann man sich nicht mehr zerfleischen, als es auf dem Schauplatz Berlin geschieht, wo der Regierende Bürgermeister in härtester Abwehrsituation steht gegen den linken Flügel, wo ein Ausschlußbeschluß gegen Ristock¹² und Beck¹³ erfolgte – der wirklich den Berlinern nicht leicht gefallen ist –, der dann suspendiert wird von einem oberen Gremium. Ich muß sa-

10 Der 13. Ordentliche Parteitag der SPD fand vom 17.–21. März in Nürnberg statt, vgl. AdG 1968 S. 1045–1049; Druck: SPD, PARTEITAG 1968.

11 Bei den Anti-Vietnam-Demonstrationen wurde dazu aufgefordert, Klaus Schütz „die Gräten zu brechen“. Vgl. HILDEBRAND S. 380.

12 Harry Ristock (1928–1992), Diplom-Politologe; 1950 SPD, 1953–1963 Landessekretär des Berliner SPD-Jugendverbands „Die Falken“, 1975–1979 und 1981–1992 MdA Berlin, 1975–1981 Senator für Bau- und Wohnungswesen.

13 Erwin Beck (1911–1988), Glaser; 1928 SAJ, 1955–1975 Bezirksstadtrat für Jugend in Berlin-Kreuzberg, 1962–1975 stv. Bürgermeister, 1977–1979 MdA Berlin (SPD). – Ristock und Beck hatten am 18. Februar 1968 an einer von ihrer Partei nicht genehmigten anti-amerikanischen Vietnam-Demonstration teilgenommen und wurden daraufhin Mitte März vom Berliner SPD-Parteivorstand aus der Partei ausgeschlossen. Nach harter Kritik auf dem folgenden Parteitag wurde der Beschluß wieder rückgängig gemacht.

gen, wenn mir das als dem Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg – oder auch als Kreisvorsitzender – passieren sollte, dann würde ich den Büttel hinwerfen und sagen, macht das mit einem anderen.

Aber in der SPD ist es möglich, daß man das dem Herrn Schütz beschert und daß der Herr Schütz sich weiterhin in der Häckselmaschine schleifen läßt zum Nachteil der deutschen Sache. Es ist wirklich die deutsche Sache, die von der SPD in Berlin aufs schwerste gefährdet wird.

Ich mache kein Hehl daraus, daß ich gelegentlich der Ministerpräsidentenkonferenz, wo man nachher auch einmal beim Mittagessen zusammensitzt, den SPD-Leuten aufs deutlichste das Entsetzen der CDU darüber zum Ausdruck gebracht habe, daß wir mit ansehen müssen, wie wir uns im Schaufenster Berlin in der schlechtesten Weise verkaufen. Diese und andere Dinge, das Umfallen in Frankfurt, das Umfallen in Bremen¹⁴, die schlechte Haltung in München, nämlich des Oberbürgermeisters¹⁵ zur Stadtverwaltung, das hat in der Bevölkerung die Überzeugung begründet, die werden nicht fertig damit, weil sie immer nach extrem links liebäugeln, weil sie ihre eigene Vergangenheit dort wiedererkennen und deshalb eine konstitutionelle Schwäche in ihrem Vorgehen haben.

Das Volk spürt instinktiv völlig richtig, worum es jetzt geht. Es fragt bei den Landtagswahlen nicht mehr, wieviel Straßen und wieviel Schulen habt ihr gebaut – obwohl das alles wichtig bleibt –, sondern primär: Seid ihr eine Ordnungskraft in diesem Staat und sorgt ihr dafür, daß die Demokratie erhalten und zusammenbleibt in einer Stunde, wo sie wirklich gefährdet ist? Wenn der morgige Tag vorüber ist, dann wird dieses Petition des Volkes noch dringlicher vor uns stehen. Die Partei, die sichtbar macht, daß sie steht und die Dinge bewältigt, wird in Zukunft das Zutrauen des Volkes bekommen.

Wenn es uns nicht gelingt – im Gegensatz zur SPD –, das noch stärker herauszustellen auf allen Ebenen, vor allem auf der Bundesebene, dann wird die NPD bei der nächsten Wahl für den Bundestag nicht unerheblich über die 10% des Landes Baden-Württemberg hinausgehen. Die Osterfeiertage mit ihren Unruhen haben der NPD in Baden-Württemberg 10% eingebracht. Ich wage die These – wir werden sie noch aufgrund von

14 In Frankfurt hatte der für Polizeiangelegenheiten zuständige Stadtrat, Hans Kiskat, Rudi Dutschke am 29. Februar 1968 kurzzeitig vor einer Vietnam-Demonstration festnehmen lassen, um Ausschreitungen zu verhindern. Oberbürgermeister Brundert hatte ihn daraufhin von seinen Aufgaben entbunden, vgl. FAZ vom 9. März 1968; vgl. auch KRAUSHAAR S. 64 f. – Zu Bremen, wo zunächst eine harte Gangart der Polizei gegen die Proteste beschlossen worden war, verurteilte die Jugendsenatorin Annemarie Mevissen am 19. Januar 1968 das Vorgehen der Polizei; auch wurden bereits beschlossene Fahrpreiserhöhungen des öffentlichen Nahverkehrs wieder rückgängig gemacht, vgl. KRAUSHAAR S. 22–25.

15 Dr. Hans-Jochen Vogel (geb. 1926), Jurist; 1960–1972 Oberbürgermeister von München (SPD), 1972–1981 und 1983–1994 MdB (1983–1991 Vorsitzender der SPD-Fraktion), 1972–1974 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 1974–1981 Bundesminister der Justiz, Januar bis Mai 1981 Regierender Bürgermeister, 1981–1983 MdB Berlin, 1987–1991 Bundesvorsitzender der SPD. Vgl. KEMPF/MERZ S. 714–717. – Kostenüberschreitungen von über 55 Mio. DM beim Umbau des Stachus veranlaßten Vogel, dem zuständigen Stadtbaurat die Aufgabe zu entziehen, vgl. „Rheinische Post“ vom 25. Januar 1968.

Analysen abzusichern versuchen –, die NPD hätte diese 9,8% nicht bekommen, wenn sich nicht während der Osterfeiertage die Brüchigkeit mancher der Gremien von Staat und Stadt – wo die SPD regierte – offenbart hätte.

Ich wage, noch ein weiteres zu sagen: Die CDU hat die absolute Mehrheit wegen der Osterunruhen verloren. Wir haben von drei unabhängig voneinander arbeitenden demoskopischen Instituten Voraussagen bekommen, wonach wir die absolute Mehrheit bekommen hätten. Die letzte dieser Voraussagen lautete auf 48 bis 50%. Unter 48% lautete keine der Aussagen. Die Aussage des Infas-Instituts Godesberg war noch höher.¹⁶ Das hat sich aber spontan gewendet. Wir werden in der Lage sein, Ihnen demnächst aufgrund der Analyse die genauen Auswirkungen des Umschwunges nach den Osterfeiertagen in Prozentsätzen zu sagen.

Natürlich hat dabei auch die Unruhe der Bauern eine Rolle gespielt. Es sind nicht nur die Facharbeiter von der SPD und auch von uns zur NPD abgegangen, sondern es hat auch die Unruhe der Bauern zu einer für uns sehr fühlbaren Wahlenthaltung in den traditionell katholischen Gebieten geführt. Südwürttemberg-Hohenzollern, einst eine Bastion der CDU, hat 5% weniger als das letzte Mal. (*Zuruf*: 3,8%!)¹⁷ Das kommt durch die Wahlenthaltung der Wähler unserer ureigensten Kerngebiete. Das müssen wir also sehr deutlich sehen. Ohne eine kräftige Akzentuierung der bäuerlichen Politik schaffen wir das nicht. Ob wir das noch weiter hinnehmen können und sollen, was Herr Rehwinkel jetzt an neuen Erpressungsmanövern lanciert, das möchte ich wirklich einmal fragen, meine Herren. Wir müssen uns anhören, und zwar ohne Replik, daß der Herr Rehwinkel zwei Tage nach der Wahl in Bühl in einer Versammlung vor mehr als 1.000 Bauern sagt: Wir müssen den Staat kräftiger angehen, damit er sich endlich rührt und uns das Entsprechende gibt!¹⁸ – Sollte man jetzt nicht den Stier bei den Hörnern packen! Wir sollten nicht nur eine gute landwirtschaftliche Politik treiben und sie auch verifizieren, sondern wir sollten nun zum Angriff übergehen. Ich glaube, die Bevölkerung hat Verständnis dafür. (*Unruhe*.) Die Landwirtschaftspolitik ist ja der Sache nach nicht schlecht. Wir haben sie nur schlecht verkauft. Wir haben versäumt, den Bauern rechtzeitig die Härte der Dinge, um die es geht, so zu sagen, wie es der Realität entspricht. Und jetzt fühlen sie sich bei uns im Stich gelassen. Die CDU hat die Politik der Bauernverbände gemacht. Unsere Landwirtschaftspolitik hat versucht, unseren Freunden, die als Präsidenten in den Bauernverbänden fungieren, zu liebäugeln und zuliebe zu handeln. Wir haben sehr große Anstrengungen gemacht, um deren Forderungen und Politik zu realisieren. Und jetzt haben wir die Quittung dafür bekommen.

16 Nach Allensbach lag die CDU/CSU im April 1968 bei 42% und stieg bis Juni auf 46% an; die SPD fiel dagegen von 45% auf 37%; nach EMNID erreichte die CDU/CSU im April 43% und fiel bis Ende Mai auf 42%, die SPD fiel von 44% auf 37%.

17 In Südwürttemberg-Hohenzollern erreichte die CDU 50,9% (1964: 54,7%). Vgl. WEINACHT S. 364.

18 Die Veranstaltung fand sieben Tage nach der Wahl, am 5. Mai 1968, statt. Dabei drohte Rehwinkel mit noch größeren Protestaktionen und beschuldigte die Bundesregierung, die Landwirte in den Ruin zu treiben, vgl. dpa vom 5. Mai 1968.

In dem Moment, wo die Dinge zum Schwur gekommen sind, haben die Bauernverbände eine Kehrtwendung gemacht und gesagt, dorthin müßt ihr gehen, die Politiker sind schuld, nicht wir. Wir haben eben die Positionen, die sehr lange im bäuerlichen Bereich und bei den Verbänden sind, gehalten. Ich weiß nicht, ob wir in Zukunft uns dies noch werden leisten können.

Nun hat mich unser Generalsekretär gebeten, etwas zur Regierungsbildung zu sagen. Wir haben zwei Alternativen entwickelt und gesagt, wir sind offen sowohl für eine Koalition mit der SPD wie auch mit der FDP. Die FDP hat aber schon in der Nacht der Wahl erklärt, und es mehrfach bekräftigt in Stuttgart und in Bonn, sie wolle nicht in eine Koalition, sondern wolle in der Oppositionsrolle bleiben. Man braucht das zunächst nicht so wörtlich zu nehmen; denn dahinter steckt ein taktisches Vorgehen. Andererseits aber steckt ein ernsthafter Kern insoweit dahinter, als Herr Genscher für den Bund und andere bei uns für das Land sagen: Die Oppositionsrolle ist uns gut bekommen. Sie wird uns weiter gut bekommen. Also bleiben wir darin bis zum Jahre 1969. Wir werden uns dadurch kräftigen und im Jahre 1969 möglicherweise ein Partner sein. – Deshalb glaube ich, daß Herr Genscher und seine Freunde sehr stark ihren Einfluß dahin geltend machen werden, daß die FDP in Stuttgart nicht ernsthaft mit uns zusammengeht, sondern daß sie es noch ein Jahr lang auf der Oppositionsbank aushalten wird mit dem Kalkül, wenn in Bonn die Dinge anders werden, dann kann man das auch in Stuttgart anders machen.

Allerdings sagen wir dazu, wir machen keine Koalition auf eine begrenzte Zeit, sondern wenn wir jetzt „abdrücken“, dann müssen wir redlicherweise dem Partner sagen, das gilt für vier Jahre. Die FDP soll sich nicht in den Finger schneiden. Sie soll nicht glauben, nach einem Jahr gehen die Dinge wieder anders herum, und man könnte sich in diesem Jahr noch mästen und stärken in der Opposition, um dann um so kräftiger in die Regierung zurückzukehren.

Scheufelen: Vor zwei Tagen hat der Fraktionsführer der FDP einem Journalisten gegenüber eine Erklärung abgegeben.¹⁹ Dieser hat sie in etwas entstellter Form, daß nämlich die FDP koalitionsbereit wäre, in die „Frankfurter Allgemeine“ und in andere Zeitungen gebracht. Das hat einen solchen Sturm beim Fußvolk der FDP ausgelöst, daß nach meinen Informationen die FDP überhaupt nicht mehr in der Lage ist, mit uns Koalitionsverhandlungen zu führen, auch wenn es die Führung will. Diese Sache hat den Vorteil gehabt, daß man jetzt klar sagen kann, die FDP ist überhaupt nicht in der Lage, eine Verhandlungskommission zu bilden.

Filbinger: Damit laufen die Dinge einseitig. Es ist klar, daß das jetzt kein schönes Spiel mehr ist, was wir jetzt spielen müssen. Die SPD wird sich sagen, wenn die nicht in eine Minderheitsregierung hineingehen oder nicht Neuwahlen ausschreiben wollen, dann müssen sie ja mit uns koalieren und uns das geben, was wir brauchen. Dazu kommt, daß die SPD-Führung in unserem Land außerordentlich stark angeschlagen und

¹⁹ Friedrich Stock (1913–1978), Kaufmann; 1948 Gemeinderat in Freudenstadt, 1956–1972 MdL Baden-Württemberg (DVP/FDP), 1963 bis Juni 1968 Fraktionsvorsitzender. – Vgl. FAZ vom 8. Mai 1968 „FDP bedingt zu Gesprächen bereit“.

geschwächt ist, und das Fußvolk verlangt jetzt in einer Art Kurzschlußreaktion, alles auf Null und zurück in die Opposition. Diese Emotionen sind da.

Es ist kein Geheimnis, bei uns ist es nicht anders wie im übrigen Bundesgebiet. Es sind die Kräfte, die von vornherein gegen die große Koalition gewesen sind, die sich nun durch dieses Ergebnis erneut bestätigt fühlen in ihrer Prognose. Sie arbeiten also stark auf die Realisierung ihrer Konzeption hin. Man kann die Situation, in der wir uns jetzt befinden, etwa so umschreiben: Die SPD sagt zu uns, weil wir schwach sind, müßt ihr uns stark machen, oder: Unsere Schwäche ist unsere Stärke; denn wenn wir von euch nicht Bedingungen bekommen, die wir zu einem guten Beschluß gegenüber unserem Fußvolk verwerten können, dann werden wir nein sagen.

Wir haben demgegenüber sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, so geht es ja nicht, daß die SPD uns sagt: Wir sind überwiegend in unserer Partei gegen eine solche große Koalition mit der Ausnahme, daß die CDU ein solch überwältigendes Angebot macht, daß man es mit Anstand annehmen kann. – So können wir also nicht verfahren. Deshalb haben wir der SPD gesagt: Wir sind bereit zu verhandeln und euch ein faires Angebot zu machen, das vor aller Welt als vertretbar und akzeptabel angesehen werden kann. Wir werden euch nicht diskriminieren und nicht mit dem Stiefelabsatz in euren Wunden herumtreten; wir werden also nicht versuchen, euch zu demütigen. Aber wir lassen das Umgekehrte auch nicht zu, daß ihr uns jetzt mit eurer Schwäche erpreßt, indem ihr sagt, die CDU hat eine starke Position, aber sie muß alles tolerieren, was die SPD sagt.

Es kommt nun auf die Bedingungen an. Bei diesen Bedingungen werden wir nach allen Regeln der Kunst (*Bundeskanzler Dr. Kiesinger erscheint.*) versuchen, uns so teuer wie möglich zu verkaufen. Dabei geht es darum, daß die CDU als Mindestvoraussetzung eine Verbesserung ihrer jetzigen Position verlangen wird und muß. Wir würden nicht zu den gleichen Bedingungen, unter denen wir gestanden haben, jetzt abschließen. Das können wir nicht, sondern das Wahlergebnis muß sich irgendwie niederschlagen. (*Kohl: Mehr Ressorts!*) Entweder mehr Ressorts oder in einer klaren Anreicherung der jetzigen Konstellation, die uns politisch ein Prä gibt gegenüber der bisherigen Situation. Soviel zunächst einmal!

Heck: Herr Bundeskanzler! Darf ich einige Bemerkungen anfügen! Die SPD hat zunächst auf diese Niederlage mit der Erklärung reagiert, es sei ihr offensichtlich nicht gelungen, ihren Anteil an der Regierung sichtbar und deutlich zu machen. Herr Brandt hat nun gestern die Wahrheit gesagt, weil er klipp und klar diese Wahlniederlage auf die innere Zerrissenheit seiner Partei und auf die Tatsache zurückgeführt hat, daß die Radikalen gegen die Partei öffentlich aufgetreten sind.²⁰ Wir müssen in den nächsten Wochen und Monaten noch etwas deutlicher ins Bewußtsein heben, daß die erste Erklärung einfach ein Humbug und Schwindel ist.

Stingl: Ich habe mir einige Zahlen zu dem geben lassen, was Herr Scheufelen ausgeführt hat. Daß Nürnberg gewirkt hat, das zeigt sich an den Vertriebenenzahlen. Ich will

²⁰ Vgl. FAZ vom 30. April 1968 „Schwierige Regierungsbildung in Stuttgart“; die Äußerung Brandts findet sich in SPD Pressemitteilungen und Informationen vom 9. Mai 1968 „Kommuniqué über die Sitzung des Vorstands der SPD am 9. Mai 1968“.

sie nicht vorlesen; denn Sie haben die Zahlen ja selber da. Ich möchte mit Nachdruck darauf hinweisen, daß hier ein Reservoir für uns vorhanden ist. Das sind keine NPD-Leute, die bei der NPD bleiben. Die haben uns bisher nur gescheut. Sie kennen ja den Umwandlungsprozeß vom BHE her. Hier müssen wir hineinstoßen.

Herr Ministerpräsident, Sie sollten das auch im Personellen ganz deutlich machen; denn das ist zwingend notwendig, weil wir im vorigen Jahr bei den Sudetendeutschen alle Positionen im ganzen Bundesgebiet – Schütz²¹ in Bayern, Sepp Schwarz²² bei Ihnen, Hacker²³ in Hessen, auch in Niedersachsen – verloren haben. Weil die alle zugleich aus der politischen Verantwortung verschwunden sind, müssen Sie mit personellen Entscheidungen wieder ein Zeichen setzen. Dann kommen wir sicher zu Rande. Sie haben auch viel Sudetendeutsche. Der Sudetendeutsche Tag ist Pfingsten bei Ihnen. Sie haben also die Chance, die Leute vom NPD-Trend wegzuholen, um sie für uns zu gewinnen. (*Filbinger*: In dieser Richtung wird von uns eine Forderung gestellt.)

Amrehn: Mit dem, was Herr Ministerpräsident Filbinger als Analyse gegeben und an Zukunftswünschen dargestellt hat, wird man im ganzen sehr einverstanden sein können. Es gibt nur in der Analyse, wie mir scheint, einige Widersprüche. Es ist erklärt worden, warum die FDP nicht eigentlich das Reservoir der Protestwähler geworden ist. Es ist gesagt worden, daß sie an sich mit einem Flügel links und mit dem anderen rechts überholen wolle, so daß sie zwei Parteien umfasse, die dann allerdings auch, ähnlich wie bei der SPD, die Folge gehabt haben müßte, daß das Wählervolk nicht noch einen Zuwachs für die FDP gebracht haben könnte; wenn ich auch sehe, daß die FDP nicht ihren ganz alten Besitzstand erlangt hat.

Diese Dinge wird man noch genauer beurteilen können, wenn man eine ins einzelne gehende Analyse vorliegen hat. Man darf sehr gespannt darauf sein, was sie uns aussagt über die verschiedenen Wanderungen, die nach außen hin nur die Folge haben, die SPD hat 8% verloren, und die NPD ist entsprechend angestiegen. So einfach sind die Dinge aber nicht.

Ich halte allerdings für ganz richtig, was auch Herr Heck gesagt hat, daß einfach die Zerstrittenheit der SPD in der Öffentlichkeit, der Kampf eines linken Flügels gegen die solideren Kräfte in der SPD, die Wähler von der SPD weggetrieben haben. Ich nehme an, daß das nicht nur in Baden-Württemberg so gewesen ist, sondern daß das eine ganz allgemeine Auseinandersetzung wird, aber nicht immer zu unseren Gunsten.

Ich habe mich etwas gewundert, daß gesagt wurde vom Herrn Ministerpräsidenten, die CDU habe die erwartete absolute Mehrheit verloren als Folge der Osterunruhen. So war es doch wohl gemeint? (*Filbinger*: Und der Bauern!) Ja, aber das doch wohl in

21 Hans Schütz, von Juni 1964 bis Dezember 1966 bayerischer Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge.

22 Vgl. Nr. 11 Anm. 80.

23 Gustav Hacker (1900–1979), Landwirt; 1938 Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament, 1954/55 und 1958/59 MdL Hessen (BHE); 1955–1967 Landwirtschaftsminister in Hessen, 1963/64 Vorsitzender der GDP, 1968–1979 Vorsitzender des Bauernverbands der Vertriebenen. – Bei der Wahl am 6. November 1966 war die GDP unter 5% geblieben und aus dem Parlament ausgeschieden.

minderem Maße! Das hätte eigentlich doch, wenn die CDU diese starke Kraft gewesen wäre ... (*Kiesinger*: Die absolute Mehrheit verloren! Das ist doch Unsinn! – *Unruhe*. – *Filbinger*: Nein, nein, Herr Bundeskanzler. Ich bin anderer Meinung.) Ich gebe wieder, was hier berichtet worden ist, Herr Bundeskanzler. (*Kiesinger*: Das war demoskopisch ganz falsch vorhergesehen.) Eigentlich können es die Unruhen nicht gewesen sein, die uns die Mehrheit gekostet haben. (*Starke Unruhe und Bewegung*. – *Kiesinger*: Die leben doch in einem Wolkenkuckucksheim!) Mir scheint also darin einer der Widersprüche zu liegen, die noch geklärt werden müssen. (*Anhaltende Unruhe*. – *Filbinger*: Herr Bundeskanzler, ich bin anderer Meinung!) In diesem Zusammenhang scheint mir eines wichtig zu sein. Wir können doch bei dem, was sich an Unruhe und an echter Diskussion in der jüngeren Generation in Deutschland entwickelt, nicht ganz übersehen, was berechtigtermaßen zu einer solchen Kritik führt.

Ich glaube, daß es ein ganz großer Fehler wäre, wenn die SPD in Baden-Württemberg sich entschliesse, wieder in die Koalition zurückzugehen. Wenn der Wähler überhaupt nur einmal eine Stimme in vier Jahren abgibt und der SPD eine solche deutliche Absage erteilt hat, wie das noch in keinem Lande der Fall gewesen ist, dann muß doch eigentlich erwartet werden, daß sich eine solche Partei auch ein bißchen danach richtet, daß sie ein solches Zeichen versteht und nun nicht sagt: Es kann nicht so weitergehen, wie es bisher in diesem Land gewesen ist. – Ich sage das nicht aus Interesse für die CDU, sondern aus einem staatspolitischen Interesse, daß sich die SPD wieder fähig machen muß, bei einer weiteren Wahl Stimmen aufzunehmen, um den staatspolitischen Boden zu verfestigen, auf dem wir stehen, und zu verhüten, daß durch eine Fortführung dessen, was gewesen ist, die NPD noch mehr Stimmen bekommt, als das bisher der Fall gewesen ist. (*Anhaltende sehr starke Unruhe*.) Im Hinblick auf die FDP ist mir aus baden-württembergischen Kreisen erklärt worden, sie hätte sich deswegen nicht ... (*Sehr starke Unruhe*.)

Heck: Meine Herren! Darf ich mal unterbrechen! Ich möchte doch sehr um Ruhe bitten. Es ist doch einfach nicht zumutbar, hier zu sprechen – und das auch noch alles aufzunehmen –, wenn dauernd nebenher an mehreren Ecken zugleich Privatgespräche geführt werden. (*Zuruf*: Sehr richtig!)

Amrehn: Die FDP hätte eigentlich nicht das Auffangreservoir werden können, weil sie ja bis vor kurzem noch in der Regierungsverantwortung gestanden hat. Ich glaube auch nicht, daß sie in Zukunft sehr viel stärker werden wird, wie dies auch die ganze Geschichte der FDP nach dem Kriege ausweist. Dann ist für den Wähler, der nicht zufrieden ist, kein anderer Ausweg mehr, als sich entweder nach ganz rechts oder nach ganz links zu wenden, je nach Grundeinstellung. Hier meine ich, die SPD wäre gut beraten, aus staatspolitischen Gründen nicht jene Enttäuschung zu vertiefen, die den Wähler sagen läßt, auch wenn wir nun mal deutlich unser Zeichen gegeben haben, dann ändert sich in der Entwicklung der Dinge überhaupt nichts. Ich hielte es für einen großen Fehler, wenn es dazu käme, wiewohl ich Ihnen zustimme, daß die CDU gar nicht anders verhandeln kann, als dies mit der Alternative geschehen ist. (*Unruhe und Bewegung*.)

Kiesinger: Meine Herren! Ich mußte leider drüben im Bundestag wegen der Aktuellen Stunde bleiben, die wir eingeschaltet haben, um vor der deutschen Öffentlichkeit noch einmal das Notwendige zu sagen gegenüber dieser morgigen Demonstration hier in Bonn; denn es hat sich in der letzten Zeit immer wieder gezeigt, daß die unglaublichsten Vorstellungen in der Bevölkerung bestehen, so daß es notwendig war, noch einmal zu sagen, was an Notstandsgesetzen vorhanden und in ihnen enthalten ist und was nicht.²⁴ Die Erklärungen waren sehr gut, sowohl des Innenministers²⁵ wie auch des Justizministers Heinemann. Auch die darauf folgende Beratung war in Ordnung.

Ich begrüßte zunächst Herrn Generalsekretär Dr. Streibl von der CSU in unserer Mitte recht herzlich. Ich bin vorhin etwas losgeplatzt, aber ich bin wirklich der Meinung, von einer absoluten Mehrheit der CDU war überhaupt nie etwas drin. Es war eine unglaubliche Selbsttäuschung, und zwar basierend auf ganz unsoliden öffentlichen Meinungsumfragen, die vorgetäuscht haben, als gäbe es für die CDU diese Möglichkeit. Die meisten dieser Umfragen waren herausgenommen aus den übrigen Meinungsumfragen von 2.000 Leuten der Bundesrepublik, so daß ein paar hundert auf das Land Baden-Württemberg entfallen. Das ist also überhaupt nicht solide.

Die Untersuchungen von Professor Wildenmann sind – das kennen wir schon seit langem – wirklich mit äußerster Vorsicht zu genießen. Dieser Mann ist ein begabter Analytiker, aber gerade seine Begabung verführt ihn zu Prognosen, die man von vornherein mit äußerster Vorsicht aufnehmen muß. Ich habe eine ganze Reihe von Fällen erlebt, wo er tatsächlich völlig danebengegriffen hat. Auch dieses Noelle-Neumann-Ergebnis hat sich nur auf ein paar hundert Stimmen gestützt. (*Zuruf:* 400!) Daraus kann man überhaupt nichts schließen! Außerdem müssen Sie eine Fehlerquelle von 10% von vornherein einkalkulieren. Das sage ich deswegen, damit wir nun nicht, weil wir uns vorher etwas vorgemacht haben, hinterher die Köpfe hängen lassen.

Die Partei, die in Baden-Württemberg am besten abgeschnitten hat – von dem Sonderfall NPD abgesehen –, und zwar nicht nur in den jetzigen Zahlen, sondern auch vergleichen mit den anderen Wahlen, war die CDU. Was ich für möglich hielt unter den gegenwärtigen Umständen, war nämlich, diesen Stand in etwa zu halten, wenn es gut ginge. Als ich dann die Nachricht von der Unzufriedenheit der Bauern bekam und ich mich überzeugte, daß das wirklich eine ernste Sache ist, habe ich diese Hoffnung aufgegeben. Ich habe mir gesagt, wir werden etwas Federn lassen müssen.

Nun haben wir 35.000 Stimmen gewonnen. Für mich ist das wichtigste Ergebnis – immer abgesehen vom NPD-Erfolg –, daß es der FDP nicht möglich geworden ist, ihre Niederlagen gutzumachen; denn die FDP hat nicht nur 1964 eine niederschmetternde Niederlage erlitten, sondern auch schon bei den Wahlen vorher. Sie hätte also unter den

24 Aktuelle Stunde im Bundestag am 10. Mai 1968 zum geplanten Sternmarsch des Komitees „Kuratorium Notstand der Demokratie“ am 11. Mai auf Bonn, Sten.Ber. 5. WP 173. Sitzung S. 9263–9276.

25 Nach dem Rücktritt von Paul Lücke am 28. März 1968 wegen der Verschiebung der Wahlrechtsreform wurde Ernst Benda Innenminister. – Zu den Erklärungen Bendas und Heinemanns vgl. Sten.Ber. 5. WP 173. Sitzung vom 10. Mai 1968 S. 9264–9267.

gegebenen Umständen mindestens den Stand des Jahres 1960 erreichen müssen. Es ist ihr nicht gelungen; am wenigsten in ihrer Hochburg, also in Nordwürttemberg. Das ist eine bedeutungsvolle Sache. Es haben dort ohne Zweifel gewisse Umschichtungen stattgefunden.

Für mich ist besonders interessant der Einbruch der FDP in Nordbaden, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg. Das ist das eigentliche Faktum. Was für Schichten sie dort gewonnen hat, ist zu untersuchen.

Daß wir auf dieser hohen Zahl stehengeblieben sind, trotz der zweifelsfreien Wahlenthaltung, die viele Bauern geübt haben – meistens in katholischen Gegenden –, und der sehr starken Abwanderung auch von Bauern, die uns sonst wählen, zur NPD, ist ein sehr bedeutender Erfolg. So sehe ich die Sache. Ich verfolge die Prognosen von Professor Wildenmann seit langem. Ich bin auch der Meinung, es ist nützlich, sie einzuholen. Er gehört ja auch zu meinem Planungsstab. Deswegen kenne ich seine Mentalität etwas besser als früher. Er geht manchmal zu phantastischen Voraussagen über, denen ich nie getraut habe. Ich habe hinterher auch immer recht behalten.

Ich wollte damit nur sagen, wir können damit absolut zufrieden sein. Wir haben, wenn man die Reihe der Wahlen vergleicht, am besten abgeschnitten. Es ist das zweitbeste Ergebnis von allen Landtagswahlen in Baden-Württemberg. 2% mehr wären zwar schön gewesen, aber mehr zu erwarten, indem man sich zunächst ein Wolkenkuckuckshaus aufbaut – das gar nicht drin war –, und dann hinterher enttäuscht zu sein, das wäre doch grundfalsch. Das wirkliche Übel ist dieser Erfolg der NPD. Da muß ich Ihnen offen sagen, von diesen Trotzwählern und den Bauern abgesehen und möglicherweise einer gewissen Zahl von empörten Bürgern über die Studentenunruhen, ist es nun dieser Menschenschlag, der in den Großstädten, vor allem in Karlsruhe, plötzlich auftaucht. Das muß noch näher untersucht werden. Das sind z. T. frühere Nichtwähler, oder – anders gesagt – das sind Wähler, die wahrscheinlich zuallerletzt CDU wählen würden. (Kohl: Der Slogan war ja: Man kann wieder wählen!) Ja, man kann wieder wählen! Es sind Leute, die die CDU nicht wählen würden, und zwar sicher ein großer Teil von ihnen, weil sie einfach das „C“ nicht bejahen. Das ist überhaupt ein Problem, das immer stärker für uns werden wird, z. B. auch an den Universitäten. Es sind Leute, die offenbar eine starke sozialistische Tendenz haben. Anders läßt sich das nicht erklären. Es ist also so, daß diese Leute von der SPD kommen. Die Vorstellung, die wir uns lange gemacht haben, das seien nur Randwähler der SPD, die an sich nichts mit ihr zu tun hätten, ist in dieser simplen Form nicht richtig. Das sind schon Leute mit sozialistischen und zugleich nationalistischen Tendenzen. Deswegen sind sie noch lange keine Neonazis. Sie sind Leute, die aber diese beiden Komponenten miteinander verbinden. Offenbar haben viele von ihnen, solange die SPD in der Opposition war und solange auch der Schumacher-Trend, der ein bißchen nationalistisch war, durchschlug, geglaubt, weiter SPD wählen zu können.

Ich sage nur, es sind Vermutungen. Wir sollten es uns mit diesen Leuten nicht leicht machen, gerade mit denen in den Großstädten. Wir werden in den Städten wie Mannheim, Karlsruhe usw., wo dieser Durchbruch sehr deutlich geworden ist, sehr genau un-

tersuchen müssen, was das für ein Menschenschlag eigentlich ist. Wir müssen feststellen, ob ein großer Teil zu denen gehört, die sagen: Wir können jetzt wieder wählen.

Das Wichtigste für mich ist folgendes: Ein Abschmelzungsprozeß der CDU in traditionell katholisch-ländlichen Gebieten findet ganz ohne Rücksicht auf NPD oder nicht NPD statt. Das ist ganz unvermeidlich. Das waren unsere Hochburgen mit der ganzen Geistlichkeit in einer Zeit, in der noch kein Georg Leber im Zentralkomitee der Katholiken saß usw. Das ist ein kontinuierlicher Prozeß seit – wann mag es begonnen haben – etwa 1957. (*Kohl*: Seit dem Zweiten Vatikanum. – *Unruhe*.) Ja sicher, seit dem Zweiten Vatikanum. Das ist also ein Vorgang, der für uns sehr wichtig ist. Unser großer Erfolg beruht darauf, daß wir uns in den industriellen Ballungsräumen nicht nur behauptet, sondern daß wir dort auch zugenommen haben. Ich weiß nicht, was Herr Ministerpräsident Filbinger schon alles gesagt hat, aber in den 50 Städten, in denen ich gesprochen habe, hat die CDU in 28 Städten zugenommen. Das ist natürlich außerordentlich ermutigend. Wäre es umgekehrt, müßte man sagen, es geht mit uns den Berg hinunter.

Die Wähler auf dem Lande werden immer geringer. Dieser Abschmelzungsprozeß mußte kommen, früher oder später. Daß wir uns aber da nicht nur behauptet, sondern sogar zugenommen haben, nicht nur an Stimmen, sondern auch prozentual, das ist ein ganz bedeutender Erfolg für die CDU.

Das Traurige an der ganzen Geschichte ist unsere Außenpolitik. Da muß ich sehr ernst werden und Sie bitten, das Ihrige in dem Kleinkampf zu tun, der jetzt kommt bis 1969. Es geht keineswegs nur darum, daß und wie wir die Wiedervereinigung gewinnen und wie wir schließlich die Frage der Oder-Neiße-Linie regeln. Es geht vor allem um die Abwehr des sowjetrussischen Versuches, uns auf die Knie zu zwingen, d. h. unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen und auf die Charta der Vereinten Nationen²⁶, die für uns ja nicht gilt, sich ein permanentes Interventionsrecht in innerdeutschen Dingen zu sichern. Das versuchen sie seit langem damit, daß sie uns als nazistisch beschreiben. In der ersten Note gleich nach der Regierungsbildung²⁷ behaupteten sie, von allen Häuserwänden in der Bundesrepublik leuchte das Hakenkreuz herunter. Ich habe damals in Saarbrücken dagegen Stellung genommen. Ich habe hinterher einer Gruppe sowjetrussischer Journalisten gesagt, sie hätten doch Gelegenheit, sich umzusehen. Sie sollten mal feststellen, wo solche Hakenkreuze seien.

Zur NPD möchte ich sagen, daß schon Ergebnisse vorlagen; denken Sie an die beiden großen Erfolge, die den eigentlichen Schock verursacht haben, in Hessen und in Bayern mit 8%. Jetzt werden die Russen mit Sicherheit eine neue große Verleumdungs-

26 Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945. Vgl. Ernst DEUERLEIN (Hg.): Potsdam 1945. Quellen und Konferenz der „Großen Drei“. München 1963. – Kommuniké über die Konferenz von Potsdam vom 2. August 1945 abgedruckt in: DzD II/1 S. 2101–2148. – UN-Charta vom 26. Juni 1945 in San Francisco unterzeichnet und am 24. Oktober 1945 in Kraft getreten. Vgl. Wilhelm G. GREWE (Hg.): Die Satzung der Vereinten Nationen. Göttingen 1948 S. 35–107.

27 Vgl. „Erklärung der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland“ vom 8. Dezember 1967 (DzD V/1 S. 2173–2179) sowie vom 28. Januar 1967 (DzD V/1 S. 403–409).

kampagne lancieren. Im Westen gibt es sehr viele Leute, die entweder nach wie vor mit bösem Willen gegen uns – es gibt sie noch zu Millionen – oder aber mit wirklicher Sorge in ihren Zeitungen lesen, dies sei eine neonazistische Partei. Das ist der Slogan in der ganzen Weltpresse.

Der Abgeordnete Birrenbach war gerade bei mir und sagte: In den amerikanischen Regierungskreisen hat man erkannt, daß das nicht richtig ist. Dort rede man von den righties, von Rechtsextremisten, aber nicht von Neonazis. Aber die Zeitungen schreiben es, und zwar in Frankreich, in England, in Italien usw. Wo immer man hinkommt, findet man das. Mir wurde gesagt – das sagte auch Birrenbach und ein amerikanischer Besucher²⁸, der gestern bei mir war –, der Schock sei im Sommer und im Frühherbst des Jahres 1966 viel größer gewesen als diesmal. Man solle sich durch die vorübergehende Pressekampagne nicht allzu sehr beeindrucken lassen. Der wirkliche Schock sei damals gewesen, als plötzlich aus dem Nichts diese Partei entstanden sei und an die 8% – in Erlangen – bekommen habe.

Weil unsere ganze Außenpolitik auf den Goodwill des Auslandes angewiesen ist und die Abwehr der sowjetrussischen Absicht auf eine Verhinderung der westeuropäischen Einigung nur möglich ist mit der Erhaltung des Vertrauens der übrigen Völker, sind wir eine ungeheure Strecke zurückgeworfen worden. Daran ist gar kein Zweifel. Was das alles sonst noch bedeuten kann in der innerdeutschen Entwicklung, das wage ich jetzt noch nicht vorauszusagen.

Wir müssen also diese Leute nicht als Neonazis behandeln, sondern als Menschen, die aus verständlichem Ärger gegen dieses oder jenes handeln. Eugen Gerstenmaier sagte einmal: Man kann eben nicht jahrelang die ganze deutsche Vergangenheit madig machen. Man kann nicht Bismarck²⁹ – so füge ich hinzu – als Vorläufer von Hitler³⁰ ansehen. Das fängt zuweilen sogar bei Martin Luther³¹ an. Es gibt ein ausländisches Schrifttum, das vom Mittelalter an jeden großen Deutschen als einen potentiellen Nazi und Vorläufer von Hitler darstellt. Es gibt das Buch eines englischen Gelehrten³², das diese These durchführt von den Anfängen der deutschen Geschichte bis heute und jeden Deutschen unter diese Rubrik stellt.

Dagegen müssen sich unsere Abgeordneten wehren! Dagegen muß sich die Partei wehren. Wir müssen versuchen, Leute zu finden, die mit diesen Menschen auch sprechen können. Voraussetzung wird auch sein, daß wir mit den sogenannten Studentenunruhen fertig werden. Es sind ja nicht die Studenten allein. Es sind mindestens ebenso

28 Birrenbach war vom 23. April bis 4. Mai 1968 in den USA und unterrichtete Kiesinger am 8. Mai 1968 (ACDP 01-226-319). Sein schriftlicher Bericht vom 10. Mai 1968 in ACDP 01-433-187/2, hier S. 28 f. – Der amerikanische Besucher (privat) war de Francis (ACDP 01-226-738).

29 Otto von Bismarck (1815–1898), 1871–1890 Reichskanzler.

30 Adolf Hitler (1889–1945), nationalsozialistischer Politiker, 1933–1945 Reichskanzler.

31 Martin Luther (1483–1546), deutscher Reformator.

32 Dabei handelt es sich um das Buch von Alan J. P. TAYLOR: *The course of German history*. Erstmals erschienen 1945 (Verlag Hamish Hamilton, London), 1961 wiederaufgelegt (Verlag Methuen, London).

beteiligt die Professoren und die Dozenten. Ich habe in einem anderen Kreise erzählt, daß einer meiner Professoren vom Stab mir sagte: Ein Drittel der Professoren an der Universität stünden nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. Ich war schockiert, als ich dies hörte.

Der Mann sagte mir dann noch unter vier Augen, ich solle es ernst nehmen; es sei so. Er habe das nicht von ungefähr gesagt. Man muß sich das einmal vorstellen, wohin das führt, wenn das richtig ist, was er gesagt hat. (*Lebhafte Unruhe.*)

Das sind Probleme, denen wir nur beikommen, wenn wir im ganzen universitären Bereich, und zwar im weitesten Sinne des Wortes, überall ansetzen. Wir müssen unsere Kräfte sammeln. Wir dürfen nicht nur mit markigen Männerworten wie, man muß warnen vor der Gewalt, dagegen angehen, sondern jetzt müssen wir entsolidarisieren! Das ist ein ganz wichtiger Punkt in allen Ländern. Man hat es ja jetzt wieder in Frankreich gesehen.³³ In allen Ländern besteht die Riesengefahr, daß eine sozialrevolutionäre Gruppe, die überall dieselbe ist, die castroistisch, maoistisch beeinflusst ist und mit den Ideen von Marcuse³⁴ usw. anarcho-syndikalistisch vorgeht, also nicht eigentlich kommunistisch im sowjetischen Sinne. Das betrachtet sie ja als Establishment.

Deswegen ist es ja so gefährlich, weil das eine Belebung unter den jungen Leuten ist – es ist etwas Neues – und auch unter den Professoren. Es ist so, daß wir dagegen nichts tun, was diese kleine Gruppe mit einer großen Zahl von Studenten solidarisiert. So unsinnig das manchmal ist, es ist leider Gottes so, daß ein falsches Vorgehen diesen Effekt haben kann. Nun muß es uns in Gottes Namen gelingen, die indolenten Professoren so gut es eben geht herauszuholen. Es gab immer wieder Fälle, daß sich bei der bevorstehenden Wahl eines Professors zum Dekan oder zum Rektor – der einmal im Dritten Reich auch nur einen Satz geschrieben hat – sich sofort die linksfaschistische Gruppe dagegen gewandt und das verhindert hat.

33 Vgl. Hans Günter HOCKERTS: ‚1968‘ als weltweite Bewegung, in: SCHUBERT S. 30–34 und Ingrid GILCHER-HOLTEY: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA. München 2001 S. 80–90. – Am 22. März 1968 hatten Studenten an der Philosophischen Fakultät der Universität von Nanterre, einem Pariser Vorort, Teile der Universität besetzt. Das Gebäude wurde von der Polizei geräumt und am 29. März geschlossen. Die Unruhen griffen auf die Pariser Universität Sorbonne über, die ebenfalls geschlossen wurde. Im Anschluß kam es zu mehreren Großdemonstrationen, besonders am 10. Mai, und zu schweren Auseinandersetzungen. Am 13. Mai riefen die Gewerkschaften den Generalstreik aus, eine Million Menschen demonstrierten in Paris. Am 29. Mai verließ General de Gaulle heimlich Paris und ließ sich ins Hauptquartier der französischen Streitkräfte nach Baden-Baden bringen. Nach seiner Rückkehr am 30. Mai kündigte er Neuwahlen für den 23. Juni an. Am 30. Mai kam es nach einem Aufruf de Gaulles zu einer Großdemonstration der bürgerlichen Kräfte.

34 Herbert Marcuse (1898–1979), Soziologe; Mitgründer des Instituts für Sozialforschung, 1932 Emigration, 1951 Dozent an der Columbia-Universität New York, 1954 Professor für Politische Wissenschaften an der Brandeis-Universität Waltham/Massachusetts, 1965 Professor an der Universität von Kalifornien und Honorarprofessor an der FU Berlin.

Günter Grass hat gestern abend in Berlin gesagt, daß Mussolini³⁵ von links kam. Wenn so etwas passiert, wie eben geschildert, dann zieht sich also alles von diesem Mann zurück wie von einem mit Pestilenz Behafteten. Er wird dann nicht mehr unterstützt. Wenn solche Leute dann resignierend aufgeben, dürfen wir uns nicht wundern. Wir müssen hier mehr Mut haben, und wir müssen uns hinter solche Leute stellen.

Wenn es uns nicht gelingt, die Universitäten von dieser Brutstätte des revolutionären Linksfaschismus – denn das sind sie wirklich; alles was sie tun und vorschlagen, ist faschistisch, und wir müssen sie auch so bezeichnen, diese Brüder, damit sie wirklich so abgestempelt sind – zu befreien, dann muß auf die Dauer von den Universitäten her eine Vergiftung ausgehen, die schließlich auch die Schichten des Volkes erfassen wird, die bisher noch nicht erfaßt worden sind, sei es, daß sie unsicher und verwirrt werden, sei es, daß sie ganz nach rechts getrieben werden.

Das ist jetzt die Situation. Das ist das Betrübliche, daß es uns in Baden-Württemberg nicht gelungen ist, diese Entwicklung aufzuhalten. Sie hätten wahrscheinlich auch nicht mehr bekommen als 7% in Baden-Württemberg, wenn nicht die Verärgerung bei den Bauern und beim Bürgertum gewesen wäre. Es waren etwa 7%, was ich nach allen Schätzungen vorher erwartet hatte. Da haben wir also Pech gehabt! (*Kohl*: Was alle Länder in Deutschland haben!) Ja!

Scheufelen: Die Bauern sind nicht so sehr ins Gewicht gefallen. Wir haben nach der Vorschätzung erwartet, daß es in Hohenlohe an die 20% seien. Das ist nicht passiert. Wir haben vor den Unruhen geglaubt, wir könnten in diesem Bereich die Zahlen herunterdrücken. Es läßt sich nicht bestreiten, daß wir in Stuttgart im Durchschnitt auch 9% gehabt haben. In Stuttgart gibt es keine Bauern und nur relativ wenig Heimatvertriebene. Die Bevölkerung von Stuttgart ist auch nicht sozialschwach. Stuttgart hat auch eine Technische Hochschule, die keine Krawalle macht. Aber hier ist die echte Staatsverdrossenheit zu spüren! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung*.)

Kiesinger: Das glaube ich nicht! Die Staatsverdrossenheit macht sich in der Wahlenthaltung Luft. Das ist nicht Staatsverdrossenheit. (*Zuruf*: Sehr wahr!) Ich warne davor, das zu sagen. Das ist mir wieder zu einfach analysiert. Hier steckt schon etwas Kämpferisches drin, aber es ist nicht Staatsverdrossenheit.

Ich will jetzt nicht mehr dazu sagen. Es wird unsere wichtigste Aufgabe sein, hier zu wirken. Dazu gehört natürlich auch die richtige Analyse. Wir können jetzt noch nichts Endgültiges sagen.

Gratl: Herr Bundeskanzler! Wir sind jetzt schon zum Punkt 1 der Tagesordnung – Bericht zur Lage – übergegangen, obwohl wir mit dem Punkt 2 begonnen haben. Aber dieses Thema und dieser Komplex, den Sie jetzt behandelt haben, gehen weit über Baden-Württemberg hinaus. Ich will hier keinen besonderen Beitrag zum Thema NPD geben, aber – und das ist der Punkt, weswegen ich mich gemeldet habe – ich möchte sagen: Wir können wohl nicht davon ausgehen, daß bis zu den Bundestagswahlen die NPD eine rückläufige Bewegung von einem nennenswerten Umfange erfahren wird.

35 Benito Mussolini (1883–1945), Führer der italienischen Faschisten, 1922–1943 italienischer Regierungschef.

Wenn das so ist, bekommen wir Gefahren, von denen sie gesprochen haben, die für die ganze Bundesrepublik als solche – außenpolitisch gesehen – besonderes Gewicht haben. Ich glaube, daß von Moskau her das, was nur möglich ist, getan wird, um die nationalen Empfindungen in unserem Lande zu erregen und zu reizen, so sehr das geht. Ich glaube, daß Moskau ganz bewußt dahin zielt, uns in der Welt draußen durch einen wachsenden Anteil der NPD zu diffamieren und Sympathien und Bindungen, die wir haben, zu zerstören und abzubauen. Dies ist das große Nahziel der Moskauer Politik in bezug auf die Bundesrepublik. Dahinter steckt derselbe Gedanke, der in der Weimarer Zeit durch die Kommunistische Partei über die Nationalsozialisten zum roten Deutschland geführt hat. (*Lebhafte Unruhe, Widerspruch und Zuruf*: Wieso über die Nationalsozialisten?) Jawohl, meine Herren, über den Nationalsozialismus! Der war damals schon als notwendige Zwischenstufe einkalkuliert. (*Anhaltende Unruhe und Zuruf*: Wieso? Nicht klar!) Dies ist deren Politik auch heute. Damit müssen wir rechnen.

Nun ist die Gefahr, die davon ausgeht, nicht nur im rein Politischen zu sehen. Ich fürchte, daß auf die Dauer eine solche Entwicklung in unserem Lande mit ihren Auswirkungen auf die Stimmung draußen uns erheblich schaden kann. Ich sehe jedenfalls die Gefahr nicht gering an, daß eine Stimmung draußen entsteht, die z. B. das Kaufen deutscher Waren zumindest nicht fördert. (*Unruhe*.) Was das wirtschaftlich bedeutet in einem Lande, das in seinem Lebensstandard von einem hohen Export abhängig ist, wissen wir.

Ich sehe weiter die Gefahr, daß die NPD sehr aktiv wird, wenn man sie aktiv sein läßt. Ich glaube, daß diese NPD das innenpolitische Klima im Lande erheblich belasten wird. Es wird nicht ausbleiben – was sich schon in einzelnen Bereichen im vorigen Jahr gezeigt hat –, daß von links militant, nicht mit Waffen, aber im sonstigen Verhalten, gegen NPD-Veranstaltungen vorgegangen wird. Die Antwort der Gegenseite wird entsprechend sein; d. h., daß es zwar nicht zum Bürgerkrieg, aber zu irgendwelchen Szenen, zu Handgreiflichkeiten, Saalkämpfen usw. im Lande kommen wird. Dies halte ich für sicher. Ich könnte hier noch einiges andere hinzufügen, was mir bedenklich und gefährlich erscheint.

Die Frage, die wir uns stellen müssen – und ich bitte Sie wirklich, sie in diesem Kreise ernst zu überlegen –, ist die, ob wir nicht gegen die NPD härter zugreifen müssen. (*Unruhe und Bewegung*.) Ich denke an das Verbot. Ich habe das schon einmal gesagt, aber damals haben Sie es, Herr Bundeskanzler, abgewehrt. Ich kenne die Argumente, die man gegen ein Verbot anführen kann; dennoch wage ich zu sagen, wir können nicht davon ausgehen, daß die NPD bis zur Bundestagswahl so schrumpft, daß wir sagen können, sie ist keine Gefahr mehr. Weil wir uns vorstellen können, wie es ist, wenn im Bundestag 50 oder mehr NPD-Abgeordnete eine Plattform sondergleichen haben, und zwar dann für Jahre hinaus, meine ich, jetzt ist der letzte Augenblick, wenn überhaupt, in dem man mit einer harten Maßnahme, nämlich mit einem Verbot, dieser Sache entgegenwirken kann.

Es wird gegen den Gedanken des Verbots eingewendet, wer garantiert uns denn, daß wir vor Gericht dieses Verbot durchstehen, daß also das Gericht dies bejaht. Das ist ein

Problem. Es ist zuerst eine Frage der Argumentation. Wenn man es nur im normalen Sinne juristisch angeht, wenn man also nur einzelne Vorwürfe und Belege sammelt, dann mag das vielleicht nicht so leicht sein. Die Kerle sind raffiniert genug, um immer wieder Erklärungen aufweisen zu können, mit denen sie fertigbringen, daß das, was dort unten gesagt wird, sich nicht deckt mit der Parteilinie, die von oben verkündet wird.

Aber, verehrte Freunde, an der Spitze steht doch, daß jeder, der in dieser Regierung ist, einen Eid geleistet hat, vom Staate Schaden abzuwehren und Gefahren abzuhalten.

Es kann niemand leugnen, daß hier eine große Gefahr droht. Unter diesen Umständen, meine ich, sollte wirklich überlegt werden, ob nicht mit der Berufung auf die nationale Gefährdung, die in dieser Entwicklung liegt, der Weg des Verbots gegangen werden sollte. Ich weiß wie Sie, daß in der NPD viele ordentliche Leute sind. Ich habe das in den Versammlungen draußen gesagt. Ich habe nie gegen die einzelnen Mitglieder dieser Partei polemisiert, aber das Führerkorps und die Grundtendenz der Führung sind nationalistisch. (*Starke Unruhe.*)

Also, um es kurz zu machen, ich bin der Meinung, man sollte dieses Verbot mit großen Begründungen – nicht mit kleinen Begründungen – riskieren, und zwar angesichts dessen, was uns jetzt aus der ganzen Welt entgegengehalten wird. Dieses Risiko sollten wir beim Bundesverfassungsgericht eingehen. Daß man dann auch den SDS in derselben Weise anfassen muß, ist klar.

Ich sage noch einmal, es ist der letzte Augenblick, in dem man überhaupt so etwas machen kann. Wenn sie mit 50 Leuten im Bundestag sind, ist dieser Weg jedenfalls ausgeschlossen.

Kohl: Ich schlage vor, daß wir, wenn wir das Problem der NPD erörtern, die Auswirkungen auf die auswärtige Politik und auf die Situation Deutschlands in der Welt völlig außer Betracht lassen. (*Zuruf:* Das ist aber wichtig!) Ich muß Ihnen sagen, Herr Kollege Gradl, ich bin leidlich entsetzt – ich kann es nicht anders formulieren – über Ihre Betrachtung des NPD-Problems. Nehmen Sie es mir nicht übel, es richtet sich nicht an Ihre Adresse, sondern an die Art der Charakteristik, wie wir die NPD-Frage in der CDU insgesamt betrachten. Ich kann nur dazu raten, versuchen wir einmal, von den Erfahrungen – ich weiß, wie schwer das ist, insbesondere für diejenigen, die es erlebt haben – von Weimar völlig wegzukommen und zu analysieren, was heute ist. Das scheint mir das Problem zu sein. Es ist so, daß unsere heutige Diskussion zur Frage der NPD aufgrund der schrecklichen Erfahrungen der ausgehenden Weimarer Zeit und der Nazi-Zeit vorbelastet ist und wir sozusagen nicht sine ira et studio die Sache betrachten.

Wenn Sie es einmal anders betrachten, dann kann man unmöglich zu einem Verbot kommen. Wenn Sie heute die NPD verbieten, werden Leute aus dieser Partei morgen eine andere Partei gründen. Und diese Partei wird dann mehr Stimmen als die heutige NPD erhalten, weil dann der Mitleidkomplex und vieles andere dabei eine Rolle spielen.

Wir haben nach der Wahl in Rheinland-Pfalz die NPD-Verhältnisse sehr genau analysiert. Es ist kein Problem nur einer Landschaft, sondern es stellt sich für die ganze

Bundesrepublik in gleicher Weise. Das erste, beinahe Phänomenale, was uns auffiel, war die Anfälligkeit für den Rechtsradikalismus, obwohl es jetzt eine ganz andere Generation ist. Es können nicht mehr sein als etwa ein Viertel, die alte Nazis sind, die jetzt – wie Sie sagten, Herr Bundeskanzler, – nach dem Slogan handeln: Man kann wieder wählen. Die gibt es. Das ist ganz klar. In Baden-Württemberg haben Sie ein Beispiel in dem Landesvorsitzenden Gutmann³⁶. Der repräsentiert in der Tat noch diese alte Gruppe.

In der Stuttgarter Fraktion sitzen aber eine ganze Reihe von Leuten, denen Sie mit Sicherheit nicht vorwerfen können, daß sie alte Nazis seien, weil sie gar nicht in dem Alter sind, daß sie es gewesen sein können. Es ist so, daß die kleine Gruppe alter Nazis, und zwar einfach aufgrund ihrer Beherrschung des Metiers, viel einflußreicher sind, als es ihrem Zahlenanteil entspricht.

Die sitzen also in den Führungsfunktionen. Sie haben noch die alten Beziehungen und wissen, wie man so etwas macht. Das muß man sehen. (*Zuruf: Na eben!*) Davon gibt es die schlimmen Auswirkungen im Ausland.

Aber in der NPD steckt ein guter Schuß Poujadismus drin. Den können Sie, so wie die Dinge heute bei uns in der gesellschaftlichen Struktur liegen, nicht über Nacht beseitigen. Das, was in bestimmten mittelständischen Kreisen vor sich geht, können Sie nicht durch Propaganda wegbringen. Der Schuhmacher, der sieht, daß die Entwicklung dazu führt, daß er seinen Beruf und seinen Laden verliert, ist und bleibt verdrossen. Dem können Sie praktisch nur mit einer neuen Existenz helfen. Auch dem kleinen Einzelhändler können Sie nicht helfen, weil der Konsument dorthin geht, wo er ein größeres Angebot hat und die Preise niedriger sind.

Diese Poujadistengruppe gibt es in allen Industrieländern der Welt. In Frankreich war es ganz deutlich. Das ist dann durch den Gaullismus etwas zugedeckt worden. Sie ist auch in England und in hohem Maße in den Vereinigten Staaten vorhanden.

Bei einer Betrachtung der Kämpfe um die Präsidentschaft vor vier Jahren finden Sie, daß auch die Amerikaner das Problem, das man mit Poujadismus bezeichnet, kennen. Ich sehe hier praktisch gar kein anderes Rezept, als durch eine Infrastrukturverbesserung der jeweiligen Region neue Arbeitsplätze zu schaffen, ein höheres Maß von sozialer Sicherheit zu geben und in der gesamten Gesetzgebung den einen oder anderen im mittelständischen Bereich zu bedenken.

Dieser mittelständische Bereich geht auch hinein in den Kreis kleiner und mittlerer Industrieunternehmungen. Mein Eindruck aus einer Reihe von Versammlungen in Baden-Württemberg war der, daß uns die interne Art und Weise der Diskussion der CDU über die Mitbestimmung überhaupt nichts genutzt hat, sondern sehr zu unserem Schaden war, und zwar gerade im schwäbischen Bereich mit kleinen Unternehmen. Diese Leute sind ebenfalls sozialistisch angekränkt. Das war ein Argument, das immer wieder gebracht worden ist.

36 Wilhelm Gutmann (1900–1976) Kaufmann; 1933–1945 Bürgermeister von Tiengen/Südbaden, Stadtrat in Karlsruhe (BHE/GDP), 1964 Mitgründer, 1967 Interimsvorsitzender der NPD, 1968–1972 MdL Baden-Württemberg (Fraktionsvorsitzender).

Wichtig scheint mir noch zu sein, daß die NPD von ihren Anhängern mehr Leistungen abverlangt als alle anderen Parteien. Sie hat dabei auch ein gewisses Maß von Anerkennung gefunden. Der NPD-Mann hat im Durchschnitt viel mehr geleistet – z. B. die Kreisvorsitzenden –, als der CDU-Kreisvorsitzende zu leisten bereit ist. Das muß man einmal ganz nüchtern hier aussprechen. So etwas zeigt sich dann ja auch in der Umsetzung.

Was in der NPD noch eine Rolle spielt, zumindestens in Süddeutschland – für Norddeutschland kann ich es nicht beurteilen –, ist die innere Situation bestimmter Teile der evangelischen Kirche. Es ist für meine Begriffe überhaupt nicht zu übersehen, daß bestimmte Äußerungen evangelischer Theologen, wie wir sie jetzt wieder im baden-württembergischen Wahlkampf mit dem SDS gehabt haben, bei einem bürgerlich gehobenen soziologischen Milieu den Leuten das Weltbild und ihre Glaubensheimat durcheinandergebracht haben. Dazu gehört auch die Frage der Bewältigung der Zeit von 1933 bis 1945. Das hängt jedenfalls damit zusammen. Es ist so, daß wir darüber nicht gesprochen und daß wir uns diesen Auseinandersetzungen nicht gestellt haben.

Ich bestreite entschieden, daß das alles Neonazis sind. Sie sind, soweit ich das beurteilen kann, meilenweit davon entfernt. Das sind Leute, die man in mühsamer Kleinarbeit draußen in Gesprächen gewinnen kann, natürlich auch durch eine gute und überzeugende Politik. Viele dieser Leute, bis hinein in den Bereich der leitenden Angestellten, sehen diesen Teil der NPD-Politik als eine Art deutschen Gaullismus an. Das muß man auch einmal sehen. Es gibt in jedem Land eine grassierende NPD-Hysterie, die verständlich ist aus den außenpolitischen negativen Erscheinungen, die aber aus der innenpolitischen Situation heraus ganz falsch ist, weil genau der umgekehrte Schluß gezogen wird. Ich habe hierbei die Meinung gewonnen, daß wir der NPD sogar Leute zutreiben. Es war interessant, wie der wirklich alte Nazi, Herr Gutmann, in der Wahlnacht und in den Tagen danach unentwegt das National-Konservative beschworen und bei jeder Gelegenheit herausgestellt hat. Diese Elemente gibt es in jedem Industriestaat und freien Land der Welt, aber es regt sich kein Mensch in der Weltöffentlichkeit darüber auf.

Wenn Sie einmal die Wahlmanifeste des Herrn Lauro³⁷ in Italien betrachten, dann sehen Sie, was von dieser Seite herausgegeben wurde. Bei uns ist das alles durch die Nazizeit anders belastet, woraus sich zusätzliche Schwierigkeiten ergeben. Hier hat die CDU mehr Chancen als jede andere Partei, wenn sie vernünftige und richtige Versuche unternimmt. Das ist auch wichtig für die Studenten. Ich wundere mich immer darüber, daß nicht einmal versucht wird, ein nationales Selbstverständnis zu entwickeln, das in die siebziger Jahre paßt und auch für die jungen Leute akzeptabel ist. Wenn wir das tun, dann brauchen wir auf die Dauer keine Angst vor der NPD zu haben.

37 Achille Lauro (1887–1982), italienischer Reeder und Politiker; vor 1945 Faschist, 1952–1957 Bürgermeister von Neapel, 1954 Gründer und Führer der „Partito Popolare Monarchico“, die sich 1959 mit dem Nationalmonarchisten unter Alfredo Covelli zur monarchistischen „Italienischen Demokratischen Partei“ zusammenschloß (1972 auseinandergebrochen).

Wir werden nicht jenen Teil wegbringen, den ich mit Poujadisten bezeichnet habe, und auch nicht die alten Nazis. Die müssen aussterben. Die werden nie mehr irgend woanders hingehen. Das ist menschlich sogar verständlich, denn wenn einer früher zunächst Gemeinsekretär war und dann 1933 Bürgermeister geworden ist, dann waren das bis 1945 die besten Jahre seines Lebens.

Sie können von diesem Mann nicht erwarten, daß er der Zeit, die für ihn materiell und auch sonst eine Menge Vorteile gebracht hat, jetzt abschwört, zumal dann, wenn er nichts dazugelernt hat, was ja bei vielen der Fall ist. Aber ich behaupte noch einmal, daß das ein ganz kleiner Teil ist.

Ein Zweites muß näher untersucht werden. Wie erklären Sie sich, daß kleine Städte und Dörfer, die heute NPD-Hochburgen sind, sich in ihrer Wahlgesinnung – obwohl dort eine ganz andere Generation lebt – z. T. schon seit 100 Jahren im Prinzip sich gleich verhalten? Es gibt bei uns in der Nordpfalz Dörfer, deren Bauern unter den EWG-Verhältnissen sehr gut dastehen und keine EWG-Panik zu haben brauchen, die aber schon im Jahre 1928 ganz stark NSDAP gewählt haben. Wir haben das durch Reihenuntersuchungen festgestellt. Das geht bis tief in das 19. Jahrhundert hinein, indem sie dort eine bestimmte nationale Tendenz vertreten haben, aber nicht im Sinne der Berliner oder der Mannheimer Richtung des National-Liberalismus, sondern national-konservativ. Die Urenkel dieser Leute erweisen sich heute wieder als anfällig. Das sind überwiegend evangelische Dörfer mit einer katholischen Diasporagemeinde. Es sind Gemeinden, in denen in der Regel kein Kindergarten – weder der evangelischen Kirche noch der katholischen Kirche – mehr vorhanden ist.

Es sind Gemeinden, deren religiöses Leben sich auf Taufe, Konfirmation, Hochzeit und Beerdigung beschränkt. Das kann man nicht von der Politik allein her sehen. Hier ist ein Versagen der Kirchen in der religiösen Infrastruktur – um es einmal so auszudrücken – ganz deutlich und greifbar zu sehen. Ich möchte auch aus diesem Grunde sagen, um Himmels willen reden wir nicht von einem Verbot der NPD. Ihre Nachfolgeorganisation steht spätestens wieder in einem Jahr. Wenn man es genau nimmt, hat der Rechtsradikalismus in Deutschland vom Verbot eigentlich immer profitiert. Die dümmsten Rechtsradikalen waren die Gruppen, die zuerst verboten wurden. Dann kam die zweite Reichspartei, aber immer noch eine zweite Garnitur.³⁸ Im Schnitt sind die heutigen Leute wesentlich besser als die erste Garnitur, die wir Mitte der fünfziger Jahre beobachten konnten.

In der parlamentarischen Arbeit wird sich folgendes herausstellen: Die NPD wird in den Parlamenten nach dem, was man hier beobachten kann, überhaupt nichts machen. Es gibt ein paar Leute von ihnen, die auftreten. Die Hessen sind mit am aktivsten. Dort

³⁸ Die 1949 gegründete Sozialistische Reichspartei (SRP) wurde 1952 für verfassungswidrig erklärt und verboten. Die Deutsche Reichspartei, gegründet 1946 in Niedersachsen, wurde nach dem Verbot der SRP die größte rechtsextreme Organisation mit Zentren in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, wo sie bei den Landtagswahlen 1959 5,1% und ein Mandat erhielt. 1964 ging die DRP in der neugegründeten NPD auf.

gibt es einen verrückten Studienrat und den alten Fassbender³⁹, die ihre Sprüche machen. Sie werden aber erleben, daß vom Parlamentarischen her die NPD mehr als alle anderen Parteien in alle Sünden fällt, die so am Wegesrand angereichert werden, denen man möglicherweise begegnen kann.

Zurück zur Universität! Wir sollten hier in diesem Kreise über eines im klaren sein. Wenn wir irgendwo Sünden begangen haben, von der überfälligen Verabschiedung der Hochschulreform abgesehen, würde ich sagen, lagen sie in unserer Berufungsaktion. Ich wundere mich sehr in den letzten Wochen, wenn man von diesen großen Schuldbekennnissen hört, daß wir eigentlich niemals darüber nachgedacht haben, wer denn diese Leute berufen hat. Ich habe für unser Land einmal nachgeprüft, woher die Schwierigkeiten kommen. Ich habe es mir auch einmal in der Staatskanzlei angeschaut. Ich kann nur sagen, man wundert sich sehr darüber, was für Leute, die uns heute so elementar schaden, an die Universitäten und Pädagogischen Hochschulen berufen wurden.

Da kann ich Ihnen Dutzende von Briefen hochgestellter CDU-Persönlichkeiten zeigen, die sich bei der Berufung für irgendwelche Kandidaten eingesetzt haben. Die Leute sind berufen worden, und nun muß man sich mit Grausen von dem abwenden, was sie praktisch ausführen. Das muß einmal in diesem Zusammenhang hier gesagt werden. In der Berufungspraxis ist in der CDU auf bestimmte Listen gesehen worden; der eine Kultusminister hat darauf gesehen, ob der Mann auch im CV ist. Der andere hat darauf gesehen, ob er im KV ist.⁴⁰ (*Lebhafte Unruhe.*) Das würde ich für jedes Bundesland sagen. Ich nehme Baden-Württemberg nicht aus. (*Kiesinger:* Es wurde der *Primo loco* vorgeschlagen. – *Anhaltende Unruhe.*) Ich sage es nicht als einen Vorwurf. Aber ich wundere mich darüber, was nicht alles über die Berliner Universität gesagt wird. Ich habe mir einmal die Berufungsjahrgänge angeguckt, in denen die Hauptmatadoren berufen wurden. Sie sind berufen worden durch einen CDU-Senator. (*Amrehn:* Gegen den Widerspruch der CDU-Fraktion.) Die entscheidenden Leute an der Berliner Universität sind berufen worden von einem CDU-Senator.⁴¹

Ich erinnere mich an unseren Kulturkongreß in Gelsenkirchen,⁴² wo gerade dieser Punkt und diese freiheitliche Handhabung der Berufungspraxis durch CDU-Kultusminister herausgestellt wurden. Dann sind die Namen genannt worden. Sie können es im

39 Heinrich Fassbender (1899–1971), Landwirt; 1945 FDP, 1946–1948 MdL Hessen, 1949–1957 MdB (FDP), 1955 Übertritt zur Deutschen Partei (DP), 1964 Mitgründer der NPD, 1964–1966 stv. Bundesvorsitzender, 1966–1970 erneut MdL Hessen (NPD, Fraktionsvorsitzender), 1966–1970 Vorsitzender der NPD Hessen, 1970 Parteiaustritt. – Die anderen Mitglieder der NDP-Fraktion im hessischen Landtag waren Anneliese Bläsing, Werner Fischer, Hans-Jürgen Fuhlrott, Ulrich Kaye, Herbert Peter, Gustav Stürtz und Dr. Gerhard Woitschell.

40 Abkürzung für Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen bzw. für Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine.

41 CDU-Kultursenator war Joachim Tiburtius (zwischen 1953 und 1963) in Berlin. Vgl. Anm. 74.

42 28.–30. November 1960. Vgl. Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (Hg.): *Erziehung – Bildung – Ausbildung. Zur Kulturpolitik der CDU/CSU.* Bonn 1961.

Protokoll nachlesen. Es war ein Senator aus Berlin. Das ist mit dem größten Beifall des Auditoriums bedacht worden. Wenn wir heute über die Dinge reden, dann sollten wir nicht ganz vergessen, wie das damals gewesen ist.

Kiesinger: Herr Kohl, darf ich einen Einwand machen! Ich kenne die Praxis in Baden-Württemberg. Ich habe zweimal versucht, diese Praxis zu durchbrechen. Herr Hahn wird mir das bestätigen. Aber es war doch so, daß man der Autonomie der Universität völlig nachgab. Ich habe den Fall Bloch⁴³ zu verhindern versucht. Mein eigener damaliger Kultusminister⁴⁴ hat wie ein Wilder dafür gekämpft, daß dieser Mann dorthin kam. Also, für die Autonomie der Universität! Deswegen müssen wir untersuchen, wo nach dem einen System verfahren wurde, das genauso falsch war. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kohl: Der Kollege Fay wird unschwer den Beleg beibringen können, daß in der Wiesbadener Staatskanzlei dieser Gedanke, den ich eben anführte, sehr wohl mit erwogen wurde. (*Fay:* Aber nicht in bezug auf CV und KV! – *Heiterkeit.* – *Unruhe.*) Das brauchen wir nicht näher zu untersuchen. Ich will auch nicht die Frage der neuen Universität in diesem Zusammenhang ansprechen, Herr Bundeskanzler. Es gibt eine sehr angesehene neue Universität in einem großen Bundesland. Wenn Sie einmal dort die Berufungspraxis betrachten, werden Sie unschwer auch darauf kommen, daß aufgrund dieser Auswirkungen – es ist nicht in Baden-Württemberg – einfach bestimmte Dinge gedeihen müssen.

Wir haben uns – da haben Sie völlig recht – um diese Personalpolitik überhaupt nicht gekümmert. Wir haben auch nie den Gedanken überlegt, daß man untereinander – das ist auch keine Schande – eine gewisse Abstimmung vornimmt. Dieses Problem zu lösen, halte ich für wichtiger als die schnelle Verabschiedung eines Hochschulgesetzes. Es wäre gut, wenn wir jetzt wenigstens in den Ländern, wo wir die Macht haben, bei der Berufungspraxis uns Möglichkeiten für Neuberufungen sicherten. Sie brauchen nach dem geltenden Recht weder als Kultusminister noch als Ministerpräsident den Kandidaten vom ersten Platz zu nehmen. Sie müssen ihn nicht nehmen. Das ist eine Frage der politischen Führungskraft (*Kiesinger:* Jetzt sind wir am richtigen Punkt!) und vor allem des Mutes, daß man sagt: Den nehme ich gerade nicht! – Wir haben jetzt bei den Pädagogischen Hochschulen eine ziemliche Bewegungsfreiheit durch Fusion und Zusammenlegung. Da wäre es gut möglich, das eine oder andere personalpolitische Mißgeschick wieder auszumerzen, was uns in den letzten Jahren unterlaufen ist.

43 Ernst Bloch (1885–1977), Professor für Philosophie, erhielt nach Zwangsemeritierung 1957 in der DDR und der Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland 1961 eine Gastprofessur in Tübingen.

44 Dr. Gerhard Storz (1898–1983), Studienrat, Schriftsteller; 1958–1964 Kultusminister von Baden-Württemberg, 1966–1972 Präsident der Deutschen Akademie für Dichtung und Sprache, Honorarprofessor an der Universität Tübingen. Memoiren: Zwischen Amt und Neigung. Lebensbericht aus der Zeit nach 1945. Stuttgart 1978.

Man darf sich nicht wundern, wenn die Studenten über die Assistenten der eben charakterisierten Professoren systematisch – Sie brachten das Beispiel Erlangen⁴⁵, Herr Bundeskanzler, man könnte auch andere Universitäten nennen – in eine bestimmte Richtung gehetzt werden. Mein Eindruck ist der, daß die Studenten die Steine nur geworfen haben. Aufgehoben haben diese Steine ganz andere Leute, aber über die spricht heute seltsamerweise fast kein Mensch mehr. (*Stoltenberg*: Das ist vor einigen Tagen zum Ausdruck gekommen!) Ich weiß, aber bei den ganzen vorhergehenden Gesprächen haben wir kaum darüber gesprochen. Auch das sollte man versuchen. Man kann den Herren auch sonstwie das eine oder andere dabei erschweren. Wenn die Kultusminister, die Ministerpräsidenten und die Partei zusammenstünden, könnte in einer zwar mühevollen, aber sicheren Kleinarbeit an den Universitäten hinsichtlich der Berufung doch eine ganze Menge an Verbesserungen erreicht werden.

Wir haben im Augenblick, soviel ich weiß, zwölf Lehrstühle für Politische Wissenschaft in der Bundesrepublik frei. (*Zuruf*: Keinen besetzen!) Das halte ich für ganz falsch. (*Starke Unruhe*.)

Es läßt sich schon eine Lösung finden. Von diesen zwölf werden wahrscheinlich über die Hälfte in Ländern, in denen die CDU führt, berufen. Es müßte doch möglich sein, auch einmal die entsprechenden Leute von uns zu nehmen. Daran hat es bisher gefehlt.

Kiesinger: Ich bin nahezu mit allem, was Sie gesagt haben, einverstanden. Ich habe nach wie vor die Sorge, daß ein Verbot der NPD jetzt ein schlimmer politischer Fehler wäre.

Zur Universität muß ich aber noch einmal sagen: Bei Berufungen, wo es angeblich nur um die wissenschaftliche Qualifikation geht, muß auch die politische Zuverlässigkeit berücksichtigt werden. Da beginnen aber große Schwierigkeiten. Die Kultusminister und die Ministerpräsidenten müssen in Zukunft – ohne daß man das sagt – das berücksichtigen. Bei mir in Baden-Württemberg wurde das so plump gemacht, daß der betreffende Ministerialdirektor im Kultusministerium sagte: Atheisten könnten keine Universitätsprofessoren werden. Ich habe erwidert, wenn man mit diesem Argument kommt, dann heißt es morgen: Katholiken können keine werden. – Wir leben nun einmal in der pluralistischen Gesellschaft. Dagegen kann man sagen: Ein Mann, der gegen die freiheitliche Ordnung ist und nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht, der ist nicht fähig – weil er ja auch Staatsbeamter ist –, Universitätsprofessor zu werden. Wir müssen diesen Mut haben.

Wir müssen andererseits versuchen, an den Universitäten jetzt diejenigen zu mobilisieren, die bei den Vorschlägen der Fakultäten meist zu schüchtern und zu zurückhaltend sind und auch zu unpolitisch denken. Diese Leute müssen einfach angesprochen

45 An der Universität Erlangen-Nürnberg kam es verschiedentlich zu Auseinandersetzungen: Im Januar 1968 protestierte der SDS gegen eine Vorlesung von Professor Hans-Joachim Schoeps; im Februar kam es zu Studentenprotesten gegen die geplante neue Hochschulsatzung, vgl. dpa vom 16. Januar 1968; FAZ vom 10. Februar 1968 „Unruhige Tage in Erlangen“; „Welt“ vom 20. Februar 1968 „Erlanger Studenten: Beruhigungspille, die wir nicht schlucken werden“.

werden, und zwar Mann um Mann. Das ist zwar eine Kleinarbeit an den Universitäten, aber um die kommen wir nicht herum.

Stoltenberg: Herr Kollege Gradl hat einige Argumente für ein Verbot der NPD angeführt. Es gibt übrigens auch ein politisches Beispiel, wonach ein solches Verbot unter Umständen wirksam sein kann. Das ist das SRP-Verbot. Die SRP ist damals verboten worden und dann praktisch zusammengebrochen.⁴⁶

Ich glaube, der entscheidende Punkt liegt aber im Rechtlichen. Ich würde nicht zu behaupten wagen, daß bei einem sehr geschickten Vorgehen der NPD, die ja aus den Erfahrungen früherer Zeiten gelernt hat und nun versucht, so hart am Rande des Erlaubten sich zu bewegen, ein solches Verbotsverfahren zum Verbot führt. Uns könnte nach meiner Überzeugung nichts Schlimmeres passieren, als daß das Bundesverfassungsgericht einen Freispruch mangels Beweises ausspricht. Dann aber haben diese Leute einen Freibrief mit Konsequenzen, die wir nicht übersehen können. Das scheint mir neben den Gesichtspunkten des politischen Für und Wider der entscheidende Grund zu sein, daß man es bei der gegenwärtigen Lage nicht machen soll und kann.

Wir müssen also die politische Auseinandersetzung führen mit der extremen Rechten und der Linken. Ich finde, Herr Bundeskanzler, daß wir an sich auf dem richtigen Wege sind, und zwar in einer Hinsicht, nicht in jeder Hinsicht, daß es uns nämlich in den beiden letzten Monaten gelungen ist, in dieser Auseinandersetzung den Bundestag stärker als zuvor zu einem Forum zu machen. Wenn es uns gelingt, nun noch die Massenkommunikationsmittel stärker zu veranlassen, das auch unmittelbar und in vernünftigen Sendezeiten an das Publikum heranzubringen, dann haben wir die Chance als Bundesregierung und Partei und auch als Parlament, in dieser politisch-geistigen Auseinandersetzung die Führung in der öffentlichen Meinung zu ergreifen.

Ob man nun das, von dem gesprochen ist, Staatsverdrossenheit oder Irritiertheit nennt, das ist eine Frage der Definition. Diesen Erfolg der NPD – Herr Kohl hat einige Beispiele dafür genannt – in sozialen Schichten, wo die reine materiell-soziologische Erklärung nicht mehr ausreicht, auf eine solche Irritation zurückzuführen, daran würde ich auch nicht zweifeln nach meinen Beobachtungen.

Die Erklärungen, die hier hinsichtlich der Bauern oder des deklassierten Mittelstands gemacht worden sind, reichen aber nicht dazu aus, obwohl es solche Gruppen gibt. Ich habe mich schon in Hessen darüber gewundert, daß in einer Stadt wie Wiesbaden 10% NPD wählen. Das kann man also mit den Argumenten bezüglich der Landwirte und des Mittelstands nicht erklären. Es sind also hier weitgehend Phänomene, die man sehen muß.

Beim Wahlkampf in Baden-Württemberg ist mir hier und da aufgefallen – ich will das nicht verallgemeinern –, daß einzelne unserer Kreisparteien und Geschäftsführer diesen modernen und aggressiven Stil der örtlichen Auseinandersetzung überhaupt noch nicht begriffen haben, daß man nicht solche Versammlungen vorbereiten kann, wie das in den fünfziger Jahren noch möglich war, daß man in der Technik und Wer-

⁴⁶ Verbot durch das Urteil des BVerfG am 23. Oktober 1952.

bung und organisatorischen Vorbereitung eben ganz andere Wege gehen muß, wenn man nämlich diese Versammlungen zu einem wirklichen Erfolg bringen will.

Es ist von Ihnen, Herr Bundeskanzler, auf die Auseinandersetzungen in den Universitätsstädten hingewiesen worden. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Man muß auch vorbereitend dafür sorgen, daß die eigenen Leute da sind, daß man alle Voraussetzungen dafür schafft, daß das äußere Bild dieser Versammlungen auch ein Erfolg wird, daß man auch stürmische Versammlungen durchstehen kann. Die psychologische Wirkung dieser Dinge ist doch eminent. Das darf man nicht unterschätzen.

Hier muß nach meiner Überzeugung zunächst von den Landesparteien, aber auch vom Generalsekretär und vom Bundesgeschäftsführer eine ganz kritische Auswertung der Methoden des Wahlkampfes vorgenommen werden. Es muß überlegt werden, wie man das in Zukunft macht, sonst werden wir bei der nächsten Bundestagswahl mit einem unerhört sich verschärfenden Klima zu rechnen haben.

Als wir in Tübingen waren bei dieser turbulenten Kundgebung⁴⁷, wo auch einige technische Dinge gar nicht gut vorbereitet waren, hat man gesagt, der dortige Geschäftsführer sei einige Wochen vorher nach Moskau gereist. (*Heiterkeit. – Unruhe und Bewegung.*) Also, hier muß eine sehr kritische Auswertung vorgenommen werden. Im nächsten Jahre wird ein Wahlkampf mit erbarmungsloser Härte geführt werden, auch von der SPD. Wir kennen ja die Methoden aus Nordrhein-Westfalen. Es dürfen sich nicht die Dinge wiederholen, die damals bei Erhard in Gelsenkirchen passiert sind.⁴⁸ Es darf nicht sein, daß unsere Politiker in den Versammlungen demoralisiert und niedergeschrien werden.

Scheufelen: Daß unsere Leute, die nicht genug Geld verdienen, unzufrieden sind oder werden, ist doch klar. Darüber dürfen wir uns nicht wundern. Wir müssen also diese Dinge auf ein Maß hinführen, daß unsere Leute Aussicht haben, auch eine Familie ernähren zu können. (*Zuruf:* Mindestens!) Nun zu den Reisen! Wir konnten die Reisen des Herrn Bundeskanzlers nur so absichern, daß wir einen heißen Punkt und einen ruhigen Punkt nacheinander vorgesehen haben. (*Lebhafte Unruhe. – Zurufe:* Was heißt heißer Punkt? – *Barzel:* In Biberach!) Es bedarf nach dem heutigen Stand eines Aufwandes von 200 bis 300 Mann, um einen Saal einigermaßen vernünftig abzusichern. (*Anhaltende Unruhe.*) Die Sache spielt sich folgendermaßen ab: Der Herr Bundeskanzler war in Stuttgart. Dort gab es Klamauk. Dann war er in Kirchheim. Dort war es ruhig. Und in Reutlingen gab es wieder Klamauk und Krach. (*Widerspruch und Unruhe.*) Infolgedessen konnte man in Kirchheim ohne Bewachung operieren. Wir haben dann die Leute von Stuttgart nach Reutlingen geschickt, wo auch wieder Krach war.⁴⁹

47 28.–30. März 1968 erste Wahlkampfreise Kiesingers durch Baden-Württemberg. In Tübingen kam es zu Tumulten, vgl. „Göttinger Tageblatt“ vom 1. April 1968 „Kiesinger setzte sich gegen johlende Studenten durch“; „Südkurier Konstanz“ vom 1. April 1968 „Kiesinger: Ich stehe jedem Rede und Antwort“.

48 Vgl. Nr. 7 Anm. 2.

49 22./23. April und 24.–26. April 1968 zweite Wahlkampfreise Kiesingers durch Baden-Württemberg. Vgl. ACDP 01–226–320; KRAUSHAAR S. 114.

Alle diese Dinge bedürfen im Laufe der Zeit einer guten Organisation, die über die normale Tätigkeit einer demokratischen Partei hinausgeht. Auch das, was wir im Wahlkampf gemacht haben, ging schon stellenweise darüber hinaus. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Solche Dinge sind natürlich auch früher passiert. Ich stand einmal zehn Minuten lang mit Konrad Adenauer in den Messehallen in Frankfurt, ohne daß wir zu Wort kommen konnten. Es gab ununterbrochen Sprechchöre. Dem standen wir hilflos gegenüber, bis schließlich die Saalordner den Saal geräumt haben. Dann hat Konrad Adenauer weithin die Praxis eingeführt, daß nur noch Versammlungen mit Eintrittskarten gemacht wurden, so daß man von vornherein wußte, es sind im wesentlichen unsere Leute im Saal.

Die Fehler, die wir in diesem Wahlkampf gemacht haben, sind offensichtlich. Wir hätten es gar nicht nötig gehabt, in die Universitätsstädte zu gehen. Ich habe es noch zu korrigieren versucht. Es ist aber eine Torheit, diese Dinge jetzt hinten anzubinden. Als Sieger ging bei diesen Auseinandersetzungen in Heidelberg usw. ohne Zweifel der Kanzler hervor; in Karlsruhe war es genauso.

Ein dpa-Mann von Stuttgart, den ich für gekauft halte – so ähnlich wie in Ravensburg –, bringt die Meldung, der Kanzler sei gezwungen worden, seine Rede abzubrechen, und man habe den Eindruck gehabt, der Kanzler sei untergegangen.⁵⁰ Der Kanzler ist gar nicht untergegangen, sondern er setzte sich durch in der Diskussion. Statt dessen, daß nun die CDU parat stand und in der Diskussion mindestens jeder zweite Redner ein Mann von uns war, war überhaupt nichts vorbereitet. Noch unterwegs nach Heidelberg mußte ich Leute aus Omnibussen zusammenbetteln, als ich hörte, wer da sein würde. Wieviel waren das? (*Hahn:* Es waren ungefähr 1.000 Leute von uns und 2.500 Gegner da. – *Anhaltende sehr starke Unruhe.*) Wir müssen auf jeden Fall dafür sorgen, daß die Saaltüren nicht zu früh aufgemacht werden. In Konstanz machten sie den Saal um 6.00 Uhr auf, und um 6.30 Uhr saß der Saal mit diesen Leuten bereits voll.

Diskussionen können von dem, der sie zuläßt, manipuliert werden. Die Antwort, die man gibt, ist immer stärker als das, was vorher gesagt wird. Da muß man also immer einen Mann von uns dazwischen nehmen. Darauf sind wir nicht vorbereitet gewesen. Aber alle diese Dinge haben wir jetzt gelernt. In Mannheim redete ich vom Rathaus aus. Dort versuchte man durch einen Sprechchor, der überhaupt nicht abriß, die Aufmerksamkeit der Zuschauer und Zuhörer auf sich zu lenken. Es ist so, wenn eine Gruppe unter Tausenden von Leuten Krach macht, dann werden alle anderen irritiert und gucken dahin, was die jetzt machen. Sie hören dem Redner nicht mehr zu. Nun kann man es so machen, daß man trotzdem weiterredet und sein Soll erfüllt. Es war dort ein Mann der Jungen Union mit einem Megaphon. Es ist unglaublich, was der fertiggebracht hat. Er schrie: Herr Bundeskanzler, lassen Sie sich nicht rausbringen. Sie haben unser volles Vertrauen! – Es war eine Riesenstimme, die weit über den Platz hin erschallte und sogar die Sprechchöre übertönte. Dieser eine Mann hat sich durchaus ge-

⁵⁰ Vgl. dpa vom 25. April 1968 „Kiesinger mußte in Heidelberg diskutieren“; KRAUSHAAR S. 116f.

gen diese ganze Gruppe durchgesetzt. Er ist von sich aus auf diese Idee und Lösung gekommen.

Diese Dinge müssen wir für die nächste Wahl beachten. Ich erinnere an Biberach, wo ich gesagt habe: Da muß Ordnung geschaffen werden ohne Gewalt. – Das ist dann auch innerhalb weniger Minuten erledigt gewesen, und ich konnte meine Rede fortsetzen. Aber das Fernseh-Team, das dort war, zeigte nur diese eine Szene, um deutlich zu machen, da wollte er sich wieder autoritär durchsetzen. Der andere Fall ist der, daß so ein Kerl wie dieser dpa-Mann etwas sagt, und die ganze baden-württembergische Presse übernimmt diese Meldung. So etwas muß sich natürlich negativ auswirken. Dann sind die ganzen Anstrengungen, die man unternimmt, vergeblich.

Sie erinnern sich, Herr Rathke, wie wir abends zusammensaßen. Die ausländischen Journalisten kamen zu mir. Ein Holländer sagte: Ich habe nach Hause gemeldet, soundso viel Punkte für Sie. – Aber jedenfalls kamen diese falschen Meldungen heraus. Wir müssen auch damit rechnen. Wir guckten nach, was passiert war. Ausgerechnet in Heidelberg – auch das muß die CDU wissen – ist der Herr Baur⁵¹ von dpa, der zu uns gehört, der mich begleitet hatte, zurückgeholt worden. Er war nicht dabei wie bei der vorigen Reise. Dafür war dieser kleine Mann von dpa da, der diese Falschmeldung gebracht hat. Nachher ist sogar der Chef von dpa nach Stuttgart angereist gekommen vor lauter schlechtem Gewissen. Baur wurde schnell zurückgeholt.

Die Partei muß also auch fragen, wer von dpa da ist. Ist das ein zuverlässiger und verlässlicher Mann? Zu welcher Richtung gehört er vermutlich? Das sind alles Dinge, die wir bisher offensichtlich noch nicht gelernt hatten. Das wird aber für den kommenden Wahlkampf außerordentlich wichtig sein.

Filbinger: Ich möchte von einem Modell einer geglückten Veranstaltung in Freiburg sprechen, wo die Situation besonders heiß gewesen ist. Wir hatten am Dienstag vor der Wahl ein Forum veranstaltet. Wir hatten sechs junge Leute – darunter unseren Freund Kohl – mit Bundestagsabgeordneten zu einem Forum zusammengefaßt. Ich habe als Moderator erklärt: Heute abend können Sie fragen und diskutieren, so oft und so lange, wie Sie wollen. Wir haben das dann 4½ Stunden lang getan. Der SDS, der in Freiburg ziemlich virulent ist, hat eine Konkurrenzveranstaltung in der Universität gemacht, und zwar mit attraktiven Themen. Aber das ist gescheitert. Die blieben unter sich.

Nach einer Stunde kamen sie zu uns und haben festgestellt, daß eine ausgesprochen gute Gesprächsatmosphäre da war, wenngleich auch Emotionen vorkamen. Es wurde auch laut gebrüllt, und es gab Proteste, aber es wurde diskutiert. Nach 4½ Stunden war die ganze Geschichte erledigt. Der SDS verschwand, ohne Krach zu machen.

Wir haben dann zwei Tage vor der Wahl das gleiche Modell gemacht und hatten dabei einen überraschend hohen Besuch. Es war die ganze Studentenschaft, soweit sie virulent ist, anwesend. Dort hat sich dann das ereignet, worauf ich schon lange gewartet hatte, daß nämlich endlich unsere Studenten aus dem RCDS und was dazu gehört, Wut bekamen und dem AStA-Vorsitzenden, der vom SDS besetzt ist, vorwarfen, ihr seid die

51 In der Vorlage: Bauer. – Gemeint ist der dpa-Korrespondent Klaus Baur, vgl. dpa vom 24. April 1968 „Seit 1910 kein so hoher Gast mehr – Kiesinger auf Wahlreise“.

Manipulierer, ihr sprecht nicht für uns. Es war so, daß sie diese Leute hart bedrängten und an die Wand gedrückt haben. Das habe ich so noch nie erlebt.

Es bedarf offenbar einer längeren Ermutigung und Erziehung, bis unsere Leute sprechen. Warum sprechen sie nicht? Warum machen sie uns die Sache so schwer? Weil sie einfach denen nicht gewachsen sind; denn sie sind dialektisch noch nicht soweit. (*Starke Unruhe.* – *Kiesinger*: Wir haben die Leute nicht gefordert!) Sie haben sich immer hinausmanövrieren lassen durch die Schreier, durch die engagierten SDS'ler. Die haben immer das Wort geführt, und die anderen haben sich nachher nicht mehr getraut, dagegen anzugehen.

Ich möchte sagen, ein solches Modell oder mehrere solcher Modelle, aus denen unsere Leute Mut schöpfen, könnte dazu führen, daß wir die Universität hier oder dort wieder in die Hand bekommen, wenn nur eine Gruppe von 30 oder 30 Leuten [sic!] von uns sich zum Wort melden und gegen den SDS angehen. Damit ist häufig die Situation zu gewinnen. Wir brauchen also mobile Einsatzreserven, die man von einer Universität zur anderen werfen kann. (*Kohl*: Die müssen auch den entsprechenden Kopf haben!) Natürlich! Das ist das eine.

Das Zweite, was wir als Konsequenz zu ziehen haben, ist folgendes: Wir müssen die Bauern politisch gewinnen. Das wird aber keine einfache Sache sein. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Herren! Ich muß jetzt leider weg und den Ministerpräsidenten von Malta⁵² empfangen. Das klingt vielleicht etwas naiv, aber trotzdem muß der Mann sehr vorsichtig behandelt werden, denn Malta hat eine sehr wichtige strategische Position im Mittelmeer. Ich bitte also um Ihr Verständnis dafür, daß ich gleich weg muß.

Fricke: Herr Bundeskanzler! Ich habe noch eine Frage. Der Mann, der den Anschlag auf Dutschke verübt hat, ist doch ein pathologischer und unzurechnungsfähiger Mensch⁵³, der Napoleon⁵⁴ und Hitler an die Wand gemalt hat. War es nun notwendig, daß Sie der Witwe⁵⁵ ein Beileidstelegramm geschickt haben? (*Kiesinger*: Das ist eine umstrittene Frage.) Hätte es nicht genügt, daß Sie eine Erklärung des Bedauerns abgegeben hätten?

Kiesinger: Das ist eine Frage, über die man streiten kann. Ich habe da sehr viel Zustimmung und sehr viel Ablehnung gefunden. Ich habe in dem Moment telegraphiert, als es schien, als ob Dutschke sterben würde. Ich sah genau voraus den Solidarisierungseffekt, den das auf unsere Studenten haben würde. Ich habe nach sorgfältiger Beratung hier dieses Telegramm an die Frau geschickt, einfach um zu zeigen, auch wenn das ein fanatischer politischer Gegner ist, hier ist die Grenze: der politische Mord.

52 George Borg Olivier (1911–1980), maltesischer Politiker (Nationalistische Partei); 1950–1955 und 1966–1971 Premierminister. – Treffen zum Frühstück im Bonner Hotel Königshof, vgl. ACDP 01–226–320. Vgl. auch AAPD 1968 Nr. 151.

53 Josef Bachmann (1945–1970, Selbstmord), Anstreicher.

54 Napoléon Bonaparte (1769–1821), 1804–1814/15 Kaiser der Franzosen.

55 Gretchen Dutschke-Klotz (geb. 1942); vgl. KÄTZEL S. 277–299. – Der Studentenfürher überlebte das Attentat.

Das hätte ja auch mir passieren können. Ich weiß heute noch nicht, wie ich den Kerl einzuschätzen habe, der da aufgetreten ist.⁵⁶ (*Fricke*: Ich habe Ihre Antwort gehört, Herr Bundeskanzler. Das genügt mir.) Ich behaupte nicht, daß ich damit unbedingt recht habe. Ich mußte in diesem Moment handeln. Genau dieselbe Geschichte ist mir entgegengehalten worden beim Empfang des VDS. Da hieß es nicht, ich hätte den VDS empfangen, sondern den Herrn Ehmann⁵⁷. Der Ehmann ist der Vorsitzende. Ich mußte diesen Versuch machen, um einmal festzustellen, inwieweit der VDS zu bestimmten Fragen eine kollektive Auffassung hat, oder wo die Möglichkeit der Entsolidarisierung besteht. Daß der Kerl dann hinterher dummes Zeug geschwätzt hat, war doch ... (*Lebhaftige Unruhe und Bewegung*. – *Klepsch*: Er hat nach den Zeitungen vom Mandat gesprochen!) Warum soll ich gesagt haben, das Mandat werde geprüft? (*Zurufe*: Weil es in der Zeitung gestanden hat!) Ich habe im Gegenteil gesagt: Das politische Mandat gibt es nicht. (*Anhaltende Unruhe*.)

Heck: Meine Herren! Was in der Zeitung stand, war völlig widersprechend zu dem, was im Kabinett besprochen worden ist. Im Kabinett wurde eindeutig gesagt, daß ein Mandat rechtlich überhaupt nicht möglich ist. (*Sehr starke Unruhe*.)

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler! Hier wird von zwei Dingen gesprochen. Sie sprechen von dem Fall mit dem VDS, und Herr Klepsch bezieht sich auf unsere Kabinettsberatung der letzten Woche. Das sind zwei verschiedene Dinge. (*Anhaltende Unruhe*.)

Klepsch: Es gibt eine Zeitungsmeldung, daß nach diesem Gespräch festgehalten worden sei, der Bundeskanzler hätte zugesagt, daß das politische Mandat des VDS ... (*Anhaltende starke Unruhe*.)

Scheufelen: Es wurde erklärt, das politische Mandat sei in diesem Gespräch de facto vom Bundeskanzler zugesagt worden.

Kiesinger: Nein, das hat der Herr Ehmann gesagt. Natürlich hat er den Trick benutzt. Das sind die lügenhaften Ausführungen von Herrn Ehmann, der auch bei anderen Sachen gelogen hat. Es ging ja nicht um Herrn Ehmann. Immerhin hat sich bei diesem Gespräch herausgestellt, daß die Hälfte der vier Leute, die da waren, an dieser Tendenz festgehalten haben, die anderen haben z. B. in der Springer-Frage eine völlig vernünftige Haltung eingenommen. Das ist aber kein Springer-Problem, sondern ein ganz allgemeines Problem. Das sind also Fragen, die muß man entscheiden.

56 Am 23. April 1968 kam es zu einem Zwischenfall in einer Autobahnraststätte bei Freiburg auf der Rückfahrt von der Wahlkampfreise durch Baden-Württemberg. Arthur Wilhelm Buhlinger, ein 29-jähriger vorbestrafter Schweißler, drohte mit einem Attentat auf Kiesinger. Vgl. „Schwäbische Donau-Zeitung“ vom 24. April 1968; „Frankfurter Neue Presse“ vom 25. April 1968; „Badische Zeitung“ vom 25. April 1968.

57 Dr. Christoph Ehmann (geb. 1943), Lehrbeauftragter; 1966–1968 Vorsitzender der Studentenschaft des Landes Hessen, 1968/69 Vorsitzender des Verbands Deutscher Studentenschaften (VDS), 1986–1994 Leiter des Amtes für Berufs- und Weiterbildung Hamburg, 1994–1997 Staatssekretär im Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern.– Das Treffen fand am 29. April 1968 in Stuttgart statt, vgl. ACDP 01–226–320; KRAUSHAAR S. 119. Ehmann betonte nach dem Gespräch, daß „trotz der Einigkeit in einigen Punkten nach wie vor große Meinungsunterschiede“ bestünden, vgl. „Welt“ vom 30. April 1968.

Ich habe es schon gesagt und wiederhole es: Stellen Sie es sich nicht so einfach vor. Der Solidarisierungseffekt unserer Handlungen bei den Studenten ist rational gar nicht vorauszuberechnen. Da geht einfach quer durch eine Tendenz zur Einigung. Ich erfahre das doch von meinen eigenen Beamten hier und ihren eigenen Kindern. Der eine sagt, meine älteste Tochter nennt sich nur noch Dutschka. (*Starke Unruhe.*) Und wenn irgend etwas gegen eine Gruppe der Studenten gesagt wird, ist man wieder uneins miteinander.

Wenn uns diese Entsolidarisierung nicht gelingt, meine Herren, dann können böse Zeiten für uns kommen. Dann haben wir die Unruhen an den Universitäten für Jahre hinaus, und das treibt natürlich wieder das Wasser auf die Mühlen der NPD. Ich gebe zu, das sind alles Situationen, wo man abwägen muß so oder so. Umgekehrt habe ich nicht nur vom Inland, sondern auch vom Ausland Prügel bekommen, indem es hieß, ich hätte nur nach dem Polizeiknüppel gerufen, was ja falsch ist. (*Unruhe und Bewegung.*) Sie wissen ja, was passiert ist. Denken Sie an die Äußerungen des Richterbundes.⁵⁸ Ich habe überhaupt nicht von der Justiz gesprochen. Trotzdem hat der Kerl es nicht zurückgenommen und ist bei seiner Aussage geblieben, ich hätte die Richter zum Büttel der Nation herholen wollen. Da liegen doch die wirklichen Wurzeln der Sünden. (*Kohl: Sie hätten die Durchstufung verkünden müssen! – Unruhe und Heiterkeit.*) Ja, die wollen alle höher eingestuft werden. (*Unruhe.*)

Stoltenberg: Wenn wir künftig ein Gespräch führen, sollten wir die Form wählen, die wir damals genommen haben, als wir eingeladen hatten die Vorsitzenden des ASTA, die Vertreter der großen Studentenverbände usw.⁵⁹ In dem Kreis der 50 Leute waren auch die vier Herren des damaligen Vorstands des VDS, von denen aber keiner besondere Notiz genommen hat. Sie konnten sich also nicht diskriminiert fühlen. Es hatte auch nicht den exklusiven Charakter, den die Leute nun leider doch mißbrauchen. Das ist die Folgerung, die wir aus dieser Erfahrung ziehen müssen.

Wir waren damals in einer Situation, wo eine Universität nach der anderen ernsthaft im Begriff war, sich abzusetzen. In einigen Fällen ist es gelungen, in anderen ist es gescheitert. Das ist ein Prozeß, der ja auch der Entsolidarisierung dient. In Zukunft sollten diese Gespräche auf einer wesentlich breiteren Ebene geführt werden in einem sehr großen Kreis, wo auch die ganzen Vorstände der Verbände dabeisind. Dann diskriminiert man die einen nicht, aber man hat eine Basis, die nicht diesen propagandistischen Mißbrauch ermöglicht.

Kiesinger: Es sind doch laufend Gespräche mit den studentischen Gruppen geführt worden. Warum ist das nicht veröffentlicht worden? Ich kann doch nicht hinter jeder Geschichte herlaufen. Wir haben mit den Korporationsstudenten gesprochen, Herr Dr. Heck und ich. Wir haben mit dem RCDS gesprochen. Ich werde demnächst mit der ka-

58 Der Deutsche Richterbund hatte Kiesinger vorgeworfen, demonstrierenden Studenten mit verschärften Maßnahmen durch Justiz und Polizei gedroht zu haben. Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 23. April 1968 „Bundeskanzler Kiesinger weist die Vorwürfe des Deutschen Richterbundes zurück“; „Stuttgarter Nachrichten“ vom 23. April 1968 „Kiesinger: Bei Demonstrationen Ruhe bewahren“.

59 Vgl. Nr. 14 Anm. 81.

tholischen Studentenvereinigung sprechen. Ich betrachte es als selbstverständlich, daß das von der Partei veröffentlicht wird. (*Unruhe und Bewegung.*) Es ist ein Risiko; das gebe ich zu. Bei mir kommt es jetzt in erster Linie auf die Entsolidarisierung an. Wenn wir die nicht schaffen, dann haben wir die Geschichte noch jahrelang vor uns.

Streibl: Herr Bundeskanzler! Wir müssen die Intelligenz mobilisieren in unseren Reihen. Es war ja bis dato langweilig, in der CDU/CSU zu sein. Wenn das auf breiterer Basis diskutiert wird, dann wird es besser. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Herren! Ich muß mich nun verabschieden.

(*Bundeskanzler Kiesinger verläßt den Saal.*)

Heck: Meine Herren! Wird das Wort noch zum Punkt 2 der Tagesordnung gewünscht?

Amrehn: Der Herr Bundeskanzler hat heute nur später erscheinen können. Er mußte auch jetzt wegen eines Essens wieder weggehen. Diese Sitzung des Bundesvorstands ist zweimal verlegt worden, um einen Termin zu finden, an dem sich der Bundesvorstand nach Monaten über die wichtigen politischen Fragen gründlich unterhalten kann. Ich habe den Eindruck, daß das auch heute wiederum nicht möglich ist.

Ich würde das alles sehr viel lieber in Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers gesagt haben, aber es hat wenig Sinn, jetzt mit wichtigen Dingen anzufangen, wenn gerade er nicht dabei ist. Ich möchte doch zum Ausdruck bringen, daß es eigentlich auf die Dauer nicht geht, wenn der Bundesvorstand, der nun als kleiner Vorstand gewählt ist, nach Monaten einmal zusammenkommt und man sich terminlich vorbereitet und andere Termine deswegen herausgeworfen hat, nun hierherkommt, um dann nur etwas von einer Wahlanalyse zu hören. Deswegen wäre ich heute nicht hierher gekommen, weil ich auch noch andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen hatte.

Wir haben den Polizeikongreß in Berlin, auf dem ich reden sollte.⁶⁰ Ich habe das für den Tag abgesagt und auf den Abend gelegt. Aber unabhängig von diesen persönlichen Überlegungen, es geht doch jedem so. Ich kann nur sagen: So kann doch der Bundesvorstand, der demnächst ein Jahr alt wird, eigentlich nicht arbeiten. (*Beifall.*) Es muß sichergestellt werden, daß eine geraume Zeit angesetzt wird und jedes Vorstandsmitglied einschließlich des Vorsitzenden, wenn nicht ganz zwingende Gründe gegeben sind, dafür dann auch Zeit haben muß.

Ich räume ein, daß die Debatte heute morgen gar nicht anders – wenn das Parlament es verlangt – gelegt werden konnte. Aber dann muß man eben Zeit haben bis heute abend. Ich kann Ihnen nur erklären – ich will das mit einem Satz hier sagen –, Berlin steht in einer Krise auf Leben und Tod. (*Lemmer:* Jawohl!) Und darüber haben wir noch kein Wort verloren. Ich will es heute nicht mehr anfangen, aber das ist ein Problem, das die ganze Nation demnächst aufs äußerste beschäftigen wird, weil Schütz in Berlin nicht der Mann ist, der es wird schaffen können, weil soviel Abwanderung erfolgt, Verlegung von Betrieben, Weggang von Bundesbeamten usw. und andere Dinge passieren, daß man sich einigermmaßen ausrechnen kann, wann dieser Auszehrungsprozeß in eine

⁶⁰ Delegiertenkongreß der Gewerkschaft der Polizei vom 16.–18. Oktober 1968.

Lawine ausartet und alle anderen Dinge vielleicht den dritten oder vierten Rang bekommen, wenn es zu spät ist.

Ich mache mir seit einigen Jahren die Mühe, fast in jeder Sitzung auf diese Dinge hinzuweisen. Ich habe verantwortlichen Leuten gesagt, was sich in Berlin entwickelt. Ich kann nur sagen, wir haben das Gefühl, daß uns politische Hilfe in Berlin nicht mehr zuteil wird. Das möchte ich hier in diesem Augenblick gesagt haben. Ich habe die ausdrückliche Bitte, das auch so dem Herrn Bundeskanzler zu übermitteln.

Heck: Es kann die Bundesvorstandssitzung – das ist an sich so vorgesehen – nach dem Mittagessen fortgesetzt werden. Ich sehe auch nicht ein, warum beispielsweise das Thema „Berlin“ nicht beraten werden soll, weil der Bundeskanzler über die Mittagspause weggehen mußte zu diesem Essen. Ich nehme an, daß er dann zurückkommen wird.

Gerstenmaier: Meine verehrten Herren! Ich habe jetzt etwa zehnmal an Berichten und Beratungen teilgenommen samt und sonders, die sich schon mit Baden-Württemberg, insbesondere mit der dortigen Landtagswahl beschäftigt haben. Ich kann nicht behaupten, daß ich vom zweiten Mal ab wesentlich Neues dazu gelernt hätte; aber das wird wohl so sein, weil wir uns in verschiedenen und anders zusammengesetzten Gremien unterhalten haben.

Aber alle diese zehnmaligen Betrachtungen standen immer im Zusammenhang mit Tagesordnungen, deren Sinn es eigentlich ist, die orientierende Kraft dieser Führungsgremien der Partei auf die Probe zu stellen in einer Zeit, die nicht dazu angetan ist, anekdotisch-reflektierend nach hinten zu sehen. Ich verstehe, daß Analysen sein müssen. Das wird jeder vernünftige Mensch sagen, der auch sonst seine politische Programmatik in einen historischen Sinnzusammenhang zu bringen wünscht. Ich werde auch immer Verständnis dafür haben, daß man etwas nach hinten zurückblickt. Aber mir fällt auf, es ist nicht richtig mit den Führungsgremien der Partei, wenn wir uns nicht einen etwas anderen, strengeren, programmatisch-kontrollierenden, schärferen und mehr in die Zukunft greifenden Stil angewöhnen.

Wir müssen davon abkommen, soviel kostbare Zeit für historisierende Meditationen zu verlieren. Das ist doch einfach so etwas wie ein Schwänzchen an der Sau. Was wir wünschen müssen, ist doch, daß wir mit dem Mann, der die Richtlinien der Politik bestimmt, der unser erster Mann ist, programmatisch in die Zukunft reflektierend sprechen können. Das muß sein, sonst verliert unsere gemeinsame Politik diese strenge Kontur, die wir heute brauchen.

Der Bundeskanzler steht natürlich unter besonderem Zeitdruck. Das ist klar. Aber vielleicht könnten wir doch bei der Gestaltung der Tagesordnung und vor allem bei der Zeiteinteilung uns so verhalten, daß wir das in Zukunft ein bißchen anders machen und uns weniger der historischen Betrachtung widmen. Heute sind wir, Herr Kollege Amrehn – es wäre unfair, wenn wir das nicht sagen würden –, unter einem Zeitdruck, den der Bundeskanzler gar nicht zu verantworten hat; es sei denn, wir hätten morgen die Demonstration verboten. Das konnte man nicht, und das wollte man wahrscheinlich auch nicht.

Ich fand es gut und richtig, daß von der Regierung und vor allem von den Koalitionsparteien der Wunsch ausgegangen ist, (*Amrehn*: Ich habe diesen Teil ausdrücklich anerkannt!) heute im Bundestag diese Sache zu machen. Die heutige „Aktuelle Stunde“ und die „Fragestunde“ im Bundestag fand ich ausgezeichnet, die darauf ausgerichtet war. Darin steckt auch etwas von Willensbekundungen programmatischer Kraft. Dasselbe möchte ich jetzt erst recht von den Führungsgremien unserer Partei wünschen.

Heck: Meine Herren! Ich schlage vor, wir unterbrechen jetzt die Sitzung zum Mittagessen und setzen dann unsere Beratungen fort, und zwar über das Thema, das Herr Amrehn angeschnitten hat. Man kann ja nicht nur den Bericht entgegennehmen und sagen: Wir gehen unter Umständen einer Katastrophe entgegen, – es aber dann dabei bewenden lassen. (*Starke Unruhe*.)

Kohl: Ich bitte auch darum, die Frage der Wahl des Bundespräsidenten zu behandeln.

Heck: Es gibt ein drittes wichtiges Thema: Wie behandeln wir die ganze Frage der Wahlrechtsreform weiter? (*Barzel*: Wie lange hält die Koalition! – *Unruhe*.) Wir unterbrechen jetzt die Sitzung und fahren nach dem Mittagessen fort.

Unterbrechung von 13.30 bis 14.00 Uhr.

VERSCHIEDENES

Heck: Damit wir in unseren Beratungen schneller vorwärtskommen, bitte ich Sie, nachsichtig zu sein, wenn ich sage: Man kann natürlich, wenn man das Wort hat, sehr viel sagen. Wir sollten uns aber doch auf das konzentrieren, was wirklich zur Beratung ansteht.

Ich wollte den schon beratenden Punkt der Tagesordnung nicht abschließen, ohne von mir aus noch darauf aufmerksam zu machen, wir könnten von der nachwachsenden Generation ähnliche Schwierigkeiten bekommen, wie sie die SPD bekommen hat; denn wenn ich höre, was sich im Bereich der Jungen Union auf Kreisebene und teilweise auf Landesverbandsebene für politische Meinungen festgefressen haben, was weiter in diesem Bereich publiziert wird, so ist dies schon begründet. Ich habe gestern etwas von der Jungen Union in Köln bekommen, wonach 1. der Bundespräsident messerscharf angegriffen wird, 2. die Anerkennung der DDR gefordert und 3. der SDS kräftig in Schutz genommen wird.⁶¹ (*Lemmer*: Die Partei auflösen!) Ich meine, die Junge Union und der RCDS müssen von der Führung von oben nach unten die Augen aufmachen, sonst weiß ich nicht, wo diese Bewegung am Schluß landen wird.

Zur Wahl in Baden-Württemberg möchte ich sagen, das Neue in Baden-Württemberg war, daß es zu einer ganz breiten Aussprache zwischen der CDU und der Bevölke-

⁶¹ Der deutschlandpolitische Antrag der JU des KV Köln-Land zur Plenarsitzung der JU Rheinland vom 11. Mai 1968 enthielt derartige Aussagen nicht (ACDP 04–007–104). Vgl. aber UiD Nr. 17 vom 1. Mai 1968, wo über die Forderung der JU Schleswig-Holstein berichtet wurde, den Alleinvertretungsanspruch aufzugeben.

rung gekommen ist. Das ist speziell in diesem Lande eigentlich nicht von Hause aus zu erwarten gewesen. Ich nehme an, daß wir es künftighin bei Wahlkämpfen sehr viel mehr mit der Befriedigung des Bedürfnisses nach Diskussionen zu tun haben werden als in der Vergangenheit, und daß wir den Kundgebungsstil auf die Fälle begrenzen müssen, wo sie gegeben und am Platze sind.

Ich habe schon angekündigt, daß wir eine Analyse des Wahlergebnisses und hier insbesondere eine Analyse der Wähler der NPD in Auftrag gegeben haben. Das ist natürlich wesentlich komplizierter, als nun nur zu sagen: enttäuschte Bauern, enttäuschter Mittelstand und alte Nazis. Für den Wahlkampf des Jahres 1969 ist es für uns außerordentlich wichtig, den Teil der NPD-Wähler ausfindig zu machen – den gibt es sicher –, der ihnen wieder abgenommen werden kann.

Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die Wählerwanderung bei der FDP und bei der SPD untersucht werden. Es ist keine Frage, daß bei den übrigen Parteien eine wesentlich größere Labilität der Wähleranhängerschaft festzustellen ist als bei uns. Das muß also untersucht und ausgenutzt werden. Sobald diese Untersuchungen durchgeführt sind, werden wir das Ergebnis dem Bundesvorstand zuleiten. Dann wird es an der Zeit sein, daß wir uns noch einmal mit diesem Thema beschäftigen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Soviel wollte ich zu diesem Thema abschließend noch sagen.

Wir haben jetzt zwei Punkte zu beraten. Der eine ist das vom Kollegen Amrehn angeschnittene Thema „Berlin“, der andere ist das Problem: Wahl eines Bundespräsidenten. Es ist vielleicht zweckmäßig, daß der Fraktionsvorsitzende, weil im Zusammenhang mit dieser Frage neulich einiges durch die Presse gegangen ist, den Bundesvorstand kurz orientiert über sein Gespräch mit dem Bundespräsidenten; daß wir dann dieses Thema – es sollte gestern im Präsidium beraten werden, wir sind aber nicht mehr dazu gekommen – im Bundesvorstand erst eingehend diskutieren, wenn es im Präsidium vorberaten worden ist.

Wir sollten uns heute, wie ich meine, auf die Diskussion des Themas „Berlin“ beschränken. Ich wollte ohnedies noch sagen, daß wir die nächste Bundesvorstandssitzung am 20. Juni abhalten müssen, d. h. noch vor den Ferien. Dann möchte ich vorschlagen, daß wir nach den Sommerferien am Freitag, dem 20. und am Samstag, dem 21. September, eine zweitägige Vorstandssitzung vorsehen müssen über die Behandlung des Aktionsprogramms.

Ich möchte Sie bitten, diese Termine festzuhalten! Wir werden unter allen Umständen an diesen Terminen festhalten; denn es ist in der Tat eine ganz unerquickliche Geschichte diese Verschiebung von festgesetzten Terminen für die Vorstandssitzung. Die erste Verschiebung ist von Baden-Württemberg erbeten worden, weil sie sagten, sie müßten dann in Stuttgart sein. Dann kam im Bundestag die Notstandsdebatte.⁶² Wenn

⁶² Am 15. und 16. Mai 1968 wurde über den „Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes“ (Drs. V/1879 vom 13. Juni 1967 und V/2130 vom 2. Oktober 1967) in zweiter Lesung beraten, vgl. Sten.Ber. 5. WP 174. Sitzung S. 9313–9379 und 175. Sitzung S. 9413–9478. Vgl. auch SCHNEIDER S. 239–253.

man einmal zu verschieben anfängt, dann hat man nichts Sicheres mehr in der Hand. Also, diese Termine sollten unter allen Umständen eingehalten werden.

Kohl: In der CDU lebt alles von der Koordination. Am 20. Juni soll in Kiel eine Sitzung der Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen der CDU stattfinden. Unter Berücksichtigung der engen Kooperation zwischen Bund und Ländern, die in diesem Raum dauernd beschworen wird, weise ich darauf hin, daß diese Sitzung fallengelassen werden muß. (*Amrehn:* An diesem Tag überschneiden sich zwei Veranstaltungen.)

Heck: Ich kann zur Zeit, weil der Bundeskanzler an dieser Sitzung teilnehmen muß, einen anderen Termin nicht vorschlagen; denn ich habe einen anderen von ihm nicht. (*Barzel:* Es muß doch möglich sein, in der Nähe des 20. Juni einen anderen Termin zu finden. – *Gerstenmaier:* Am 19. Juni ist Notstandsdebatte. – *Kohl:* Der 20. Juni wird auch noch vom Bundestag beansprucht für die Notstandsdebatte. – *Unruhe.*)

Barzel: Das können wir nicht übersehen. Die Tendenz der Sozialdemokraten und der Bundesregierung ist die, die dritte Lesung noch im Mai zu machen.⁶³ Das hängt ab von den Alliierten, wann die fertig werden.

Heck: Wir sollten es jetzt so vormerken. Ich will versuchen, einen anderen Termin, der telefonisch abgesprochen werden muß, in den nächsten Tagen zu finden. (*Kohl:* Können Sie sagen, die Tagesordnung sieht so aus, daß sie den Bundesvorstand auch wirklich interessiert?) Im Augenblick bin ich nicht in der Lage, Ihnen einen anderen Termin anbieten zu können. Sind Sie damit einverstanden, daß wir so verfahren?

Kohl: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte dem widersprechen, daß wir gar nicht über die Frage des Bundespräsidenten sprechen. Ich bin mir darüber klar, daß wir das heute nicht ausdiskutieren können, aber unsere Meinung sollten wir doch dazu sagen.

Heck: Einverstanden!

WAHL DES BUNDESPRÄSIDENTEN

Barzel: Meine sehr verehrten Herren! Ich möchte damit beginnen, daß im letzten halben Jahr in der Öffentlichkeit gelegentlich Situationen entstanden sind, die den Bundespräsidenten in den Mittelpunkt von Gesprächen gerückt haben. Solche Dinge haben auch schon zweimal in unserem Fraktionsvorstand eine Rolle gespielt.⁶⁴ Ich habe daraufhin in beiden Sitzungen dem Fraktionsvorstand gesagt, ich würde eine Debatte darüber nicht zulassen, ich stünde aber persönlich jedem Kollegen, der hierzu etwas zu sagen wünsche, zur Verfügung. Von dieser Möglichkeit haben einige Kollegen Gebrauch gemacht, so daß ich also ein Bild hatte auch über die Einstellung in unseren Reihen zu diesem Problem.

⁶³ Die dritte Lesung fand am 30. Mai 1968 statt, vgl. Sten.Ber. 5. WP 178. Sitzung vom 30. Mai 1968 S. 9606–9655. Vgl. auch SCHNEIDER S. 253–267.

⁶⁴ Gedächtnisschwund und Arteriosklerose führten zunehmend zu peinlichen Situationen, zu Spott und Kritik an Lübke, vgl. MORSEY S. 483 f., S. 542 Anm. 40.

Zweitens ist in unseren Reihen – Herr Lemke hat dies auch einmal öffentlich gesagt im vergangenen Herbst – der Gedanke im Gespräch, das Grundgesetz zu ändern und zu sagen, diese Möglichkeit der einmaligen Verlängerung sei eigentlich schlecht, weil sie bisher zweimal dazu geführt habe, daß dann für drei Monate das an sich notwendige Tabu gegenüber dem Staatsoberhaupt unterbrochen werde. Es gibt dann „Feuer frei“ in der Presse und in den Parteien. Das ist für den Bundespräsidenten nicht gut. Ich will das [sic!] im einzelnen jetzt nicht argumentieren.

Ich halte es für richtig und werde dabei auch bleiben, daß, wenn eine politische Frage einen unserer Freunde direkt berührt, ich dann natürlich unmöglich in ein verantwortliches Gespräch oder in ein Gremium gehen kann, ohne ihn selbst zu fragen, wie er dazu steht und ob er sich etwa durch die Debatte beschwert fühlt.

So habe ich bei einem meiner zahlreichen Gespräche, die etwa alle vier Wochen stattfinden mit dem Bundespräsidenten, diesen unterrichtet, ich hätte die Absicht, im Mai in unseren Fraktionsvorstand zu gehen mit dieser Sieben-Jahres-Frage und dann, je nachdem, wie es dort ausginge, die beiden anderen Fraktionen und die Partei anzusprechen. Zu meiner Überraschung erklärte der Bundespräsident, daß er das für einen vorzüglichen Gedanken hielte, weil in der Tat sieben Jahre eine bessere Sache seien als diese Verlängerungsgeschichte und diese zehn Jahre wirklich auch nicht sehr günstig seien. Er erklärte zum anderen seine Bereitschaft von sich aus, sich früher, als der formelle Ablauf wäre, aus dem Amt zurückzuziehen; dies insbesondere mit dem Blick auf das zu nahe Zusammentreffen der Bundestagswahl und der Präsidentenwahl im Jahre 1969.

Ich habe diese beiden Mitteilungen mit sehr wenigen unserer Freunde besprochen, hatte mich allerdings mit dem Kanzler vorher in beiden Richtungen unterhalten und Übereinstimmung erzielt. Zu meiner großen Überraschung – unser Gespräch war an einem Donnerstag – gab es am Freitag den jährlichen Empfang des Bundes-Pressclubs für den Bundespräsidenten. Der Herr Bundespräsident erklärte an dem Tisch, an dem er saß – alles, was dort gesprochen wird, ist vertraulich und darf nicht veröffentlicht werden –, er sei bereit, früher zu gehen, und er fände den Gedanken mit „einmal sieben Jahre“ für sehr gut. Es wäre doch geradezu eine ideale Kombination, wenn er, falls dies Gesetz würde, dann seinen Schritt vollzöge.

Wir hörten natürlich – wie das hier in Bonn ist – von dieser Bemerkung im Presseclub von Journalisten. Wir haben den Herrn Bundespräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß das eine schwierige Situation werde, wenn das nun veröffentlicht würde. Er hat aber nichts unternommen, um sich der Veröffentlichung in den Weg zu stellen.⁶⁵

Das ist der Tatbestand. Durch diesen Tatbestand ist ein ganzes Stück der Kriegskunst, die wir möglicherweise hätten anwenden können, erschwert. (*Zuruf: Kaputt!*) Wir hätten natürlich durch einen Überraschungseffekt einer Vorverlegung eine ganz andere Position im Gespräch mit den beiden anderen Parteien und Fraktionen gehabt. Wir hätten dann auch mit einem Personalvorschlag zumindest eine Vorhandposition gehabt.

65 Vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 25. April 1968 „Lübkes Bedingungen“.

Diese Interessenlage macht schon deutlich, daß es nicht so sehr unser Interesse war, an dieser Sache öffentlich sichtbar herumzudrehen.

Außer meinem Bericht möchte ich noch etwas sagen, was zu geschehen hat. Das erste, was zu geschehen hat, ist – so glaube ich –, daß die CDU und die CSU und die gemeinsame Fraktion sich über die Damen und Herren verständigen, die allein befugt sind, aktiv wie passiv legitimiert, in dieser Frage Gespräche zu führen oder Gespräche anzunehmen. Wenn da zuviel in dem Karpfenteich herumwimmelt, kann das für uns nichts Gutes werden.

Wir haben nun die Zahlen nach dem Wahlergebnis in Baden-Württemberg. Uns fehlen rund 50 Stimmen an der Mehrheit. (*Kohl: 32!*)⁶⁶ Ich rechne praktisch, Herr Kohl, weil ich weiß, daß es niemals eine einstimmige Quote in solchen Personalfragen bei der CDU/CSU gibt. Deshalb bin ich, wie ich glaube, mit 50 in der politischen Realität, nicht in der formellen Realität. Also, es fehlen formal 32, in der Realität 50 an der Mehrheit, d. h. wir kriegen im dritten Wahlgang, falls er stattfindet, einen Kandidaten durch. Ob es einen dritten Wahlgang geben wird, liegt nicht nur an uns, sondern auch an allen anderen. Ich würde im Augenblick glauben, daß es wahrscheinlich einen ersten Wahlgang geben könnte, wo jeder für seinen Kandidaten stimmt; aber im zweiten Wahlgang wird es dann passieren.

Nun bin ich nicht einer von denen, die auf einen dritten Wahlgang spekulieren, wenn man nicht weiß, daß er stattfindet. Ich habe große Besorgnis, trotz des Ergebnisses in Baden-Württemberg und der gegenwärtigen Tendenz bei der SPD, daß uns zunächst die Koalition ausschließen könnte. Ich bitte daran zu denken – und das gehört in dieses Konzept –, daß im Herbst 1966 die Mini-Koalition zustande gekommen wäre, wenn nur die Berliner stimmberechtigt gewesen wären; d. h. die beiden anderen Parteiführungen betrachten eine Majorität von rund zehn für eine Koalitionsregierung als ausreichend. Eine Majorität von zehn bei denen heißt fünf weniger bei uns.

Ich darf das NPD-Problem jetzt ausklammern. (*Scheufelen: Das spielt aber eine große Rolle!*) Das spielt eine große Rolle; nur kann man nicht alles auf einmal auf den Tisch legen. Das bedeutet, daß die Besorgnis besteht, daß zwischen den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten der Bundespräsident ausgehandelt wird. Es gab auch dort schon Kontakte, von denen wir wissen, freilich nicht wirklich legitimierte – ob mit Duldung und Wissen derer oder gegen sie, ist hier nicht zu erkennen – Kontakte in Richtung auf Herrn Zinn.

Es gibt außerdem starke Bemühungen mancher wichtiger Herren hier in Bonn – ich will sie nicht näher bezeichnen –, die nicht zur Politik direkt gehören, aber doch großen Einfluß darauf haben, in dieser Frage rechtzeitig tätig zu sein. Es gibt manchen interessanten Anspruch, nach dem katholischen Präsidenten nun einen evangelischen zu bekommen.

Wenn Sie mich fragen, was wir tun sollen außer der baldigen Legitimierung, und zwar aktiv wie passiv, für beide Parteien und die gemeinsame Fraktion, dann scheint

⁶⁶ Gemeint ist in der Bundesversammlung.

mir folgendes wichtig zu sein: Ich persönlich möchte nicht – schon gar nicht durch eine Vorverlegung der Bundespräsidentenwahl – in einen Bundestagswahlkampf gehen mit dem Verdacht der Manipulierung der nächsten Koalition am Wähler vorbei. Dieser Eindruck wird in jedem Falle entstehen, wenn wir von vornherein mit der FDP oder mit der SPD einen Bundespräsidenten wählen. Der Eindruck wäre nicht gut für unsere Bundestagswahl. Das würde uns vielleicht die Position des Präsidenten erleichtern, indem wir da mitwirken könnten oder gar die Chance hätten, einen eigenen Mann durchzusetzen; aber wenn es nach mir ginge – falls man auf meinen Rat hört –, würden wir mit einem eigenen Vorschlag, der einen maßvollen Gebrauch von unserer Führungsposition in der Bundesversammlung macht – maßvoll, weil wir nicht allein die Mehrheit haben –, an die anderen herantreten, um auch so im taktischen Gespräch vorn zu bleiben.

Wir würden bei der Auswahl der Person sehen müssen, daß wir einen Kandidaten haben, der bei den beiden anderen Fraktionen und Parteien zunächst ein Erstaunen hervorruft wegen des maßvollen Gebrauchs der Auswahl der Person, so daß es ihnen sehr schwer gemacht würde, sich aus partei- und machtpolitischen Gründen öffentlich gegen diesen Kandidaten zu wenden.

An dieser Stelle möchte ich meinen Vortrag abbrechen. Ich persönlich habe weitergehende Gedanken. (*Kohl*: Das Problem steht schon in der „Welt“.⁶⁷) Das kommt sicher nicht von uns, weil alle Publizität auf diesem Gebiet gegen unsere Interessen gerichtet ist und deshalb sicher von anderer Seite kommt.

Das ist der Sachverhalt. Mehr kann ich im Augenblick dazu nicht sagen. Ich halte es für praktisch und vernünftig, Herr Kohl, wenn dieser Vorstand das Präsidium, die CSU und die Fraktion bitten würde, möglichst bald die Legitimation herzustellen, die ja eigentlich auf der Hand liegt. Das wäre eine förderliche Sache.

In der zweiten Frage: eigener Kandidat, ja oder nein, würde ich auf jeden Fall von einem formellen Beschluß heute Abstand nehmen.

Kohl: Ich möchte dem letzten Vorschlag zustimmen. Ich halte es für ausgeschlossen, daß wir heute zu irgendeiner der hier anstehenden Fragen einen formellen Beschluß fassen können. Auf der anderen Seite habe ich den Eindruck, daß wir in diesem Kreise zu lange gewartet haben, um über diese Fragen zu sprechen. Das hätte schon vor Monaten aufgrund der laufenden Entwicklung geschehen müssen.

Ich bin auch durchaus dazu bereit, daß wir zu einer Legitimierung kommen. In der Sache selbst scheint es mir unerläßlich zu sein, und zwar für die Repräsentanz unseres Staates und für das Ansehen des Amtes, für die selbstverständliche Solidarität der Parteifreunde gegenüber dem jetzigen Amtsinhaber, daß wir in diesem Jahr versuchen, eine Lösung zu finden.

Wenn Sie die Universitäts-Diskussionen in den letzten Wochen mitgemacht haben, dann sind Sie von einer Peinlichkeit in die andere hineingestolpert. Das war z. T. unerträglich, was man hierbei mitmachen mußte, wobei man sich, wenn man Diskussions-

67 Vgl. „Welt“ vom 10. Mai 1968 „Gesucht wird ein Mann von großem Format“. Genannt werden die Namen Georg August Zinn, Herbert Weichmann, Georg Leber, Eugen Gerstenmaier, Walter Hallstein und Richard von Weizsäcker.

bereitschaft verkündet hatte, sich den schrecklichsten Fragen mit Zitaten ausgesetzt sah, wogegen man nichts sagen kann. Dort sitzt man einer großen Menge beifallheulender Leute gegenüber. Die Peinlichkeiten sind teilweise nicht mehr zu überbieten.

Das muß man natürlich auch sehen im Verhältnis zu dem vorhin Gesagten hinsichtlich eines Forums eines Kreisverbands der Jungen Union. Das wird fast überall diskutiert. Ich habe den Eindruck, daß wird in der ganzen Partei mehr diskutiert als offiziell in der Parteiführung in den letzten Monaten. Es wird auch in den Kreisvorständen darüber geredet.

Ich möchte mehrfach Ihren Satz, Herr Barzel, unterstreichen, in dem Sie sagten, die CDU müsse alles tun, daß diese Präsidentenwahl – egal, wer es wird – zu einer Art Präjudiz für die Koalitionsfrage wird. Ich selber bin hinsichtlich der Bundestagswahl und der Koalitionsmöglichkeit überhaupt nicht skeptisch. Für mich hat der Herr Augstein eine sehr treffende Prognose zu diesem Punkt kürzlich gestellt.⁶⁸ Wir müssen also sehen, daß nicht der Eindruck erweckt wird, das ist eine Absprache; sonst wird uns das Stimmen kosten, weil die Leute dann sagen, das ist schon alles verschaukelt, (*Zuruf: Gemanagt!*) alles gemanagt. Und dies wäre wieder ein Punkt, an dem die NPD ansetzen kann. Das muß man ganz nüchtern sehen.

Auf der anderen Seite muß es möglich sein, sozusagen zwischen den vorhandenen Möglichkeiten der anderen Parteien sich auf eine mittlere Linie einzupendeln, wobei ich kein Hehl daraus mache, daß es für mich ein klares Ziel ist, daß ein Bundespräsident der CDU/CSU nominiert wird, und zwar aus den Gründen, daß die Persönlichkeiten aus anderen politischen Lagern, die bisher genannt worden sind, für mich keine überzeugende Kraft besitzen. Es ist gar keine Frage, daß nach alledem, was jetzt war – woran ja die CDU einen Teil der Schuld mitträgt –, bei dieser Wahl besonders sorgfältig ausgewählt werden muß. Wenn ich da bestimmte Maßstäbe anlege, sehe ich mich außerstande, den jetzt von seiten der SPD genannten Leuten – wobei ich einen ausnehme, der aus Altersgründen nicht in Frage kommt – nämlich dieser Hamburger Lösung zuzustimmen.⁶⁹ Ich hätte jedenfalls erhebliche Bedenken dagegen vorzubringen. Ich finde, die bei uns genannten Freunde sind alle denen von der SPD mindestens ebenbürtig, wenn nicht weit überlegen.

Aus diesem Grunde sollten wir versuchen, die Wahl a) offenzuhalten für uns, auch im Sinne der Bundestagswahl, und b) einen eigenen Kandidaten durchbringen.

Ich würde weiter bitten, eines überhaupt nicht in Betracht zu ziehen, daß man nämlich jetzt versucht, eine Art nichtpolitischen „Hindenburg-Präsidenten“ zu wählen. Wenn die deutsche Politik nicht mehr in der Lage ist, einen guten Präsidenten zu wählen, so wäre das traurig. Das braucht kein Amtsträger zu sein, aber es muß ein politisch engagierter und versierter Mann sein. Sein Geschäft ist vor allen Dingen ein politisches Geschäft.

⁶⁸ Vgl. „Spiegel“ vom 6. Mai 1968 „Eine Wahl, keine Wahl“.

⁶⁹ Als potentielle Kandidaten der SPD wurden genannt Georg Diederichs, Gustav Heinemann, Georg Leber, Herbert Weichmann, Georg August Zinn, vgl. „General-Anzeiger“ vom 5. April, „Frankfurter Rundschau“ vom 26. August, „Welt“ vom 10. Mai 1968.

Was jetzt geschieht, halte ich für eine Katastrophe. Die Sozialdemokraten waren in Hamburg bei einem Ordinarius und haben sich dort eine Absage geholt. Die Leute, die dort gewesen sind, waren durchaus legitimiert, auch wenn es der Vorsitzende nicht selbst gewesen ist. Es wäre ein großer Offenbarungseid für die deutsche Politik, wenn man jetzt wieder auf eine Lösung hinzielte, die nur scheinbar das Problem angeht. Wir werden wahrscheinlich in den nächsten Jahren in eine politische Lage und Entwicklung hineingeraten, in der auch das Amt des Bundespräsidenten in der jetzigen verfassungsmäßigen Ausstattung als Instrumentarium durchaus gefordert sein wird. (*Barzel*: Die war über Ostern gefordert!) Ja, auch das Beispiel mit der Notstandsgeschichte und der Bundeswehr! Da gibt es eine Menge von Punkten. Wir sollten das also berücksichtigen und zu einer entscheidenden politischen Lösung kommen. Auch wenn jemand noch so bedeutend ist in seinem Fach als Theologe – das wird ja neuerdings auch diskutiert –, aber der Politik relativ fernsteht, so ist das auch sicher keine überzeugende Lösung.

Wir sollten also in der Tat auf einen Politiker hinausgehen und darüber entscheiden. Das wäre eine Sache, bei der man heute schon – ohne abzustimmen – in diesem Kreise eine Meinungsbildung herbeiführen könnte.

Scheufelen: Ich habe gehört, daß man im katholischen Bereich zu der Frage eine gewisse Auflockerung erzielt hat. (*Barzel*: Sie sind der erste, der das sagt.) Nachdem nun diese persönliche Auflockerung vorhanden ist, müßte man jetzt, ohne eine neue Sachfrage zu stellen, unabhängig davon versuchen, die Dinge zu lösen. (*Anhaltende starke Unruhe*.) Wenn wir das nicht hier in diesem Gremium jetzt tun, dann sind wir in sechs Wochen – mehr Zeit haben wir nicht mehr – gezwungenermaßen so weit, daß wir uns damit befassen müssen.

Es wäre nach meiner Auffassung sehr wichtig, so schnell wie möglich ein Gremium zu benennen, das zu sprechen legitimiert ist. Weiter wäre es gut, wenn die Dinge zwar nicht nach dem Proporz, aber doch mit einer gewissen Verbindung zueinander gemacht würden. Auch hinsichtlich des Terminplanes werden die personellen Vorschläge schwierig sein. Der Vorgang als solcher müßte sich noch in diesem Jahre abspielen. Wir müssen auch den Gesundheitszustand des jetzigen Bundespräsidenten berücksichtigen.

Stoltenberg: Ich möchte den Vorschlag unterstützen, daß wir diese Frage ausführlicher auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstands besprechen, und zwar nach einer Erörterung im Präsidium. Dann sollte versucht werden, in der Frage der Verhandlungsführung entsprechend dem Vorschlag des Kollegen Barzel bestimmte Mandate zu erteilen.

Dies setzt allerdings voraus, daß wir die verschiedenen Alternativen noch etwas gründlicher besprechen. Ich bin dafür, daß wir uns als Ziel setzen, einen eigenen Kandidaten durchzubringen. Aber man muß noch etwas genauer über die politische Landschaft sprechen.

Die andere Alternative, die uns von vornherein nicht sympathisch sein kann, wäre die, sich mit der SPD über einen Kandidaten zu unterhalten, der für beide akzeptabel ist. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung*.) Ich nehme nicht Stellung. Die endgültige Entscheidung für den ersten Weg – der für uns besser ist –, hängt davon ab, daß wir noch

etwas genauer die politische Landschaft übersehen. Man muß auch das Problem genau überlegen, was die Wahl eines von der Person her für uns sehr problematischen Mannes durch die Mini-Koalition bedeuten kann. Die Mini-Koalition hätte in der Bundesversammlung zumindest eine relative Mehrheit oder eine knappe Mehrheit. (*Kohl*: Unter der Voraussetzung, daß die Zahlen stimmen. – *Lebhafte Unruhe*. – *Zuruf*: Wenn die NPD dabei ist. – *Kohl*: Die NPD kommt auf 18 oder 19.) Ich möchte dafür plädieren, daß wir beim nächsten Mal aufgrund bestimmter Überlegungen im Präsidium weiter darüber sprechen. Es könnten die vom Amt her Legitimierten einmal bei der FDP Gespräche führen – es können natürlich keine Verhandlungen sein –, um dort zu einem Ergebnis zu kommen. Es wäre nämlich gut, wenn wir die politische Landschaft etwas schärfer übersehen könnten, als uns dies im Augenblick möglich ist.

Barzel: Zur politischen Landschaft noch eine Bemerkung! Die politische Landschaft hier in Bonn wird bestimmt durch die begründete Besorgnis, daß zu dieser Stunde keiner Ihnen sagen kann, ob wir in der dritten Lesung der Notstandsverfassung die erforderliche Majorität haben werden. Das gehört in die Landschaft und in den Zeitplan der Überlegungen. Wir haben die sozialdemokratische Führung wissen lassen, daß das eine ernste Frage ist. Wir haben heute im Bundestag daraufhin von Helmut Schmidt gehört, daß in der nächsten Woche bei der zweiten Lesung sich wechselnde Mehrheiten ergeben.⁷⁰

Wir rechnen mit 15 Änderungsanträgen der Sozialdemokraten, auch zum Kern der Vorlage. (*Kohl*: Der Fraktion!) Wir haben der SPD erklärt, wenn es einen einzigen Fraktionsantrag gäbe, wäre das ein Kriegsfall. Ich habe ihnen auf meine Kappe gesagt, wir wünschten in der dritten Lesung nicht nur das Quorum durch 80 Stimmen sichergestellt, sondern auch eine Majorität der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion für die Vorlage. Eine solche Zusage kann Ihnen zur Stunde keiner geben. Es könnte sein, daß in der sozialdemokratischen Fraktion die Meinung ins Gegenteil umschlägt, wenn sich Gewerkschaftler und Bundestagsabgeordnete solidarisieren und 50 Leute sagen, nun machen wir gerade nicht mit. An dieser Frage hängt das Schicksal der Notstandsverfassung und damit ein ganzes Stück Zukunft unseres Landes.

Heck: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Dann können wir so verfahren, daß wir das Präsidium über die Punkte unterrichten, die heute angesprochen worden sind. Dann soll in diesem Kreis zunächst überlegt werden, wer hier mit wem in welcher Richtung verhandeln soll. (*Unruhe und Bewegung*.) Wir kommen dann zum nächsten Punkt:

BERLIN

Amrehn: Meine Freunde! So oft ich hier spreche, drücke ich meine Sorgen aus. Das geht seit 20 Jahren schon so. Ich habe vorhin schon angedeutet, um wieviel größer die Sorge heute ist, als ich sie in den vergangenen 20 Jahren hatte. Ich möchte die Stellung

⁷⁰ Vgl. Sten.Ber. 5. WP 173. Sitzung vom 10. Mai 1968 S. 9271 („Über das Wie wird es eine Streitige Auseinandersetzung mit, ich nehme an, wechselnden Mehrheiten des Deutschen Bundestages in der nächsten Woche geben.“).

Berlins heute mit einem Mann vergleichen, der sich und sein Haus über zwei Jahrzehnte erfolgreich nach draußen verteidigt hat und nun plötzlich entdeckt, daß er Krebs hat und vor der Frage steht, ob er den noch ausschneiden lassen kann oder nicht.

Diese Entwicklung der inneren Auszehrung ist nicht zustande gekommen durch den Bau der Mauer. Das hat Chruschtschow⁷¹ einmal versucht, aber es ist ihm nicht gelungen. Wir können im Gegenteil feststellen, daß von 1961 bis 1965 in Berlin mindestens wirtschaftlich ein weiterer Aufschwung stattgefunden hat, der ungefähr der Entwicklung im sonstigen Bundesgebiet parallel lief. Dann aber setzte eine Abwanderung von Berlin ein. Diese Entwicklung hält seit reichlich zwei Jahren an, sie nimmt aber nunmehr immer rapidere Formen an. Das kann ich mit Zahlen für die vergangenen Jahre belegen. Sie geben aber noch nicht das an Stimmung wieder, was sich augenblicklich dort abspielt.

Wir haben in den Jahren 1963 und 1964 in Berlin noch einen Wanderungsgewinn aus der Bundesrepublik von je 25.000 Arbeitskräften gehabt. Wir haben im Jahre 1967 allein in Richtung auf die Bundesrepublik etwa 8.000 Arbeitskräfte verloren. Es hat sich also die Entwicklung, die nach dem Bau der Mauer mit viel politischem Einsatz eingeleitet wurde und Erfolg hatte durch die Zuwanderung nach Berlin, im Verlaufe von 2½ Jahren völlig umgedreht. Das Ergebnis! Wir haben im Augenblick 55.000 Arbeitskräfte weniger als vor fünf Jahren. Wir haben in der Industrie 45.000 Arbeitskräfte weniger als vor fünf Jahren. Das bedeutet, daß wir im Bereich der Industrie mindestens 15% der Arbeitskräfte in diesen wenigen Jahren verloren haben. Diese Bewegung hält an.

Ich darf Ihnen sagen, daß mir heute Unternehmer in Berlin erklären – die nur in Berlin seßhaft sind –, daß sie für ihre Kinder draußen, d. h. im Westen Deutschlands oder im Ausland, eine zweite Basis suchen lassen. Wir machen immer mehr die Erfahrung, daß insbesondere auch für die größeren Söhne von Unternehmern, wenn sie draußen studiert haben, der Vater für eine zweite Basis gesorgt hat, so daß also der Mittelpunkt der unternehmerischen Tätigkeit nicht in Berlin liegt. Das ist die eine Seite einer Entwicklung, die rapide zunimmt.

Die zweite hängt natürlich damit eng zusammen. Auch große deutsche Betriebe verlegen wichtige Abteilungen weiter aus Berlin weg, trotz aller Proteste, die wir in der Vergangenheit dagegen eingelegt haben und auch politisch und wirtschaftlich vorstellig geworden sind [sic!]. Auch die AEG hat wieder eine wichtige Forschungsstelle abgezogen; ein Betrieb allerdings, der formal zur Hälfte noch seinen Sitz in Berlin hat, aber der Vorstand, dem einst der Boden⁷² vorsaß, der jetzt im Aufsichtsrat sitzt, hat diese Entwicklung ganz bewußt gefördert.

71 Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894–1971), sowjetischer Politiker; 1939–1964 Mitglied des Politbüros bzw. Präsidiums des ZK der KPdSU, 1953 Erster Sekretär des ZK, 1958–1964 auch Ministerpräsident, am 14./15. Oktober 1964 aller Ämter enthoben.

72 Dr. Hans Constantin Boden (1893–1970), Unternehmer; seit 1929 im AEG-Konzern tätig, 1929 Mitglied der deutschen Delegation bei den Young-Plan- und 1950/51 bei den Schuman-Plan-Verhandlungen, 1956–1961 Vorstandsvorsitzender der AEG, danach im Aufsichtsrat.

Die jüngeren Ereignisse, vor allem die Studentenunruhen des letzten Jahres, haben dazu geführt, daß trotz aller Steuerpräferenzen – die einen Unternehmer in Berlin noch verdienen lassen – Unternehmer erklärt haben, sie würden in Berlin unter solchen Umständen nicht mehr investieren. Der Herr Bundestagspräsident hat mir selbst einen Fall geschildert, wo ein Unternehmer bereits das Grundstück hatte und mit der Investition schon begann in Höhe von 25 Mio. DM, das dann abgesagt hat und nicht nach Berlin kommt. Das ist ein Fall, den wir kennengelernt haben. Es gibt eine Reihe von Fällen, die wir nicht kennen.

Das Ganze drückt sich aber darin aus, daß im Berliner Industriegebiet, das nominell und formell immer noch das größte großstädtische Industriepotential der ganzen Bundesrepublik ist, sich in den letzten Jahren höchstens noch 1% von industriellen Neuan-siedlungen gebildet haben. Es ist so – um einmal Zahlen zu nennen –, daß 2.500 neue Industriebetriebe in der Bundesrepublik entstanden sind; in Berlin sind es vielleicht 40, wo heute jedenfalls keine Schwierigkeiten mehr von der Frage der Erschließung des Geländes bestehen, was ja sonst eine Rolle gespielt haben mag.

Frägt man nach den Ursachen dieser Entwicklung, so hängt natürlich der Rückgang von Arbeitskräften auch zusammen mit der mangelnden Bereitschaft zur Investition. Man kann sagen, wäre die industrielle Investitionsbereitschaft in Berlin größer geblieben, dann wären auch die Arbeitsplätze attraktiver. Insoweit würde auch nicht die Abwanderung sich in diesem Maße fortsetzen, wie wir sie gegenwärtig feststellen.

Fragen wir nach den weiteren Ursachen, dann steht sicher im Vordergrund der Betrachtungen das, was sich um die Universität herum abgespielt hat. Hier möchte ich noch ganz nachdrücklich im Zusammenhang mit der Diskussion von vorhin darauf hinweisen, daß es noch keine vier Monate her ist, als ich in diesem Saal gesagt habe: Täuschen wir uns nicht, daß die studentische Bewegung keineswegs in erster Linie eine Frage der Universitäten oder der Universitätsreform ist, sondern es ist eine Frage der Virulenz eines politisch aktiven Kerns, der mit anderen Fragen wie Vietnam und Universitätsreform die Universitäten unterwandert.

Damals ist mir hier erklärt worden, man nehme zur Kenntnis, daß das so in Berlin wohl wäre, aber sonst im Bundesgebiet nicht. Das ist $\frac{1}{4}$ Jahr her.⁷³ Inzwischen haben wir wahrscheinlich auch in diesem Punkt eine ganze Menge hinzugelernt. Was sich dort abspielt, ist allerdings auch eine Folge davon, daß unsere eigenen Senatoren – Sie brauchen sich gar nicht zu genieren, Freund Kohl, das auszusprechen – daran beteiligt sind. Unser Freund Tiburtius⁷⁴ hat eine Reihe von Professoren berufen, die im Grunde genommen der Herd der Unruhen geworden sind. (*Unruhe und Bewegung.*) Dazu gehören

73 Vgl. Nr. 16 S. 754.

74 Prof. Dr. Joachim Tiburtius (1889–1967), Jurist; 1946–1948 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Leipzig, 1948–1951 an der FU Berlin, 1946–1950 Stadtverordneter (CDU) in Berlin, 1951–1963 Kultussenator.

von der Gablentz⁷⁵ und Ziebur⁷⁶, der einmal in der CDU war; dazu kommt Gollwitzer⁷⁷, den Tiburtius gegen unseren Widerstand berufen hat, der damals noch nicht eine Aufforderung zur Gewalt an die Studentenschaft gerichtet hatte, was er aber vor 14 Tagen doch immerhin getan und begründet hat. Wir können das Tonband vorspielen, wonach Gollwitzer die Studentenschaft aufgefordert hat, den Weg der Gewalt gegen Sachen in diesen Grenzen fortzusetzen.

Das haben wir damals alles noch nicht gewußt. Ich möchte das auch nicht zurückblickend als Schuld bezeichnen, aber doch feststellen.

Ich möchte noch eine weitere Feststellung dazu treffen. Ich nehme das Wort auf, das Freund Scheufelen gesprochen hat. Er sagte sinngemäß: In diesen Bereichen bilden wir ein neues Stehkragenproletariat heran. – Wir haben in Berlin 500 Hörer der Publizistik, dafür aber nicht einen einzigen ordentlichen Professor. Derjenige, den wir dafür haben, ist der Stuttgarter Eberhard⁷⁸, der mit seinen 69 Jahren schon längst ausgeschieden sein müßte. Es ist kein anderer Professor in ganz Deutschland bereit, nach Berlin zu gehen und den Lehrstuhl zu übernehmen, mit Ausnahme eines, wie mir versichert wird, nunmehr berufenen ganz linksradikalen und fachlich unqualifizierten Praktikers, der Universitätslehrer werden will.⁷⁹

Damit kommen wir immer mehr hinein in dieses Unglück. Es kommt wieder einer hinzu, der die Studenten aufhetzt. Die Frage der Universitätsreform spielt in diesem Zusammenhang für uns nur noch eine untergeordnete Rolle. Wir haben neue Universitäts-Gesetzentwürfe eingebracht. Da wird eine ganze Menge nachgeholt werden, was vielleicht schon früher fällig gewesen wäre, aber wir könnten der Studentenschaft – so möchte ich einmal sagen – sozusagen das Zepter für die Universität in die Hand geben, dann wären wir damit immer noch nicht fertig, weil sie ja die Macht im Lande und im Staate haben wollen. (*Unruhe und Bewegung.*) Nun tritt etwas ein, was vor einigen Monaten ich nicht für möglich gehalten habe, daß nunmehr die SED sich ganz offen mit diesen Kräften solidarisiert und diesen Kampf führt, daß weiter gestern eine neue Vorsitzende des AstA an der Freien Universität gewählt worden ist mit 32 gegen 28 Stim-

75 In der Vorlage: von der Garde. – Prof. Dr. Otto Heinrich von der Gablentz (1898–1972), Professor für Politologie; 1945 Mitgründer der CDU, 1950–1958 MdB Berlin, 1965 Austritt aus der CDU. Vgl. LEXIKON S. 245 f. Vgl. Wilhelm Ernst WINTERHAGER: Otto Heinrich von der Gablentz (1898–1972), in: CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN HITLER S. 197–204.

76 Prof. Dr. Gilbert Ziebur (geb. 1924), Professor für Politikwissenschaft an den Universitäten Berlin, Konstanz, Braunschweig und Hannover.

77 Prof. Dr. Helmut Gollwitzer (1908–1993), Theologe; 1949–1957 Professor für systematische Theologie an der Universität Bonn, 1957–1975 Professor für evangelische Theologie an der FU Berlin.

78 Prof. Dr. Fritz Eberhard, eigentlich Hellmuth Freiherr von Rauschenplat (1896–1982), Publizist; 1922 SPD, 1937–1945 Emigration in England, 1947 Staatssekretär in der Landesregierung von Württemberg-Baden, 1948/49 MdPR, 1949–1958 Intendant des Süddeutschen Rundfunks, 1961–1968 Honorarprofessor für Publizistik an der FU Berlin. Vgl. Bernd SÖSEMANN (Hg.): Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biographie und Werk. Stuttgart 2001.

79 Dr. Harry Pross (geb. 1923), 1963–1968 Chefredakteur von Radio Bremen, 1968–1983 o. Professor für Publizistik an der FU Berlin.

men⁸⁰, die in ihrem Programm zwar nicht regelmäßig, aber von Fall zu Fall eine Zusammenarbeit mit der SED verkündet hat. Und daraufhin wird die Frau, die so etwas erklärt, schon gewählt!

Dazu kommt in der Bevölkerung ein starkes Gefühl der Resignation. Wir haben die Menschen zu einer Großkundgebung im Februar zusammengerufen.⁸¹ Zum Glück ist die große Mehrheit der Bevölkerung – fast alle Arbeiter – in keiner Weise angesteckt von irgendwelchen linken, kommunistischen oder anderen Ideen dieser Art, im Gegenteil. Wir müssen sie immer zurückhalten, daß sie nicht die Rädelsführer dieser Entwicklung verhauen, – sage ich mal vorsichtig. Es ist aber ein Gefühl vorhanden, morgen kann ja alles anders sein, und dann hast du dich zu sehr engagiert. So etwas breitet sich aus.

Ich habe vorhin schon erwähnt, daß in den Siedlungen der Bundesbeamten die Ehefrauen es sind, die da sagen: Du bist Bundesbeamter, du hast hier drei Jahre gedient, nun kannst du um deine Versetzung einkommen. – Dieser Gedanke grassiert bereits. Die Bundesbeamten haben die erste Möglichkeit, auf anständige Weise von Berlin wegzukommen. Wenn das zutrifft, spiegelt das ein bißchen wider von der Resignation in der Bevölkerung.

Wir waren am 1. Mai – wie das jedes Jahr üblich ist – auf dem Platz vor dem Reichstag versammelt. Es ist bekanntgegeben worden, dort hätten sich 200.000 Menschen versammelt. Früher waren es 700.000 bis 800.000 Menschen. In den fünfziger Jahren vor dem Ultimatum⁸² sind die Menschen an diesem Tag aus einem Gefühl der Solidarität dort erschienen. Das war eine halbe Million Menschen. Bei Schreiber waren es sogar 800.000 Menschen. Es waren an diesem 1. Mai wahrscheinlich weniger als 100.000. Es wurde gesagt: 200.000.

Wenn ich nun dagegen halte, daß am 1. Mai zum erstenmal gleichzeitig eine kommunistische Veranstaltung unter Einschluß der sogenannten APO-Kräfte stattgefunden hat mit 25.000 Menschen, dann wird das innerlich verfallende Bild Berlins nach draußen viel deutlicher, als dies bisher gewesen ist. Soviel ist klar, daß die 25.000, die sich da versammelt haben, engagierte junge Leute sind. Die 100.000 Menschen, die zum Reichstag gegangen sind, sind einer Art Bürgerpflicht nachgekommen; es sind Leute, die sich z. T. auch schlagen würden, aber sie sind nicht so engagiert wie die anderen.

80 Sigrid Fronius (geb. 1942) wurde am 8. Mai 1968 mit 32 von 60 Stimmen zur ersten AStA-Vorsitzenden der FU Berlin gewählt, im Oktober legte sie ihr Amt wieder nieder. Vgl. KÄTZEL S. 21–39.

81 Nach der Anti-Vietnamkrieg-Demonstration am 18. Februar demonstrierten am 21. Februar 1968 Berliner Bürger für Demokratie, Freiheit und gegen Radikalismus in Berlin, vgl. „Welt“ vom 22. Februar 1968 „Fast 150.000 Berliner machen Front gegen die Radikalen“; „Spanndauer Volksblatt“ vom 22. Februar 1968 „CDU: ‚Wir haben es satt‘“.

82 Berlin-Ultimatum Chruschtschows vom 27. November 1958, in dem die Sowjetunion in Not an die drei Westmächte, die Bundesrepublik und die DDR forderte, Berlin binnen sechs Monaten zu entmilitarisieren und als Freistadt in eine „selbständige politische Einheit“ umzuwandeln, andernfalls würde sie ihre Berlin-Rechte auf die DDR übertragen.

Jetzt möchte ich mich sehr vorsichtig ausdrücken und dennoch sagen, damit man die ganze Gefahr der Situation auch sieht. Ich glaube, daß es möglich ist, mit den 25.000 und einigen mehr, die sie gegebenenfalls noch auf die Beine bringen, einen ersten Putschversuch in Berlin zu machen, nämlich im Rundfunkhaus und im Rathaus Schöneberg. Der würde nicht gelingen, weil unsere Bereitschaftspolizei und die Alliierten eingriffen, aber in dem Augenblick, wo ein erster solcher Versuch gemacht und dann abgeschlagen wird, ist die Stimmung in Berlin überhaupt nicht mehr zu halten. Die rutscht dann katastrophenähnlich ab. Und darauf wird psychologisch hingearbeitet.

Ich bin der Meinung gewesen, daß trotz des Rückganges der Arbeitskräfte unsere Wirtschaft sich nicht zu verstecken brauchte, weil sie bisher mit Rationalisierungen einigermaßen das Bruttosozialprodukt jedes Jahr hat halten, wenn nicht sogar steigern können. Das ist bisher gelungen mit Ausnahme des letzten Jahres. Aber in einem solchen Augenblick, wie ich ihn geschildert habe, würde natürlich jeder, der auch sonst noch einen Anreiz am Arbeitsplatz hat, sich bemühen, irgend woanders hinzugehen.

In dieser Situation ist der größte Schwächepunkt das, was in der Vergangenheit die Stärke war, nämlich die Solidität der SPD in Berlin, die früher schon für den Wehrbeitrag war, die schon immer für eine Notstandsverfassung war, die das immer unterstützt hat auf ihren Parteitag. Sie ist plötzlich in eine eigene, seit Jahren sich entwickelnde Krise hineingerutscht, von der ich allerdings behaupten möchte, daß Herr Brandt dazu eine ganz große Mitverantwortung trägt, was man hier nicht genügend sieht.

Die weitere Entwicklung hat dazu geführt, daß sie vor zwei Jahren Kompromisse machen mußten mit dem linken Flügel, einen Vorstand aus zwei Flügeln gebaut haben und nun nicht mehr recht aktionsfähig sind. In dem Strudel der sich damals ergebenden Ereignisse ist ja dann Albertz gestürzt und Schütz berufen worden, der sich zwischen alle Stühle gesetzt hat. Er ist nämlich gekommen als ein Mann der Rechten. Und dieser hatte in Berlin soviel Möglichkeiten. Wir hätten ihn dabei unterstützt, nämlich eine bestimmte Linie der Politik zu verlangen. Sie mußten akzeptieren, weil sie gar keinen anderen hatten. Statt dessen hat er versucht, die Zustimmung der Linken zu bekommen. Diese haben ihn dann mitgewählt, und dafür waren ihm dann die Rechten gram. Jetzt sitzt er zwischen den Stühlen.

Dann hat Schütz – leider bis auf den heutigen Tag – Brandt-Reden gehalten, nämlich des Sowohl-Als-auch, und keiner weiß mehr genau, woran er ist. Er sagt den einen etwas, und er sagt den anderen etwas, und keiner weiß, (*Zuruf: Wie Brandt!*) woran er ist, mit der Folge, daß er von beiden Seiten nicht mehr voll getragen wird, die Linken ihn schon gar nicht mehr tragen wollen und die SPD, weil nun Mattick⁸³ verzichtet, wieder keinen anderen Ausweg weiß, als Ende des Monats den Mann auch noch zu ihrem eigenen Parteivorsitzenden in Berlin zu machen.

83 Kurt Mattick (1908–1986), Schlosser; 1926 SPD, 1946 Vorsitzender des Kreisverbands Berlin-Wilmersdorf, 1947–1984 Mitglied des Landesvorstands der SPD Berlin, 1947–1952 und 1958–1963 stv. Vorsitzender der SPD Berlin, 1951–1953 Mda Berlin, 1953–1980 MdB, 1963–1968 Vorsitzender der SPD Berlin.

Vorhin hat Freund Filbinger die Namen Beck und Ristock erwähnt. Was sich hier abspielt, ist unglaublich. Die SPD hat die beiden ausgeschlossen aus der Partei. Sie hat aber dann in den Bezirksparlamenten, in denen die beiden Stadträte einmal gewählt waren, den einen auf unseren Mißtrauensantrag hin bestätigt und den anderen, dessen Amtszeit gerade abgelaufen war, auf sechs Jahre neugewählt. Das ist die Situation der SPD in Berlin.

Wir haben darüber gestern im Abgeordnetenhaus eine Diskussion geführt und auch darauf hingewiesen, daß aus den Gründen, aus denen die SPD Beck und Ristock aus ihrer Partei ausgeschlossen hat, nun eigentlich auch gegen die 20 Beamten, um die es sich handeln mag, die an dem Vietnamdemonstrationszug teilgenommen haben, ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden müßte⁸⁴, weil die sich nun tatsächlich nicht mehr an ihre Treuebindung, die sie durch ihren Eid geleistet haben, halten. Der Senat hat einen Beschluß gefaßt, keine Disziplinarverfahren einzuleiten. Es wird also indemniert, und praktisch werden damit Beck und Ristock – wobei Nürnberg eine gewisse Rolle gespielt hat – neu in ihren Ämtern bestätigt.

Ganz ohne Zweifel ist auf diese Weise der Zuspruch zur SPD in Berlin beträchtlich zurückgegangen und hängen sich heute viele Leute an uns, aber noch nicht an die NPD, die in Berlin, soweit wir es sehen können, vielleicht aus den inneren Gründen noch keine erhebliche Rolle spielt, aber sicher weiter wächst.

Zu dieser inneren Situation der SPD und damit der Gesamtlage Berlins – darauf wirkt es sich doch aus – kommt nun das, was sich seit Januar von außen her wieder abgespielt hat.

Neben der Unterstützung, die die SED in aller Form der APO nun gibt, hat Pankow begonnen, neue Schikanen auf der Autobahn zuzulassen; zuerst gegen NPD-Mitglieder. Da hat keiner den Mut gehabt zu sagen, hier handelt es sich um einen prinzipiellen Anfang, sehr geschickt aufgehängt. Dann fingen sie an mit den Bundesbeamten, ohne daß sich die Alliierten gerührt haben. Dann wurde schließlich Schütz aufgehalten vor 14 Tagen, so daß nun die Freiheit des zivilen Zugangs nach Berlin öffentlich mehr in die Debatte gebracht worden ist, als das bisher der Fall gewesen ist.⁸⁵

Wir haben früher die Tendenz gehabt, solche Dinge möglichst totzuschweigen, um die Leute nicht zu beunruhigen. Das hat heute keinen Sinn mehr. Heute muß offen dar-

⁸⁴ Vgl. „Telegraf“ vom 3. Mai 1968 „CDU-Fraktion fordert Disziplinarmaßnahmen“.

⁸⁵ Am 10. März 1968 erließ DDR-Innenminister Friedrich Dickel eine Anordnung „zum Schutze der DDR und ihrer Bürger vor Umtrieben der neonazistischen Kräfte der westdeutschen Bundesrepublik und der selbständigen politischen Einheiten Westberlins“ (vgl. DzD V/2 S. 357 f.), auf die die drei Botschafter der West-Alliierten am 13. März mit einer Erklärung reagierten (vgl. DzD V/2 S. 375). Am 13. April 1968 erließ Dickel eine Anordnung, „nach der Ministern und leitenden Beamten der Bundesrepublikanischen Regierung“ die Durchreise durch das Gebiet der DDR nach West-Berlin untersagt wurde (vgl. DzD V/2 S. 589 f.). Dem Regierenden Bürgermeister Schütz wurde am Kontrollpunkt Babelsberg die Weiterfahrt durch die DDR verweigert, vgl. FAZ vom 27. April 1968 „Nach Abweisung von Schütz: Bonner Fragen zur Haltung Moskaus“. Vgl. auch die Erklärung der drei Alliierten Botschafter vom 26. April 1968 (DzD V/2 S. 600).

über geredet werden. Und wenn Schütz angehalten wird, läßt sich das auch nicht verschweigen. Ich muß aber in diesem Zusammenhang sagen, daß wir seit dem September 1960 bis zum Jahre 1968, was den freien Zugang angeht, nicht die geringste Beschwerde hatten. Keine Person – mit Ausnahme von Agenten – ist festgenommen worden. Kein Lastwagen ist beschlagnahmt worden in den acht Jahren, bis auf einen, mit dem Flüchtlinge transportiert wurden. Aber der übliche zivile Verkehr ist völlig reibungslos gelaufen.

Ich sage noch heute – im Gegensatz zu den meisten, die dazu ein Urteil abgegeben haben –, das war eine Folge des damals sehr mutigen Entschlusses der Bundesregierung, das Interzonenabkommen aufzukündigen⁸⁶ und sich eine Reihe von Zusicherungen geben zu lassen, die die Zone bis zum Januar dieses Jahres auch eingehalten hat. Infolgedessen halte ich es auch für berechtigt, heute die Frage zu stellen, ob denn nicht im Bereich des Warenhandels und des freien Personenverkehrs von Ost nach West gewisse Repressalien möglich wären, um auf die Beschränkung des Zugangs nach Berlin zu antworten.

Ich sage hier, ohne es näher zu begründen, Ja. Ich bin der Meinung, das bietet noch eine Möglichkeit, aber diese Möglichkeit kann nicht genutzt werden, weil, wie es den Anschein hat, wir Entwicklungen auf anderen Gebieten nicht stören lassen wollen. Wir rufen nach den Alliierten. Das hat die Bundesregierung getan durch ihre Noten. Und die Alliierten waren tätig durch Zuleitung einer Note an den Botschafter in Ost-Berlin, der durch die Presse hat erklären lassen, daß dafür die DDR zuständig sei.⁸⁷

Meine Freunde! Mir hat der führende Amerikaner in Berlin gesagt: Sie können doch von uns nicht verlangen, daß wir im Bereich des Reiseverkehrs gegenüber kommunistischen Funktionären neue Restriktionen einführen, wenn sie selbst Herrn Sölle⁸⁸, der seine Reise nach Hannover abgesagt hatte nach der Zurückweisung von Schütz, der dann doch nach Hannover reiste, hineinlassen und ihn in Helmstedt auch noch abholen. – Mir sagte also der führende Amerikaner, was sollen wir denn Reisen sperren, wenn sie selber keine anwenden.

Ich muß in diesem Zusammenhang noch sagen, daß die Alliierten sich seit Aufhebung der Blockade niemals mehr um den zivilen Zugang nach Berlin gekümmert haben, sondern daß sie immer erklärten, das ist zunächst euer Brot, denn es ist ja versprochen: Waren nur gegen freien Zugang. So lautet kurz das Jessup-Malik-Abkommen von 1949.⁸⁹ Er sagte weiter: Wenn die den Zugang stören oder sperren, dann müßt ihr zu-

86 Das Interzonenabkommen vom 20. September 1951, das den Interzonenhandel regelte, wurde am 30. September 1960 von der Bundesrepublik wegen Behinderung des Berlin-Verkehrs gekündigt, am 1. Januar 1961 jedoch wieder in Kraft gesetzt.

87 Die Botschafter Frankreichs, Großbritanniens und der USA protestierten am 17. und 28. April 1968 in Schreiben an den sowjetischen Botschafter in der DDR, Abrassimow, gegen die Behinderungen im Berlin-Verkehr, vgl. DzD V/2 S. 591, 610. Abrassimow gab als Reaktion am 9. Mai 1968 eine Erklärung zur Berlin-Frage ab, vgl. DzD V/2 S. 639.

88 Horst Sölle (geb. 1924), 1965–1986 Minister für Außenhandel der DDR.

89 Das Jessup-Malik-Abkommen vom 4. Mai 1949 beendete die sowjetische Blockade West-Berlins, vgl. DzD III/2 S. 436 Anm. 23.

nächst eure Maßnahmen ergreifen. Wir werden helfen, aber ihr könnt nicht verlangen, daß wir es dann tun. – Ich erspare es mir jetzt, nun im einzelnen aufzuzählen die sechs verschiedenen Erklärungen, die seit der Zurückweisung von Schütz von Stellen der Bundesregierung und vom Berliner Senat zu dieser Frage abgegeben worden sind, die lauten: Wir tun gar nichts. – Wir tun in Verbindung mit den Alliierten doch eine Menge, und zwar koordiniert durch vorbereitete Maßnahmen, ohne daß davon etwas sichtbar wird.

Ich mußte das noch einmal sagen, weil die Bewohner von Berlin natürlich nicht nur mit den inneren Auseinandersetzungen zu tun haben, sondern sich auch zusätzlich von außen bedrängt fühlen, was sichtbar gemacht wird von denen, die gewissermaßen nur auf Zeit nach Berlin gegangen sind und nun um ihre Versetzung bitten könnten.

Die Frage ist, gibt es noch eine Rettung? Sie wird von vielen Menschen in Berlin so ernst gestellt. Wenn ich mit ernstesten Journalisten diskutiere, die eigentlich immer in Berlin geblieben sind und dort die ganze Entwicklung kennen, dann höre ich immer nur: Wir sind in großer Sorge. – Das umschreibt man dann fein, daß man noch schlimmere Gefahren sieht.

Meine Freunde! Ich bin der Meinung, daß es mit einer sehr großen Anstrengung noch gelingen kann, in Berlin zunächst einmal durch Stärkung des wirtschaftlichen Potentials, dann allerdings auch durch eine gewisse Aktivität im kulturellen Bereich, noch manches zu retten, wenn es möglich ist, diejenigen, die die Verantwortung tragen, von diesen Aufgaben zu überzeugen, um sie dann auch auszuführen. Ich weiß, daß der Bund als solcher nicht mehr die Aktivität ermöglichen kann, die vielleicht noch vor wenigen Jahren möglich gewesen wäre. Heute kann der Bund nur noch in seinen Ländern, in seinen Universitäten, in seiner Wirtschaft, durch eine Solidaritätsaktion von langer Dauer wirksam werden, um dort mit Investitionen, Aufträgen und kulturellen Engagements noch etwas zu erreichen. Aber dazu bedarf es eines Konzepts.

Wir machen dem Senat den Vorwurf, daß er kein Konzept hat. Das hat auch der Dr. König⁹⁰, Wirtschaftssenator, auf einer Parteiversammlung der SPD gegenüber eingestanden: Wir haben kein Konzept. – Ich gebe aber zu, daß es dem Berliner Senat allein nicht möglich ist, so etwas zu entwickeln, sondern es bedarf dazu auch einer Initiative und einer Unterstützung durch die Bundesregierung. Ich kann nur sagen, in diesen 1½ Jahren, seitdem wir die Große Koalition haben, ist erreicht worden, daß die SPD schlecht über ihren eigenen Vorsitzenden Brandt spricht, weil er nach Bonn gegangen ist, um mehr für Berlin zu tun, aber nichts getan hat. Es ist auch so, daß Schiller praktisch nichts getan hat, daß sich die Diskussion um Berlin – abgesehen vom Haushaltszuschuß, auf den es hier nicht entscheidend ankommt – darauf beschränkt, ob man die Flugzuschüsse erhalten kann – und das monatelang in einer solchen Situation – oder

90 Dr. Karl König (1910–1979), Geschäftsführer; 1930 SPD, 1953–1959 Mitglied der Geschäftsleitung der Berliner Elektrizitätswerke, 1960–1965 Vorstandsmitglied, später Geschäftsführer der Berliner Verkehrsbetriebe, 1965–1968 Kreisvorsitzender der SPD in Berlin-Schöneberg, 1965–1975 Senator für Wirtschaft.

daß man diese oder jene unwichtige Frage erörtert, ohne jedoch ein Konzept auszuarbeiten.

Hier muß etwas entwickelt werden, was zusammen mit dem Senat in einem großen politisch-moralischen, aber natürlich auch wirtschaftlich-kulturellen Impetus noch einmal versucht werden muß, und zwar mit der ganzen Autorität der Bundesregierung und der Länderregierungen.

Das, meine Freunde, wollte ich heute hier noch einmal gesagt haben. Ich sage es nicht zum erstenmal. Ich habe diese Dinge bereits vor reichlich einem Jahr gesagt. Ich kann nur feststellen, daß es in dieser Beziehung an jeglicher Initiative und an jeder Aktivität fehlt. (*Unruhe und Bewegung.*) Albertz hat mir gesagt, er sei auch daran gescheitert, daß er bei seinen Freunden in der Bundesregierung für diese Dinge kein Ohr gefunden habe, neben allem anderen. Das ist leider etwas, was ich insgesamt für Berlin und für das Verhältnis des Bundes zu Berlin heute sagen muß. (*Anhaltende Unruhe.*) Der Beginn der Initiative mit dem BDI war erfreulich. Aber sie liegt auch schon wieder ein halbes Jahr zurück.⁹¹ Ich weiß, daß Berg und die Industriellen, wenn sie zu einer solidarischen Aktion mit politischer Unterstützung aufgerufen werden, auch bereit sind, mitzuziehen und nicht allein auf den Nutzen zu sehen, obwohl der Nutzen in der Wirtschaft immer die Haupttriebkraft ist.

Ich kann nur bestätigen, daß der Bundesverband der Deutschen Industrie eigentlich in allen Situationen, die wir durchgemacht haben, seine Pflicht erfüllt hat in Berlin. Er hat sich auch dazu wieder bereit erklärt. Sie haben ja einen neuen Berlin-Kreis geschaffen, aber das ist zunächst noch eine Aktion der Sympathie; es fehlt bisher völlig an einer Aktion der verantwortlichen Politik.

Ich möchte in diesem Bundesvorstand noch einmal darauf hingewiesen haben – ohne Rücksicht darauf, wer nun in Berlin am Ruder ist, oder ob wir dadurch Stimmen gewinnen –, da es immer schlechter wird in Berlin. Es ist uns allen nicht geholfen, wenn sich die Dinge so weiter entwickeln. Ich kann zum Schlusse nur sagen, daß wir wahrscheinlich nicht mehr viel Zeit haben. Die innere Situation in Berlin hat sich in Wochenabschnitten sichtbar verschlechtert. Die Situation ist die, daß das zu einer Gesamtgefahr für die Entwicklung der deutschen Politik im ganzen werden kann.

Heck: Das Wort hat Herr Lemmer.

Lemmer: Ich bin mit allem einverstanden, was Amrehn gesagt hat. Das ist auch mein Urteil. Wir müssen das hier global nehmen und sehen. Wir stehen seit einiger Zeit vor einer Westoffensive der Sowjetunion. Das ist der Hintergrund. Ich glaube, weder die Westmächte noch wir machen uns genügend klar, daß der sowjetrussische Imperialismus in eine neue Phase getreten ist.

⁹¹ Im September 1967 beschloß der BDI, einen Arbeitskreis einzurichten, der sich mit Fragen der Berliner Wirtschaft beschäftigen sollte (vgl. Berg an Kiesinger vom 3. November 1967, in dem er über sein Gespräch mit Klaus Schütz über die Bildung eines „Berlin-bezogenen Arbeitskreises“ berichtet, in ACDP 01–226–001). Im Dezember 1967 traf sich der Arbeitskreis erstmals, vgl. dpa vom 25. September 1967 „BDI bildet Berlin-Arbeitskreis“; „Welt“ vom 12. Dezember 1967 „Berg: Die deutsche Industrie muß in Berlin investieren“.

Sein erstes Ziel ist West-Berlin. In West-Berlin bestehen für sie die günstigsten Voraussetzungen, weil in dieser bedrohten Stadt seit vielen Jahren keine Führung mehr ist, keine Autorität, weil sich die Sozialdemokratische Partei, die man die Staatspartei von Berlin nennen könnte, in einer schweren Krisis befindet und überhaupt keine Ausstrahlungskraft mehr hat und die Bevölkerung in zunehmendem Maße unsicher wird, weil nicht der geringste Widerstandswille gegen die Infiltration von Ost-Berlin zu bemerken ist.

Ich darf zwei Zahlen meines Freundes Amrehn korrigieren. Sie sind aber noch schlimmer. Ich habe vom Polizeipräsidium folgende Zahlen vertraulich mitgeteilt bekommen: Am 1. Mai waren vor dem Reichstagsgebäude knapp 70.000, in der Hauptsache befohlene ÖTV-Mitglieder, städtische Bedienstete usw. Vom Volk aus Berlin war – im Gegensatz zu früher – kaum noch etwas zu bemerken. In Neukölln waren nach polizeilicher Auskunft über 30.000 Demonstranten. So etwas hat es in Berlin – nämlich hier 30.000 und dort 70.000 Menschen – am 1. Mai auch nicht im entferntesten bisher gegeben.

Die Führung in der Berliner Zersetzung hat nunmehr die SED sichtbar übernommen, nachdem sie etwa zwei Jahre lang die Studenten voranmarschieren ließ, die sie schließlich als Aufhänger benutzte, um sich dann selbst anzuhängen, um West-Berlin so allmählich – ich muß das Wort aussprechen – sturmreif zu machen. (*Bewegung.*) Wie lange wir in Berlin widerstehen werden, das kann niemand voraussagen. Geht die Entwicklung so weiter, wird das Tempo schneller werden für die Aggression Ulbrichts im Auftrage Moskaus. Ulbricht macht ja nichts ohne Befehl und Legitimation durch Moskau. Das ist das eine, was ich mit ganzem Ernst sagen muß.

Wir haben heute morgen in den Zeitungen gelesen, daß wir wahrscheinlich – ich sage das voraus nach meinem Instinkt – bald die Prager Tragödie erleben werden. Die Budapester haben wir erlebt.⁹² Die Prager Tragödie wird sich nach meiner Meinung noch im Laufe dieses Sommers irgendwie zuspitzen. Die Sowjetunion ist in ihrer Aggression, in ihrem imperialistischen Willen ungeschwächt. Und die westliche Welt sieht mit rührenden Illusionen – wenn von der Problematik Ost und West gesprochen wird – die Situation der Sowjetunion an.

Ich warne auch davor, etwa daran zu glauben – was ganz populär ist –, daß die Sowjetunion etwa durch China in ihrer Aggressivität gehemmt würde. Zwischen Peking und Moskau bestehen nach wie vor Beziehungen! (*Unruhe und Bewegung.*) Sie können sich darauf verlassen! Ich will Ihnen ein kleines Beispiel dafür nennen. Die aufrührerischen Studenten in Berlin haben ihr Geld – das muß doch dem Innenministerium, der

92 Hinweis auf den Ungarn-Aufstand vom 23. Oktober bis 4. November 1956 und eine mögliche militärische Intervention der Sowjetunion in der Tschechoslowakei, die tatsächlich am 21. August 1968 erfolgte.

Organisation Gehlen⁹³ und den westlichen Nachrichtendiensten bekannt sein – von der chinesischen Botschaft mit Tolerierung und Wissen der sowjetischen und der Ulbricht-Instanzen in Empfang genommen. Der Drehpunkt war bis vor kurzem die chinesische Botschaft, jetzt abgelöst durch die sowjetische Botschaft, abgelöst durch das Ulbricht-Regime, um nun die Zersetzung in West-Berlin mit allen Mitteln fortzusetzen.

Dem steht gegenüber eine völlig – entschuldigen Sie – dekadente westliche Welt. Die westliche Welt ist in einem Zustand, daß sie keiner ernstnehmen darf; das gilt auch für die USA. Sehen Sie, was sich dort abspielt; was sich in England abspielt, in Frankreich, in Italien, überall in der westlichen Welt greift dieser Bazillus um sich, und die westliche Welt mit der NATO usw. verliert an Autorität, so daß die Sowjetunion ermuntert wird, kühnere und risikvollere Initiativen noch im Laufe dieses Jahres zu ergreifen.

In Berlin selbst – man sagt, belagerte Festung – haben wir jetzt intra muros den Feind. Er war bisher nicht sichtbar. Es schienen Hochschulfragen zu sein; aber das sind nicht Hochschulen. Das ist nur geputscht und ausgelöst worden, um den Aufhänger zu finden für einen ganz konzentrierten Angriff auf westliche Positionen. Zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik besteht eine kommunizierende Röhre, auch wenn es noch nicht so aussieht.

Wir werden morgen unser erstes Wetterleuchten in dieser Richtung hier in unserer Bundeshauptstadt erleben.⁹⁴ Es ist eine Offensive, die natürlich nicht etwa in West-Berlin zum Stehen gebracht werden soll. West-Berlins Fall ist die Voraussetzung, um die Expansion weiter nach Westen fortzusetzen. Die Unterwanderung nimmt ganz gewaltig zu.

Eine ganz andere Bemerkung! Ich habe leider die Feststellung machen müssen, daß fast alle, die unser Ärgernis in West-Berlin erregen, Flüchtlinge aus der Zone sind, von Dutschke angefangen über Herrn Borm⁹⁵ und anderen Figuren; Ristock und Beck usw. Es sind alles Zonenflüchtlinge, die vor zehn Jahren (*Stingl*: Ristock vor 20!) oder früher aus der Zone gekommen sind. Sie sind dem Namen nach als Rädelführer der Berliner Zersetzungsarbeit bekannt. Weil ich selbst aus der Zone komme, weiß ich, daß keiner die Zone verlassen hat, ohne der Erpressung der NKWD ausgesetzt gewesen zu sein zu unterschreiben, bei sich bietender Gelegenheit später wegen der Abhängigkeit von der

93 Nach Reinhard Gehlen (1902–1979), dem Leiter der Abteilung Fremde Heere Ost im Generalstab des Heeres (1942–1945) genannter, mit amerikanischer Unterstützung nach 1945 aufgebauter Nachrichtendienst, der 1955 von der Bundesrepublik übernommen und 1956 in Bundesnachrichtendienst umbenannt wurde. Memoiren: Der Dienst – Erinnerungen 1942–1971. Mainz 1971; Dieter KRÜGER (Hg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg. Berlin 2003.

94 Vgl. Anm. 24.

95 In der Vorlage: Borm. – William Borm (1895–1987), Unternehmer; 1924–1933 DVP, 1945 LDP, 1960–1969 Vorsitzender der FDP Berlin, 1963–1967 MdA Berlin, 1965–1972 MdB, 1971/72 MdEP, 1982 Austritt aus der FDP. – Borm war 1950 während einer Transitreise von der DDR-Volkspolizei verhaftet, zu 10 Jahren Haft verurteilt und 1959 aus der Haft entlassen worden. Nach 1990 wurde seine Mitarbeit für die DDR-Staatssicherheit bekannt.

geleisteten Unterschrift Agentenarbeit zu leisten. Das ist eine kühne Behauptung. Ich kann sie öffentlich nicht aufstellen, weil ich sie ja beweisen müßte. Ich würde wahrscheinlich dabei hereinfallen. Durch meinen Instinkt und aufgrund meiner Erfahrungen, die ich seit meiner Flucht aus der Zone gesammelt habe, habe ich das allergrößte Mißtrauen gegen alle diese Figuren.

Herr Dutschke kommt aus Thüringen. Abgesehen von Herrn Teufel⁹⁶, den uns das Schwabenland geschickt hat, sind es alle Flüchtlinge aus der Zone, die in Berlin diese Zersetzung der Positionen betreiben. Dazu gehört die antiamerikanische Stimmung und Propaganda. In diesem ganz vertraulichen Kreise kann ich sagen, es ist ein großer Irrtum anzunehmen – ich weiß das von führenden Amerikanern –, daß die Amerikaner das gelassen zur Kenntnis nähmen. Das ist nicht wahr. Das schlägt hinüber nach Amerika. Die amerikanische Presse pflegt mit großer Ausführlichkeit alle diese Vorkommnisse zu registrieren, die nicht einmal in deutschen Zeitungen stehen. Das tut meines Erachtens an der Spitze die „New York Times“, die ich persönlich für ein ausgesprochen deutschgegnerschaftliches Blatt halte, die geradezu mit Wollust die Zersetzung der Bundesrepublik dem amerikanischen Publikum täglich vor Augen führt und in Amerika – wie meine amerikanischen Freunde bestätigen – die Stimmung verstärkt, sich aus Europa überhaupt zurückzuziehen, auch eines Tages aus Berlin, weil sie fühlen, daß sie dort bei der noch in Ordnung befindlichen Bevölkerung nicht die Resonanz, nicht die Stütze finden, die sie zweifellos erwarten.

Die SPD gliedert sich in drei Haufen in Berlin. Ob das auch in der Bundesrepublik so ist, weiß ich nicht. Hier sind es anscheinend zwei, in Berlin sind es drei. Da haben wir den Flügel Schütz, ich beurteile ihn noch ein wenig optimistisch. Da haben wir die Gruppe Albertz, die der Linken nahegerückt ist. Und da haben wir die Linke. Ich unterstreiche Amrehns Feststellung, so betrüblich sie ist, daß den Grundstein zu diesem Zersetzungsprozeß Herr Brandt gelegt hat. (*Unruhe und Bewegung.*) Während der Bürgermeisterschaft Brandts konnten sich die Anfänge ungestört entwickeln. Und jetzt das Profil seiner beiden Söhne!⁹⁷ Ja, ist das denn nichts, wenn der deutsche Außenminister zwei Söhne vorzeigen kann, die geradezu unter dem Beifall der Ost-Berliner Presse ihr Unwesen treiben! (*Unruhe.*) Ein anderer bedrückender Faktor, lieber Freund Hahn, ist unsere evangelische Kirche in Berlin. Im Monat März hat der Generalsuperintendent Helbich⁹⁸ mitgeteilt, der einer der wenigen aufrechten Männer dort ist: 700 Kirchengaustritte. Im April waren es an die 1.000 Austritte! Die evangelische Bevölkerung, die noch einen Funken von staatsbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein hat, wendet sich von dieser Kirche ab und bemüht sich, Freikirchen zu gründen, weil diese Menschen Christen sind und Christen bleiben wollen. Die Lage der evangelischen Kirche in Berlin paßt genau zu dem Bild, das ich eben geschildert habe. In Berlin stehen schätzungswei-

96 Fritz Teufel (geb. 1943), Student der Publizistik, 1967 Mitglied der Kommune I in Berlin, APO-Aktivist, 1971 Verurteilung zu zwei Jahren Haft wegen versuchter Brandstiftung.

97 Zu den Ereignissen vgl. SCHÖLLGEN S. 135–140. Vgl. auch Nr. 10 Anm. 51.

98 In der Vorlage: Hellwig. – Hans-Martin Helbich (1906–1975), ab 1961 Generalsuperintendent in Berlin.

se 80% der aktiven Geistlichkeit, insbesondere die gesamte junge Generation, auf dem kommunistenfördernden Flügel. Das ist die Lage dieser Kirche in der ohnehin so außerordentlich gefährdeten Stadt.

Es kommt hinzu, daß Justiz und Polizei in meinen Augen in Berlin seit einiger Zeit aktionsunfähig geworden sind, weil die staatliche Obrigkeit weder die Männer der Justiz noch die Männer der Polizei zu schützen gewußt hat. Das Gegenteil ist der Fall! Unterstützt von einem Teil der Presse in Berlin, von einem noch viel größeren Teil der Presse im Bundesgebiet, werden die Männer, die die Sicherheit des Staates zu gewährleisten versuchen, auch noch angegriffen.

Meine Freunde! Ich habe in der Fraktion in Berlin vor einem Jahr gesagt: Wir machen hier eine perfekte Gesetzgebung, und im Bundestag wird großartig technisch und praktisch gearbeitet, aber es ist keine Politik mehr da. Wir sind Gesetzes-Fabrikanten mit einem großen Fleiß, mit deutschem Perfektionismus, haben aber gar kein Gefühl dafür, wie der Boden in der gesamten Bundesrepublik wankt, insbesondere in Berlin, auf dem wir unsere brave politische Arbeit leisten. Wir haben kein Empfinden mehr dafür, daß ein Staat, der seine Autorität nicht zu wahren weiß, zu einer Karikatur wird. Gerade ein demokratischer Staat muß in diesen labilen und unruhigen Zeiten, in diesen wahrhaft turbulenten Zeiten ein Gefühl für Autorität haben, wenn er existieren will. (*Unruhe.*) Die Abwanderung der Bürger und Wähler von der demokratischen Mitte ist eine Folge der Autoritätsschwäche, die wir in den Ländern und – ohne weniger Schuld – auch im Bund haben. Ich würde niemals das, was sich hier morgen abspielen wird, erlaubt haben. Wohin kommen wir denn, wenn wir die Demokratie zu einer Legitimation machen, die Grundlagen des Staates zu zerstören! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Hier handelt es sich nicht um eine antiparlamentarische Opposition; hier handelt es sich um eine antidemokratische Opposition! Und die lassen wir gewähren! Wir reden immer von der NPD. Das haben wir auch heute morgen wieder gehört. Aber der Feind, der uns im Augenblick bedroht, ist die äußerste Linke, die zum großen Generalangriff im Jahre 1968 übergegangen ist, die die Amerikaner in Asien engagiert, die überall Dekadenzerscheinungen herbeizuführen versucht. Infolgedessen kann ich unsere Freunde hier in diesem Bundesvorstand nicht genug davor warnen, diese Dinge leichtzunehmen und mit der üblichen Toleranz zu kommen.

Ich habe das auch heute morgen wieder von mehreren Freunden gehört. Mit dieser Toleranz – die keine mehr ist – gehen wir schuldhafter bergab als die Weimarer Republik, die ja ein Opfer ganz anderer Verhältnisse gewesen ist als diejenigen, die wir heute als Wohlstandsstaat der Bundesrepublik haben. Wenn wir diese Schwäche fortsetzen, dann wird es ein böses Ende geben. Das möchte ich zur Ergänzung dessen, was Franz Amrehn hier ausgeführt hat, doch noch gesagt haben. (*Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Wir müssen heute irgend etwas der Presse sagen. Ich denke, wir sollten drei Dinge zum Ausdruck bringen: Erstens sollten wir unterstreichen, was heute im Bundestag zum Thema Notstand gesagt worden ist. Zweitens scheint es mir wichtig zu sein, daß wir zum Ausdruck bringen, daß sich die CDU in Baden-Württemberg als die stabile Partei erwiesen hat, und drittens sollten wir eine Aussage machen,

daß sich zur Regierungsbildung in Stuttgart keine demokratische Partei vor der Verantwortung drücken darf.

Die Frage ist, ob wir zu Berlin etwas sagen sollen. Hier meine ich, daß wir uns in einer weiteren Aussprache dem stärker zuwenden sollten, was zu tun ist. Ich glaube, es ist niemand hier am Tisch, der nicht sehr beeindruckt ist von der Darstellung der Situation, die mit Zahlen belegt worden ist. Ich brauche nur an die Zahlen des 1. Mai zu denken, 70.000 Menschen und 30.000 auf der Gegenseite. Ich erinnere weiter an die Abwanderung der Arbeitskräfte usw. Das ist alles sehr eindrucksvoll geschildert worden.

Wir sollten uns damit beschäftigen, was kann hier getan werden; was muß man tun. Wenn die Bevölkerung in Berlin nicht mehr hält, dann können sie auch die Amerikaner nicht halten. Der Fall von Berlin wäre doch eine ganz schreckliche Geschichte. (*Unruhe.*) Ich habe daran gedacht, daß man das Präsidium vom Bundesvorstand beauftragen soll, in dieser Sache einiges zu unternehmen. Gerade weil die SPD offensichtlich ihre Genossen in Berlin im Stich läßt, sollte die Initiative von uns aus kommen.

Kohl: Zur Geschäftsordnung! Ich schlage vor und beantrage es, dieses Thema in der nächsten Vorstandssitzung als Punkt 1 zu behandeln, nämlich das, was wir eben besprochen haben. Als Punkt 2 sollten wir das nehmen, was Amrehn und Lemmer zu Berlin vorgetragen haben. Ich schlage vor, daß wir in unserer Veröffentlichung ankündigen, daß wir uns in der nächsten Bundesvorstandssitzung mit diesen Punkten befassen werden.

Meine Herren! Wir jammern immer über die Verhältnisse hier. Aber schauen Sie sich einmal um, wer noch da ist im Bundesvorstand. Das ist doch das Problem. Ich habe schon oft darauf hingewiesen. Es sind jetzt noch kaum zehn Leute hier. Das ist doch – ich kann es nur wiederholen – die ganze Crux! (*Zurufe:* Sehr wahr!) Das ist auch ein durchaus logischer Schluß zu dem, was Ernst Lemmer und Franz Amrehn hier so eindringlich vorgetragen haben. Das hängt doch alles zusammen.

Bundeskanzler Dr. Kiesinger kommt wieder in den Saal.

Heck: Ich darf zunächst den Herrn Bundeskanzler orientieren. Zuerst hat uns Herr Barzel informiert über sein Gespräch mit dem Bundespräsidenten hinsichtlich einer künftigen Regelung. Der Bundesvorstand ist der Meinung, daß sich das Präsidium alsbald mit dieser Frage befassen und festlegen soll, wer hier überhaupt zum Verhandeln legitimiert ist, damit nicht von vielen, die sich hier berufen fühlen, unkoordinierte Gespräche geführt werden.

Dann haben Franz Amrehn und Ernst Lemmer ungewöhnlich eindringlich mit zwingenden Hinweisen und mit Material dargetan, daß in Berlin die Moral der Bevölkerung ernsthaft in der Substanz gefährdet erscheint.

Wir sind nun an dem Punkt, wo wir überlegen wollen, was hier getan werden muß. Das ist um so dringlicher notwendig, weil offensichtlich die SPD – so wird es wenigstens von Berlin aus angesehen –, sowohl Brandt wie auch Wehner, ihre Berliner Genossen nicht sonderlich unterstützen und sie auch nicht in die richtige Richtung zu bringen vermögen. Das ist etwa der jetzige Stand unserer Beratungen.

Kiesinger: Ich habe dem Regierenden Bürgermeister von Berlin für den kommenden Donnerstag einen Termin gegeben, um den er mich gebeten hat. Ich habe diese Gruppe von Beamten und Wirtschaftsleuten, die für die Wirtschaftsförderung Berlins einen Plan ausarbeiten soll, gebeten, die Arbeiten schnell zu beenden, damit ich möglichst noch in dieser oder in der nächsten Woche dem Regierenden Bürgermeister von Berlin einen Plan unterbreiten kann.

Das Problem ist ja vielschichtig. Die Frage, können wir Berlin halten, ist ganz ernsthaft zu stellen. (*Bewegung und Unruhe.*) Meine Herren! Das muß man ansprechen und aussprechen! Die Moral der Berliner Bevölkerung bei diesen fürchterlichen Umständen, unter denen sich Berlin aus einem Stolz der Nation zu einem Krankheitsherd der Nation gewandelt hat, ist in der Tat ein schreckliches Problem.

Ich muß gestehen, ich weiß auch noch kein Rezept dafür. Wir können natürlich Berlin wirtschaftlich zu stärken versuchen. Wir werden uns wehren gegen die Versuche Moskaus, Berlin politisch abzuschreiben. Sie behaupten, daß wir den Status Berlins ändern wollten. Doch sie versuchen genau das Umgekehrte; sie wollen den Status Berlins ändern.

Es ist die Frage, wie wir an diese Kerle herankommen, die nun ununterbrochen in Berlin – das sind Professoren, Schriftsteller und Studenten – ihr Gift verspritzen. Das ist ja der eigentliche Herd des Übels. Wir sollten unter allen Umständen versuchen, diesen Zustrom von Studenten, die sich der Wehrpflicht entziehen, zu verhindern. Da muß sich doch ein Weg finden lassen, um gegen diese Kerle anzugehen. Das müssen unsere Berliner Freunde sagen. Wir brauchen hier ihren Rat. Sie müssen uns ganz konkret sagen: Da und da müßt ihr uns helfen. – Ich bin bereit, jede Anstrengung zu unternehmen.

Es ist gar kein Zweifel, wenn einmal die Berliner Position verloren ist, dann ist nicht nur Berlin verloren, sondern dann ist sehr, sehr viel mehr verloren. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich weiß nicht, was hier gesagt worden ist. Ich kann nur erklären, nichts hat mir in den letzten Monaten mehr Sorge gemacht als Berlin. Das hat mir wirklich schlaflose Nächte gebracht. Man sieht doch ganz deutlich, worauf Moskau in Berlin zielt. Ich sagte heute früh, es will uns auf die Knie zwingen. Und der Beginn dazu soll Berlin sein. Berlin ist nun einmal unsere Achillesferse.

Ich habe es schon oft gesagt. In diesem Haus stand ich neben dem verstorbenen Senator Klein⁹⁹ und Brandt als Bürgermeister. Ich sagte ihnen, meine Herren, was können wir tun? Die waren ganz niedergeschlagen. Klein sagte: Berlin lebt vom Kalten Krieg. – Und Brandt brummte zustimmend dazu. Diese Situation ist in Berlin deutlich geworden. (*Unruhe.*) In dem Maße, wie sich die kalte Kriegslandschaft geändert hat, schwächte sich unsere Position ab. Das ist wie an einem Barometer an der Situation Berlins abzulesen.

99 Günter Klein (1900–1963), Jurist; 1923 SPD, 1931–1933 Landrat des Kreises Dinslaken, ab 1947 Vertreter Berlins im Frankfurter Wirtschaftsrat, 1949–1953 Mitglied des Magistrats von Groß-Berlin bzw. des West-Berliner Senats, 1954–1961 MdA Berlin, 1955–1961 Senator für Bundesangelegenheiten sowie für das Post- und Fernmeldewesen, 1961–1963 MdB.

Ich bin – selbstverständlich auch um unserer politischen Freunde in Berlin willen – gerne bereit, in diesem Zusammenhang eine Geste zu machen, daß sich die CDU Berlins um das Schicksal dieser Stadt kümmert. Ich habe auch dem Regierenden Bürgermeister sofort einen Termin eingeräumt. Bei den Sozialdemokraten ist so etwas wie eine Ratlosigkeit und Hilflosigkeit. Das merke ich, wenn ich mit den führenden Leuten – außer mit Leber – spreche. Bei Brandt kriegt man überhaupt nicht viel heraus. Das ist so seine Art. Die kennen Sie ja. Und bei Wehner hört man jetzt nur noch: Diesen Kelch müssen wir bis zur bitteren Neige trinken. – Der ist auch in seiner Partei isoliert. Ihm wirft man vor, er sei der Vorkämpfer der Großen Koalition. Die SPD sei nun der Verlierer, und daran sei er schuld. Die SPD kann nur die Chance haben, eine Regierung zu übernehmen, wenn sie eine breite Volkspartei wird.

Ich sehe also bei dem, was Berlin angeht, nur Ratlosigkeit, insbesondere dann, wenn so ein Subjekt wie der Albertz mit seiner unsagbaren Rede¹⁰⁰ kommt! Ich habe schon seit Jahren in Deutschland nicht mehr so etwas Verdächtiges erlebt als diese Rede, die er da auf Dutschke gehalten hat. (*Lemmer*: Sie war zynisch!) Ja, wirklich zynisch! Ich weiß keine andere Bezeichnung dafür. So etwas muß ja auch zur Verwirrung der Berliner Bevölkerung beitragen.

Ich will nur sagen, meine Herren, ich kenne das Problem, und ich nehme es ganz gewiß so ernst wie Sie und bin bereit, hier alles zu tun. Aber ich gestehe, ein wenig ratlos bin ich im Augenblick immer noch.

Scheufelen: Es ist klar, die SPD-Führung in Berlin hat völlig abgewirtschaftet, aber die CDU bietet hier keine Alternative. Deshalb frage ich unsere Berliner Freunde, welche Möglichkeiten sehen Sie denn, daß sich die CDU als Führungskraft sichtbar und wirksam macht?

Stingl: Herr Scheufelen, Sie müssen einmal sehen, was unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus konkret an Anträgen und Vorschlägen einbringt und eingebracht hat usw. Sie sagen, was kann geschehen, daß die CDU als Führungskraft wirksam wird! Das hängt auch damit zusammen, daß uns Publikationsmittel einfach nicht zur Verfügung stehen. (*Zuruf*: Die „Morgenpost“!) Wer liest schon die „Morgenpost“! (*Scheufelen*: Das ist eine Berliner Frage!) Wir kommen auch nicht beim Sender Freies Berlin zum Wort. Die antiparlamentarische Opposition bekommt viel Sendezeit und wird dauernd vor das Mikrofon geholt, aber unsere Leute kommen überhaupt nicht zum Zuge. Die werden einfach nicht gehört.

Auf den Lehrstuhl für Publizistik wird nun ein Mann berufen, der ganz links steht. Der kommt jetzt zusätzlich noch nach Berlin. Alle diese Dinge spielen eine große Rolle. (*Kiesinger*: Wer ist das?) Ich weiß nicht, wie er heißt. (*Amrehn*: Alle anderen haben sich versagt.) Wir haben mehrere Fälle, wo die Leute weggehen. Herr Bundeskanzler, ich komme mir schon wie die Cassandra vor. In jeder Fraktionssitzung mache ich auf die Dinge aufmerksam. Ich komme mir wirklich schon dumm vor. Es ist nicht nur Herr

100 Albertz sprach bei einer Veranstaltung im Auditorium Maximum der TU Berlin, vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 17. April 1968. Albert sagte u. a. „er habe den peinlichen Eindruck, daß ‚ein schwerverwundeter Dutschke jetzt ein guter Dutschke ist““.

Dutschke gewesen. Wir haben es einfach nicht erkannt, daß hier die Kommunisten wirken. Herr Agnoli¹⁰¹, der Italiener, ist einer der Drahtzieher. Herr Meschkat¹⁰² hat im „Tagesspiegel“ gesagt, daß er die Zusammenarbeit mit der SED will. Herr Mahler¹⁰³ hat es offen zugegeben. Die neue Vorsitzende des AStA hat gesagt, daß sie mit der SED zusammenarbeiten wolle. Ich kann auch das bestätigen, was Ernst Lemmer und Franz Amrehn in bezug auf die Stimmung in der Bevölkerung gesagt haben.

Daß die Berliner zaghaft werden, hängt einfach damit zusammen, daß sie sagen, wenn wir schon mutig sind, wo haben wir dann jetzt ein Echo? Was ist passiert, als Schütz nicht durchfahren konnte? Dafür ist der Sölle abgeholt und nach Hannover gefahren worden. Sie sagen weiter, wo geschieht denn etwas.

Es wird auch erklärt: Ihr sprecht von Frieden, aber nicht mehr von Freiheit! – Die europäische Friedensordnung ist sicherlich gut, aber es muß auch die Freiheit dahinterstehen. (*Kiesinger*: Das wird doch gemacht! – *Unruhe*.) Herr Bundeskanzler, hören Sie sich die Reden von Brandt an! Das Wort „Freiheit“ bringt er kaum mehr über die Lippen. Es wird auch so getan, Herr Bundeskanzler, als ob nur der Brandt zuständig sei für die Sache Berlins. Es muß sich die CDU eben auch mehr rühren!

Das Berlin-Hilfe-Gesetz muß schneller gemacht werden! Die Berliner Wirtschaft braucht das, wenn sie disponieren will, um Arbeitskräfte nach Berlin zu bekommen.

Kiesinger: Schreiben Sie es bitte nicht auf diese Dinge ab. Diese Krankheit ist eine Berliner Krankheit. Da beißt keine Maus einen Faden ab! Diese Krankheit ist ausgegangen von der sozialdemokratischen Regierung. (*Stingl*: Das hat Brandt angefangen!) Jetzt sind es die Universitäten, die Professoren und die Studenten, denen sich nun angliedern die Linksintellektuellen, unterstützt von drüben. Und diesem Phänomen steht die Berliner Bevölkerung völlig hilflos gegenüber. Das ist der wirkliche Grund! (*Stingl*: Und die Berliner fühlen sich verlassen.) Und nun ... (*Stingl*: Sie fühlt sich verlassen, wenn auf die Nichtdurchfahrt von Schütz nicht reagiert wird.) Das ist eine ganz ephemere Geschichte. Der wirkliche Grund bei der Berliner Bevölkerung ist der, daß sie sagt: Was ist aus unserer Stadt geworden? – Das ist der Grund. Sie wissen doch, daß wir bei der und hinter dieser Stadt stehen. Nichts ist geschehen, was die Berliner dieses Glaubens berauben könnte.

101 Prof. Dr. Johannes Agnoli (1925–2003), Politologe; 1962–1966 Lehrbeauftragter und Assistent am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, 1966–1968 Habilitationsstipendium der DFG, 1969–1972 Assistenz-Professor an der FU Berlin, 1972 Habilitation, 1972–1990 Professor an der FU Berlin.

102 Prof. Dr. Klaus Meschkat (geb. 1935), Soziologe; 1957 AStA-Vorsitzender an der FU Berlin, 1958/59 Vorsitzender des VDS, 1965–1968 Assistent am Osteuropa-Institut der FU, 1969–1973 Forschungsaufenthalte in Kolumbien und Chile, 1975–1999 Professor an der Universität Hannover.

103 Horst Mahler (geb. 1936), Rechtsanwalt; seit 1964 Tätigkeit als Rechtsanwalt, 1967 Prozeßvertretung von Fritz Teufel, Rainer Langhans, Beate Klarsfeld und Peter Brandt wegen Brandstiftung, 1968 Teilnahme an der Demonstration gegen den Springer-Verlag, 1970 Verurteilung zu Bewährungsstrafe und Flucht aus dem Gefängnis, Mitgründer der RAF, 1972–1974 Prozesse und Verurteilung zu 14 Jahren Haft, 1974 Ausschuß aus der Anwaltschaft, 1980 Haftentlassung, 1988 Wiederezulassung als Anwalt (NPD).

Wenn Sie einfach falsch analysieren und nicht anerkennen wollen, daß in Berlin diese Pestbeule entstanden ist und dies der eigentliche Grund für die Berliner Resignation ist, dann sagen Sie es doch! Daran liegt es doch! Das einzige, was man hinzusetzen kann, ist dies: Ich war im vorigen Jahr am 1. Mai in Berlin. Dieses Mal hat man mich nicht ausdrücklich gefragt. Es war vorher einmal angedeutet worden, ob ich käme, wenn der Berliner Senat mich einladen würde. Das hat man offengelassen.

Diese Dinge, daß da nicht fest genug reagiert wird, mögen noch ein bißchen mitspielen. Wenn die Stimmung deprimiert ist, kommt natürlich so etwas hinzu; aber die Hunderttausende, ja die Million von Menschen leben doch in der vergifteten Atmosphäre dieser Stadt. Wenn eine andere Stadt in Deutschland eine solche Atmosphäre hätte, dann wäre sie nicht abgetrennt, aber in Berlin sitzt man wie in einer Pestbaracke. Ich kann mir gut vorstellen, wie mir zumute wäre, wenn ich in Berlin wohnte.

Deswegen muß das Übel an der Wurzel gepackt werden. Wir müssen einen Weg finden, um diese Pestbeule an der Berliner Universität, bei der Berliner Studentenschaft und den Berliner Professoren zu beseitigen. Wenn uns das nicht gelingt, dann gelingt uns auch nicht die Säuberung der Verhältnisse in Berlin. Davon dürfen Sie überzeugt sein.

Stingl: Herr Bundeskanzler! Ich bin dennoch anderer Meinung. Diese anderen Dinge spielen auch eine große Rolle. Ich habe gerade in dieser Woche mit sehr vielen Leuten zusammengesessen. Viele sagen, ich muß jetzt mein Geld herausnehmen, weil ich nicht weiß, wie ich drankomme. Es ist auch so – was Amrehn gesagt hat –, daß die Söhne von Leuten, die immer draußen waren, draußen bleiben, weil sie sagen, wo haben wir denn eine Garantie. Im übrigen wird aber auf die „Nadelstiche“ in Berlin überhaupt nicht reagiert. Auch das spielt eine Rolle, Herr Bundeskanzler.

Ich bestreite gar nicht, daß die Verhältnisse an der Universität mit ein Grund sind, aber wenn man in einem solchen Falle nicht weiß, wo der Arzt sitzt, der helfen kann, dann ist die Sache auch verfehlt. Wir müssen also von draußen die Hilfe und die Reaktion auf das haben, was dort passiert. Herr Bundeskanzler, warum reagiert man denn nicht?

Kiesinger: Wie soll man denn reagieren? (*Stingl:* Bei Herrn Schütz und Herrn Sölle z. B.) Natürlich, aber daß Herr Sölle da war, habe ich erst post festum erfahren. Man kann das natürlich machen, nur darf man nicht glauben, daß das die geringste Wirkung hätte.

Amrehn: Herr Scheufelen hat gefragt, ob die CDU in Berlin eine Alternative bieten könnte. Das ist natürlich sehr schwer in einer Zeit, in der die Sozialdemokratie im Parlament noch 56% der Sitze innehat, politisch eine neue Möglichkeit anzubieten, weil sie durch das Parlament gedeckt werden müßte. Zu dem Punkt also Stellung zu nehmen, fällt mir natürlich besonders schwer. Bisher habe ich selber es jedenfalls versucht, das zu tun. Ich kann hinzufügen, ich glaube ganz sicher, daß die CDU auch heute schon imstande wäre, einen besseren Senat zu bilden, als die SPD ihn gebildet hat. Das heißt aber noch nicht, daß wir die Mehrheit hätten. Wir müssen aber von den Mehrheitsverhältnissen ausgehen. Die Forderung nach Neuwahlen, die zweimal erhoben worden ist,

ist einfach zurückgewiesen worden von den Sozialdemokraten. Sie können ja auch im Grunde gar nicht anders.

Meine Freunde! Der eigentliche Einbruch in die gesamte Berliner Situation hätte sein können und sein müssen der Bau der Berliner Mauer. Wir waren da in einer ganz ernstesten Sorge und haben monatelang eine Krise durchgemacht, ob die Moral der Berliner durchhalten würde. Es sind viele Leute weggegangen. Es hat dort im Frühjahr 1962 freie Wohnungen gegeben. Viele sind aber dann wiedergekommen. Wir haben es damals geschafft.

Ich habe vorhin Zahlen genannt, Herr Bundeskanzler. In den folgenden Jahren hat eine solche Zuwanderung nach Berlin stattgefunden, daß allein der Wanderungsüberschuß aus der Bundesrepublik in den Jahren 1964 und 1965 jeweils 25.000 betragen hat. Aber seit 2½ Jahren geht es rapide abwärts mit einer umgekehrten Zahl der Abwanderung. Ich spreche jetzt nicht von der Altersstruktur. Daß wir hier auch viel verlieren, spielt natürlich eine entscheidende Rolle.

In dieser ganzen Entwicklung spielt die Psychologie eine wichtige Rolle; es sind nicht unbedingt immer die Tatsachen. Ein schrecklicher Einbruch der Psychologie war seinerzeit auch das Verbluten von Peter Fechter¹⁰⁴ an der Mauer, ohne daß die Amerikaner eingegriffen haben. Das hat im Sommer 1962 einen Schock gegeben. Ich halte dieses Datum immer fest, weil an diesem Tag der Albertz innerlich zusammengebrochen ist. Er war Innensenator und hat nicht helfen können. Er kam damals zu mir gelaufen und machte sich die schlimmsten Vorwürfe, daß er nicht selbst über die Mauer gestiegen ist. Er war da, ist aber zu spät gekommen. Der Mann war schon abtransportiert.

Aber das ist der Tag, Herr Bundeskanzler, an dem Albertz seine politische Fahne ganz woanders aufgepflanzt hat. Vielleicht erinnern Sie sich daran, daß ich bei Ihrem Amtsantritt etwas vor Albertz gewarnt habe. Ich habe es einfach nicht verstanden, daß Sie ihm noch den Rücken gestärkt haben, als er bereits am Kippen war. (*Kiesinger*: Das war nicht für ihn persönlich!) Ich verstehe, daß man nicht in dieser Situation weiter abrutschen wollte.

Schütz hat sich eine Jacke angezogen, die für ihn zu groß ist und wahrscheinlich von vornherein von denen, die ihn beurteilen konnten, für zu groß gehalten wurde. Er hat in dem halben Jahr, in dem er nun im Amt ist, nicht den notwendigen Kontakt zur Bevölkerung gefunden. Er hat auch rein rednerisch – was in Berlin so unendlich wichtig ist – nicht die Sprache, um die Menschen zusammenzuführen und zu begeistern. Seine Rede am 1. Mai ist doch eher deprimierend gewesen in der Wirkung, nicht in dem, was er gesagt hat, sondern in der rhetorisch unvollkommenen Wirkung in einer Manier, die modern sein soll, die aber weder im Rundfunk noch in einer öffentlichen Versammlung ankommt.

Nun waren wir bemüht, Herr Bundeskanzler – weil das Berliner Mai-Komitee und die Sozialdemokraten der Meinung waren, Sie sollten kommen, obwohl Sie im vorigen

104 Der Bauarbeiter Peter Fechter (geb. 14. Januar 1944) verblutete am 17. August 1962 an der Berliner Mauer, nachdem er bei einem Fluchtversuch von DDR-Grenzsoldaten angeschossen worden war.

Jahr da waren –, Sie zu bitten. Dann ist mir gesagt worden, Sie seien dazu nicht bereit. (*Kiesinger*: Nein, ich hatte Bedenken.) Ich habe mitteilen lassen: Sonst wird Brandt gebeten. Dann wurde mir gesagt: Brandt wird in diesem Jahr nicht kommen. Er ist dann aber gekommen. Vielleicht hatte er noch die stärkste Wirkung bei den Berlinern. Aber er ist nur geholt worden, weil der Regierende Bürgermeister es mit seiner Person und seiner Autorität nicht schaffte. Die Kundgebung wäre ohne Brandt – ohne jetzt Katzer zu nahe zu treten, der ja mehr von seinem Ressort gesprochen hat¹⁰⁵ – auch inhaltlich und innerlich nicht so verlaufen.

Herr Bundeskanzler! Eine zweite Sache noch! Am 17. Juni beabsichtigt dieses Berlin nicht mehr, eine öffentliche Kundgebung zu veranstalten. Vor dem Rathaus Schöneberg hat immer ein Mann des Bundes gesprochen. Der Senat hat sich entschlossen, in diesem Jahr die Kundgebung nicht mehr zu machen. Freund Lemmer hat vorhin genauere Zahlen, als ich sie hatte, genannt. Am 1. Mai waren vor dem Reichstag noch 70.000 Menschen; auf der kommunistischen Kundgebung waren es 30.000. Wir hatten schon früher vor dem Rathaus am 17. Juni viel weniger Menschen.

Die Opposition und die Kommunisten würden heute eine solche Kundgebung nicht nur stören, sondern auch aufliegen lassen. Wir gehen also jetzt ins Abgeordnetenhaus. Ich bin von meinen Freunden zunächst, ohne daß ich es dem Senat bisher vorgeschlagen habe, gefragt worden, ob Sie neben Schütz oder vielleicht allein vor dem Abgeordnetenhaus sprechen würden am 17. Juni. Ich bitte Sie, sich das einmal durch den Kopf gehen zu lassen. Sie hätten ja sonst am 17. Juni von Amts wegen im Bundestag gesprochen.¹⁰⁶ Mir ist gesagt worden, in diesem Jahr finde auch diese Bundestagsitzung nicht mehr statt. Ich wäre dankbar, wenn ich dazu bald einen Bescheid bekommen könnte, weil man sonst noch jemand aus dem Bund bitten will; vielleicht Carlo Schmid¹⁰⁷.

Ich unterstreiche, Herr Bundeskanzler, daß der Beginn der inneren Verwirrung Berlins und besonders der SPD an dem Tag liegt, an dem Brandt vor dem Abgeordnetenhaus erklärt hat, mit der ersten Passierscheinvereinbarung sei nun der Durchbruch zu einer neuen Politik mit ganz neuen Aspekten gelungen. Wir haben das immer sehr bezweifelt. Man kann die Frage stellen, was ist trotz aller westlichen Konzeption daraus geworden? Seit zwei Jahren gibt es auch keine Passierscheine mehr.

Da liegt der Beginn der inneren Verwirrung der Berliner Bevölkerung und der Aufstieg derjenigen Kräfte in der SPD, die nun gemeint haben, man könne mit Pankow zu besseren Arrangements für West-Berlin kommen als mit Bonn. Das ist auch die innere

105 Am 1. Mai 1968 fand auf dem Berliner Platz der Republik eine Kundgebung statt, auf der Willy Brandt sprach, vgl. BULLETIN Nr. 54 vom 4. Mai 1968 S. 441 f.

106 Kiesinger hielt am 17. Juni 1968 eine Rundfunk- und Fernsehansprache, vgl. BULLETIN Nr. 79 vom 19. Juni 1968 S. 633 f.

107 Prof. Dr. Carlo Schmid (1896–1979), Jurist und Hochschullehrer; 1946 SPD, 1946–1953 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Tübingen, 1947–1973 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1948/49 MdPR, 1949–1972 MdB (1949–1966 und 1969–1972 Vizepräsident des Deutschen Bundestags), 1958–1970 Mitglied im Parteipräsidium, 1966–1969 Minister für die Angelegenheiten des Bundesrats und der Länder, 1969–1979 Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit. Vgl. KEMPF/MERZ S. 591–595.

Triebfeder im Republikanischen Club. Der Präsident ist bei der SED.¹⁰⁸ Beide haben sich nunmehr zur Zusammenarbeit entschlossen, und zwar von Fall zu Fall. Ich habe vorhin erwähnt, daß die gestern gewählte Vorsitzende des AStA der Freien Universität vor ihrer Wahl erklärt hat, sie erstrebe eine Zusammenarbeit mit der SED in der Stadt.

Das ist die Situation, in der sich die Bevölkerung solche Sachen gefallen läßt und die Studentenschaft, die mit ihrer ganz großen Mehrheit weder den Kommunisten noch dem Republikanischen Club zuneigt, sich in dieser riesigen Mehrheit dennoch nicht zu Aktionen entschließt. Wir haben im RCDS 120 Mitglieder; davon sind 18 aktiv. Und von diesen 18 sind zwölf Leute, von denen ich nicht weiß, ob sie uns eingeschleust sind, die Beschlüsse fassen, die Oder-Neiße-Linie und das Pankow-Regime anzuerkennen. Der Runge¹⁰⁹ hat nun auch die Zusammenarbeit mit der SED proklamiert. Das sind RCDS-Leute, denen ich nicht attestieren kann, daß sie zu uns gehören. (*Kiesinger*: Ich bin fest davon überzeugt, daß im RCDS eine ganze Reihe von Leuten eingeschleust sind. – *Unruhe und Bewegung*.) Nun ist die Frage, was soll geschehen, Herr Bundeskanzler? Ich sage noch einmal, manche Dinge sind in erster Linie mehr eine Sache der Psychologie als der Fakten. An dem Tag, an dem verfügt wurde, Bundesbeamte dürfen nicht mehr über die Landstraße reisen, hätte beispielsweise gesagt werden können, von diesem Tage an wird für die Dauer der Maßnahme in Bonn immer ein Flugzeug bereitstehen, um Bundesbeamte zu transportieren; d. h. natürlich, daß sie bei der BEA¹¹⁰ auch buchen können. Die Bekanntgabe einer Maßnahme, ein Flugzeug steht ständig bereit für den Transport, hat nichts anderes als psychologische Wirkung. Wir haben es auch schon probiert und praktisch durchgeführt, als einmal eine Sperre für Kirchentagsbesucher errichtet wurde.

Wir haben gesagt: Sonderdienst von Hannover. – Wir haben die Leute mit dem Bus von Helmstedt nach Hannover gebracht. Die Wirkung lag nicht nur in der Tatsache, daß sie reisen konnten, sondern auch darin, daß hier etwas geschehen war. Das ist jetzt einfach unterblieben. Die Alliierten sind ihrerseits zu der einen oder anderen Maßnahme bereit; beispielsweise auch dazu, die Reisesperre wieder zu verhängen, wie sie schon im vergangenen Jahr gegolten hat für kommunistische Funktionäre ins westliche Aus-

108 Gegründet wurde der Republikanische Club am 30. April 1967. Gründungsmitglieder waren: Johannes Agnoli, William Borm, Ossip K. Flechtheim, Hans Magnus Enzensberger, Wilfried Gottschalch, Ekkehart Krippendorff, Klaus Meschkat, Nikolaus Neumann, Wolfgang Neuss, Lothar Pinkall und Manfred Rexin, Präsident wurde Klaus Meschkat. Vgl. KRAUSHAAR S. 226.

109 Jürgen-Bernd Runge, Diplom-Politologe; 1960–1969 (Austritt) JU (ACDP 04–064–051), als Vorsitzender des RCDS Berlin abgewählt; 1975 Mitarbeiter von William Borm, nach 1990 PDS. – Vgl. die Beschlüsse des RCDS zur Deutschlandpolitik in Ring Christlich-Demokratischer Studenten: 18. ordentliche Bundesdelegierten-Versammlung. 28. Februar–3. März 1968 Königswinter (ACDP Dokumentation 9/936). Vgl. auch „Welt“ vom 12. März 1968 „CDU-Studenten lösen sich von den Rockschoßen“; „Frankfurter Rundschau“ vom 5. März 1968 „CDU-Studenten gehen eigenen Weg“.

110 Abkürzung für British European Airways.

land. Die Aufhebung dieser Sperre ist ja eine Maßnahme in der Richtung der Entspannung gewesen.

Dazu sagte mir der führende Amerikaner in Berlin: Wir konnten das nicht in dem Augenblick diskutieren und als Vorschlag annehmen, als Herr Sölle, obwohl er abge sagt hatte, nach der Zurückweisung von Schütz hereingelassen und sogar in Helmstedt abgeholt wurde. – Das sagte mir der Mann, der auch das Gefühl hat, daß mindestens psychologisch mit der Zurückweisung von Sölle etwas hätte geschehen können.

Das bringt mich dazu, folgendes zu sagen, Herr Bundeskanzler. Ich habe noch unter Ihren beiden Vorgängern immer wieder gesagt, wie notwendig es sei, eine Art Generalstab für alle diese Fragen zu haben und Mittel bereitzustellen und Maßnahmen vorzusehen, die in einer solchen Situation von heute auf morgen anwendbar sind. Es ist zu einer solchen planmäßigen Zusammenarbeit der zuständigen Stellen nicht gekommen. Auch das Amt für gesamtdeutsche Fragen ist nicht zustande gekommen. Ein solches Gremium sollte ad hoc zusammen gerufen werden, wenn eine akute Frage behandelt werden muß.

Ich habe eben die Flugpreiszuschüsse für Berlin erwähnt. Sie zu diskutieren, erscheint uns weltfremd angesichts gewisser Sperrren auf der Straße, oder jetzt die Frage der Umsatzsteuer zu erörtern. Das ist auch eine wichtige Frage, aber nicht die eigentliche politische Frage.

Sie sagten vorher – was ich gar nicht weiß –, daß Ihnen in diesen Tagen eine neue Ausarbeitung über neue wirtschaftliche Maßnahmen vorgelegt werde. Hoffentlich bezieht sie sich nicht nur auf Details, sondern auch auf Fragen der Gestaltung der Umsatzsteuer, der Mehrwertsteuer usw. Ich bin der Meinung – das habe ich schon oft gesagt –, daß natürlich mit den Stellen der Bundesministerien, aber zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie, mit den Unternehmern, hier etwas geschehen muß. (*Kiesinger*: Das ist ja der Fall!) Ich bin erstaunt, das zu hören. Mir ist gesagt worden, es liefe nichts dergleichen. Herr König hat noch vor wenigen Tagen gesagt, es fehle überhaupt an einem Konzept für solche Sachen und Aufgaben. Aber wenn das da ist, Herr Bundeskanzler, dann ist damit wenigstens ein Anfang gemacht, der vielleicht auch hoffen läßt, daß es in der deutschen Wirtschaft und in der Industrie zu Solidaritätsaktionen kommt, die nicht dem einzelnen das Risiko aufbürden, in Berlin zu investieren.

Ich habe eben die Zahlen zusammengestellt. Von 1958 bis 1966 gibt es im Bund 2.515 neue industrielle Niederlassungen, in Berlin sind es nur 75, und das am Hauptplatz deutscher Industrie! Hier meine ich, daß die wirtschaftlichen Vorteile ausreichen, daß eine Gesamtverantwortung der deutschen Wirtschaft – wenigstens der Industrie – es ermöglichen könnte und in der Lage sein müßte, die Investitionen stärker fortzusetzen, als dies in den letzten beiden Jahren der Fall gewesen ist, und dann auch für die Arbeitsplätze zu sorgen, die so attraktiv sein müssen, daß die Leute nicht weggehen. Das Ganze hat zwei Ursachen: daß die Plätze nicht genügend attraktiv sind und zum anderen, daß die Gesamtsituation immer wieder zu einer gewissen Abwanderung verleitet. Und dann folgt Betrieb um Betrieb – bei seiner Entscheidung auf sich gestellt – dem

Zug nach dem Westen, anstatt daß versucht wird, das durch eine Solidaritätsaktion aufzuhalten.

So ist z. B. eine öffentliche Körperschaft mit 600 Leuten nach Wiesbaden gegangen – nämlich die Deutsche Beamtenversicherung – mit der Begründung, sie hätte nur westdeutsche Eisenbahnversicherungen. Sie betreibt nun von Wiesbaden aus für Berlin das Versicherungsgeschäft, wie es auch die Allianz betreibt, so daß sie also gewissermaßen hier eine Gegenaktion unternommen hat.

Wenn aber zustande kommt, Herr Bundeskanzler, daß im wirtschaftlichen Bereich neue Investitionen möglich gemacht und damit die Menschen mehr an ihren Arbeitsplätzen festgehalten werden, wenn dazu kommt, daß auf kulturellem Gebiet einiges geschieht, auch in den Fragen der Forschung und der Universität, dann finden wir einen Ansatzpunkt, um eine Situation aufzuhalten, die Sie vielleicht noch deutlicher als ich charakterisiert haben.

Es ist inzwischen viel Zeit vergangen, ohne daß etwas geschehen ist. Gerade die Große Koalition hat die Zeit ihres bisherigen Bestehens nicht benutzt, um dort das Notwendige in Gang zu setzen, was der Senat allein nicht schaffen kann. Die Frage, die Freund Scheufelen stellte, nämlich: Wer kann dort etwas machen, ist ja nur ein Hinweis darauf, daß Berlin an unternehmerischen und – wenn Sie wollen – auch an politischen Persönlichkeiten ausgeblutet ist. Und heute wird im Senat Wirtschaftspolitik von einem Manne gemacht, der dazu nicht von vornherein unbedingt die beste Befähigung mitbringt, obwohl er fast noch der Beste im Senat ist, der Dr. König. Es ist so, daß er sich nicht mehr auf Ratgeber stützen kann, so daß wir einfach angewiesen sind auf den sachverständigen Rat von unternehmerischen Persönlichkeiten aus dem ganzen Bundesgebiet, die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Stärkung Berlins zusammen mit der Bundesregierung überlegen müssen.

Wir haben nicht mehr die Kräfte mit dem Erfindungsgeist und mit der Erfahrung, um solche Dinge planerisch vorlegen zu können. Das ist wahrscheinlich die Schwäche des Senats, die auch die Bundesregierung nicht veranlaßt hat, nun ihrerseits Ja zu sagen zu bestimmten Vorschlägen. Es liegt in der Verantwortung der Bundesregierung, hier die Initiative zu ergreifen. Ich war schon früher der Meinung, daß es dafür einen Mann geben muß. Die Industrie- und Handelskammer hat hierfür sogar einmal einen Bundesminister vorgeschlagen. Es sollte ein Mann verantwortlich mit dieser Aufgabe betraut werden, natürlich auch mit der Möglichkeit, die Ressort-Egoismen zu überwinden. Das spielt auch hierbei eine große Rolle.

Ich habe über diese Dinge vor sieben Monaten eindringlich mit Herrn Wehner gesprochen. Er ist ja eigentlich der zuständige Mann, der einen Berlin-Minister nicht zuläßt und dennoch auch nicht damit einverstanden war, daß andere Kompetenzverteilungen zustande kommen. Aber ich meine, daß mit gemeinsamen Anstrengungen es noch möglich ist, das aufzuhalten und damit Dinge zu stoppen, die sonst lawinenartig ihre schrecklichen Folgen haben werden. (*Lebhafte Bewegung.*)

Scheufelen: Die Situation ist offenbar die, daß die SPD ihre Stellung in Berlin verloren hat. Nun muß der Bevölkerung gezeigt werden, daß eine andere Partei da ist, die

sich bemüht, die Führung zu übernehmen. Ich habe heute morgen von einer Staatsverdrossenheit in der Bundesrepublik gesprochen. (*Lebhafte Unruhe.*) Es besteht für unsere Freunde in Berlin die Notwendigkeit, zum Berliner Senat, zur SPD, knallharte Alternativen zu setzen.

Amrehn: Aber, lieber Freund Scheufelen, das tun wir seit Jahren. Sie tun unserer Fraktion Unrecht. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf, weil Sie keinen anderen Eindruck gewinnen können. Wir werden jetzt unter dem neuen Intendanten Barsig¹¹¹ erstmals erreichen, daß wir – wie der Regierende Bürgermeister – ein paar Minuten Sendezeit im Fernsehen bekommen. Das verdanken wir übrigens nicht Herrn Barsig von der SPD, sondern Herrn Meschkat und der Republikanischen Vereinigung; weil die das gefordert haben, kriegen wir das wahrscheinlich jetzt zugestanden.

Scheufelen: Hier müßte ein Ansatzpunkt sein, daß man der SPD sagt: Ihr müßt doch zugeben, in Berlin seid ihr nicht mehr in der Lage, die Dinge zu bewältigen. Gleichzeitig verhindert ihr, daß die parlamentarische demokratische Institution in Berlin sichtbar gemacht wird. – Es ist so, keiner tut etwas, und die CDU – das ist zumindest der Eindruck bei der Bevölkerung – tut auch nichts. Sie bietet keine Alternativen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.* – *Amrehn:* Für mich ist das, was Sie heute sagen, mindestens nach dem letzten halben Jahr geradezu überraschend.) Na gut, die CDU tut etwas, aber offensichtlich kommt es nicht zum Bewußtsein der Bevölkerung; vielleicht deshalb, weil die entsprechenden Massenkommunikationsmittel fehlen. (*Anhaltende Unruhe.* – *Amrehn:* Das sagte ich doch!)

Kiesinger: In Berlin ist doch die Springer-Presse dominierend! (*Amrehn:* Die hilft auch! – *Lemmer:* Ohne die Springer-Presse wäre es längst aus! – *Scheufelen:* Warum kann sich die CDU mit Hilfe der Springer-Presse in Berlin nicht sichtbar machen? – *Anhaltende Unruhe.* – *Amrehn:* Ich bin sogar davon überzeugt – soweit ist es schon –, daß, wenn heute Wahlen in Berlin wären, die Chancen für die CDU ganz beträchtlich wären.)

Stingl: In Berlin wird von den gehobenen Schichten der „Tagesspiegel“ gelesen. Und das ist die eigentliche Crux. Das ist ein ganz übles Blatt geworden. Und die finanzieren wir auch noch! (*Zuruf:* Den „Tagesspiegel“ nicht mehr! – *Unruhe.*) Die Schicht der Wirtschaftler, der Rechtsanwälte usw. liest in Berlin den „Tagesspiegel“. Der hat eine liberalistische Linkspolitik eingeschlagen, die nicht mehr erträglich ist.

Aber nun, Herr Bundeskanzler, etwas anderes! Wir sind jetzt hier nur noch zu vier Baden-Württembergern und drei Berlinern. Das muß doch einmal gesagt werden. (*Unruhe.*)

Kiesinger: Ich bin gekommen, weil die Berliner Sache auf der Tagesordnung steht. Die Erörterungen waren auch gut. Nur kann und darf der Bundesvorstand nicht in dieser entsetzlichen Weise immer mehr abbröckeln! (*Amrehn:* Als Sie vorhin gegangen sind, Herr Bundeskanzler, habe ich meinem Unmut nachdrücklich Ausdruck gegeben

111 Franz Barsig (1924–1988), Redakteur; ab 1948 Redakteur beim SPD-Parteiorgan „Vorwärts“, 1954–1958 Pressereferent der SPD-Bundestagsfraktion, 1958–1965 Sprecher des SPD-Parteivorstands, 1968–1978 Intendant des Sender Freies Berlin, 1978–1988 freier Journalist.

wegen der mehrmaligen Verlegung der Bundesvorstandssitzung. Es ist zwar heute Bundesstagssitzung, aber dann müßte man hier die Möglichkeit vorsehen, auch bis zum Abend zu tagen. – *Unruhe.*) Aber Sie sehen doch, was hier noch los ist! Ich mußte weg wegen des offiziellen Besuches. Es sind ja keine Leute mehr hier. (*Amrehn*: Herr Bundeskanzler, wenn von vornherein klar ist, daß an dem betreffenden Tage die und die Punkte abgehandelt werden ...) Entschuldigen Sie, diese Abbröckelung ist hier doch immer so. Das ist eine uralte Geschichte. Das muß man sagen, wenn der Bundesvorstand das nächste Mal zusammen ist.

Es ist so, der Tag hat auch für den Bundeskanzler nur 24 Stunden. Wenn nun diese wichtige Debatte stattfindet, muß der Bundeskanzler selbstverständlich dabeisein. Und wenn dann ein Regierungsbesucher kommt, und zwar auf Einladung des Bundeskanzlers, dann muß ich mich dem auch einmal widmen. Der Besuch ist ein paarmal verlegt worden. Dieses Mal ist er nicht verlegt worden. Jetzt müssen wir das auch einhalten. Das ist eine höhere Gewalt. Aber das hindert doch den Bundesvorstand nicht, darüber zu sprechen. Und wenn ich eine Zeitlang nicht dabei bin, so werde ich doch davon unterrichtet.

Die Hauptsache ist doch, daß der Bundesvorstand selber die Sitzung durchhält. Aber Sie sehen ja doch, wie es hier nun ist!

Heck: Herr Bundeskanzler! Ich glaube, man kann jetzt zum Abschluß mit dieser Aussprache kommen. Ich habe noch einen Vorschlag zu machen. Wir haben eigens eine Kommission gebildet, die Vorschläge ausarbeiten soll. Man sollte diese Kommission jetzt wirklich ansetzen, so daß im Präsidium eine Vorlage mit konkreten Dingen beraten werden kann. Es gibt eine Summe von konkreten Sachen, die getan werden müssen. Wir sollten in dieser Richtung weitermachen. (*Amrehn*: Horten hat auch eine Berlin-Initiative ausgearbeitet.¹¹² – *Stingl*: Wir sind aber nicht dazu gekommen, etwas zu tun. Wir müssen das von der Partei aus machen, Bruno!) Das ist immer so ein Konkurrenzunternehmen. Das wird von der Fraktion gemacht; dann liegt es ein halbes Jahr da. Ich bin überzeugt, in dem Augenblick, wo ich einlade, wird der Fraktionskreis schnell zusammentreten. Das ist doch alles politisch so kindisch! (*Stingl*: Das ist lächerlich! – *Unruhe.*)

Kiesinger: Die entscheidende Sache ist die Stärkung der Wirtschaftskraft. Der Bundesverband der Deutschen Industrie war zu sehr großen Dingen bereit, aber das hat sich inzwischen durch die Ereignisse abgekühlt.

Ich komme immer wieder auf die Pestbeule zurück. Durch diese Ereignisse ist die Bereitschaft der Unternehmer für Berlin plötzlich sehr stark zurückgegangen. Ich habe von mir aus noch einmal die Initiative ergriffen und an die zuständigen Kollegen im Ka-

112 Am 11. Juli 1966 war nach Beschluß des CDU-Präsidiums vom 1. Juli 1968 eine Kommission für gesamtdeutsche Fragen unter Vorsitz von Amrehn zusammengetreten (Mitglieder: Gradl, Marx, Thedieck, Dübel, von Lojewski, Stingl, von Eckardt, Lemmer und Klepsch), zu der auch Horten dazugezogen werden sollte (Heck an Amrehn vom 16. Mai 1968; Amrehn an Heck vom 21. Mai 1968 mit längeren Ausführungen zum Berlin-Problem, ACDP 01–295–018/4).

binett, an den Wirtschaftsminister, den Finanzminister, den Minister für gesamtdeutsche Fragen und Herrn Schmücker einen Brief geschrieben, die Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu stärken:

„Die Wirtschaftskraft Berlins hat durch die Entwicklung in den letzten Monaten an Bedeutung und Dringlichkeit gewonnen. Die Errichtung zusätzlicher Fabrikationsstätten in Berlin ist durch die jüngsten Ereignisse sicherlich nicht erleichtert worden. Um so mehr muß die Bundesregierung darauf vorbereitet sein, die Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie durch eigene Maßnahmen zu unterstützen und auch zu ergänzen. Die Überlegungen, die in diesem Zusammenhang anzustellen sind, sind Ihnen in meinem Auftrag vom Herrn Kollegen Wehner in einem Gespräch am 27. Oktober 1967 dargelegt worden. Ich selbst habe die Absicht, alsbald den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie mit einigen Herren des Präsidiums zu empfangen, um mich über den neuesten Stand der Bemühungen unterrichten zu lassen.“

Ich habe gestern abend mit Präsident Berg gesprochen; da ist tatsächlich ein Stillstand eingetreten.

Dabei möchte ich zugleich erörtern, in welcher Weise die Bundesregierung zusätzliche Hilfe leisten kann. An diesem Gespräch müßten auch die beteiligten Ressortminister teilnehmen. Wir werden außerdem einige führende Persönlichkeiten aus dem Kreise der Großbanken hinzuziehen. Ich möchte Sie bitten, das hier vorgesehene Gespräch durch die Staatssekretäre der zuständigen Ressorts – unter der Federführung des Bundesministers für Wirtschaft – vorbereiten zu lassen, und den Bundesbevollmächtigten für Berlin zu beteiligen.

Das ist also das, was jetzt vorbereitet wird. Das soll so gemacht werden: Zuerst kommt der Regierende Bürgermeister zu mir. Dann erfolgt die Sitzung. Ich kann nur hoffen, daß es mir gelingen wird, die Herren von der Industrie trotz dieser abschreckenden Wirkung der Unruhen in Berlin bei der Stange zu halten. Da ist wirklich sehr guter Wille vorhanden. Ich habe mehrere Unterredungen gehabt mit Berg, Falke¹¹³, Schneider¹¹⁴ usw. Sie sind alle bereit, das Ihre zu tun.

Nun muß man sie dazu bringen, daß sie es trotz der Unruhen tun. Und das ist von einem Unternehmer sehr viel verlangt.

Es ist schwer abzuschätzen, was die Sowjets vorhaben. Es gab eine Zeit, wo man den Eindruck hatte, die Pankower drängen, aber die Russen wollen nicht so recht. Noch bei der letzten Initiative der Sowjets habe ich Zarapkin unsere Antwort übergeben¹¹⁵, die Sie kennen, die klar und fest war. Ich habe sie ihm erläutert. Er hat natürlich alle möglichen Fisimatentchen zu machen versucht. Als ich ihm das alles klargemacht hatte, sagte

113 Albert Falke (geb. 1922), Fabrikant; 1948 CDU, 1962–1970 MdL Nordrhein-Westfalen, 1965–1969 Vorsitzender des Bundes katholischer Unternehmer.

114 Dr. Ernst Schneider (1900–1977), Diplom-Kaufmann; 1949–1968 Präsident der IHK Düsseldorf, 1963–1969 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags.

115 Kiesinger übergab am 1. März 1968 die Antwort-Note der Bundesregierung auf die sowjetische Note vom 6. Januar zum Status von Berlin, vgl. AAPD 1968 Nr. 75.

ich ihm: Sie schreiben in Ihrem eigenen Papier, daß Sie durch die Berlin-Frage das Verhältnis unserer beiden Länder nicht belasten wollen.

Das war der versöhnliche Satz, woraus man schließen konnte, daß unter vernünftigen Menschen das eine oder andere geregelt werden kann. Wir wollen vor allem die Wirtschaftskraft Berlins stärken. Den Rechtsstandpunkt kennen Sie. Ich sagte ihm dann weiter: Wenn Sie beanstanden, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin nun Bundesratspräsident geworden ist, nun, das kommt erst in zehn Jahren wieder in Frage. Lassen wir diesen Fall beiseite. Darüber will ich gar nicht mit Ihnen streiten. Sie sagen, die Sitzungen des Verteidigungsausschusses in Berlin stören Sie. Nun gut, wenn Sie mir sagen, daß Sie uns keine Schwierigkeiten auf anderen Gebieten machen, wenn Sie also praktisch im Sinne dieses Satzes handeln, dann würde ich mich dafür einsetzen, daß keine Sitzungen des Verteidigungsausschusses mehr in Berlin stattfinden. Wir wollen keinen Status verändern. Wir wollen auch nicht provozieren. Aber wir müssen auf unserem Rechtsstandpunkt bleiben.

Ich deutete ihm dann so ein bißchen an, daß ich das Gefühl hätte, daß es dort Leute gebe, die ein bißchen hetzten. Ich hatte jedenfalls das Gefühl, daß er ganz befriedigt von dannen ging, trotz der scharfen Kontroverse, die wir vorher hatten.

Nun will uns die Sowjetunion auf die Knie zwingen. Das ist ihr Ziel. Sie will uns nicht nur die Wiedervereinigung verweigern, sondern sie will auch einen Schritt nach vorn tun. (*Lemmer*: Genauso ist es!) Wir sollen in eine Paria-Position gedrängt werden mit einem ständigen Interventionsrecht der Sieger, d. h. in diesem Falle der Sowjetunion. Und da ist Berlin der erste Ansatzpunkt. Deswegen überlegen wir uns sehr genau, was wir tun. Wir tasten erst mal ab, wozu unsere Verbündeten bereit sind. Das Wort „Berlin lebt vom Kalten Krieg“ ist ein Zeichen dafür, was wirklich los ist.

Die Amerikaner raten uns zu einer festen Haltung gegenüber diesen Dingen. Wenn man sie dann hinterher fragt, was tut ihr denn, dann sagen sie, wir können nicht sehr viel tun. Die Amerikaner sind sehr darüber besorgt, daß sich an Berlin irgend etwas entzünden könnte. Sie wollen wegen Vietnam nicht noch einen anderen Krisenherd haben, den sie jetzt nicht mehr so gut verkraften würden wie in früheren Jahren. Trotzdem sind sie hier immer noch die energischsten. Die Franzosen sind viel lauer in diesem Zusammenhang. Zunächst machen sie immer mit, aber höchst ungerne. Man merkt, es ist ihnen ein Ärgernis. Das kommt natürlich auch hinzu.

Nun kommen diese ganzen Aufweichungen in Berlin. Es erscheint so, als ob Berlin wie eine reife Frucht den Russen in den Schoß fallen könnte. Berlin ist auch von innen her eine völlig desorganisierte Stadt. Deswegen sage ich, alles was wir tun können, müssen und wollen wir tun. Wir sind überrascht worden durch diese Ereignisse. Wir kriegen keine beträchtliche Hilfe von der deutschen Wirtschaft für Berlin, solange sie den Eindruck hat, das geht so weiter. Berlin wird immer mehr den Charakter eines mit einer ansteckenden Krankheit behafteten Menschen bekommen, den man isoliert hat.

Wir müssen alle zusammen versuchen, dieses Übel auszurotten. Das gilt auch für die Bundesrepublik selbst. (*Kohl*: Das werden Sie mit dem Regierenden Bürgermeister Schütz nicht schaffen!) An sich ist der Herr Schütz dazu bereit. Schütz ist kein feiger

Mann. Das kann man wirklich nicht sagen. Daß er als Redner nicht das Charisma eines Mannes wie Reuter¹¹⁶ oder auch wie Brandt hat, das ist klar. Aber wir können ja keinen aus dem Boden stampfen.

Ich greife die Anregung unseres Freundes Amrehn auf. Wir müssen so etwas wie einen ständigen Bereitschaftsstab schaffen, bei dem ein Mann die unmittelbare Verantwortung trägt, der bei den entsprechenden Situationen sofort die Dinge analysiert und seine Vorschläge macht, so daß das Kabinett dann handeln kann. Der gesamtdeutsche Ausschuß reicht nicht dazu aus. Das ist ein viel zu schwerfälliger Apparat. Das ist das eine.

Wir sollten dann – und das scheint mir das Wichtigste zu sein – überlegen, was wir tun können, um dieses universitäre Übel in Berlin zu beseitigen. Entweder werden wir Mittel finden – dann werden wir sie auch anwenden, auch wenn es zunächst vielleicht noch größere Unruhen gibt; aber dann muß man durchstoßen –, oder wir stellen fest, daß wir resignieren. Aber das wäre eine ganz böse Sache. Dann könnten wir nur hoffen, daß sich die Sache von selber verläuft. Aber das glaube ich nicht.

Ich glaube noch immer, daß es eine gute Sache gewesen wäre – das wäre vor allem eine Sache der SPD in Berlin gewesen –, wenn man Gegenkräfte organisiert hätte, nicht nur an der Universität selbst, sondern auch in der Bevölkerung. So eine große Demonstration à la Reuter,¹¹⁷ wie man sie organisiert hat, kann mal gut sein, aber was wirklich notwendig wäre, wäre doch, daß die Bevölkerung unmittelbar mobilisiert wird. Ich denke jetzt natürlich nicht an die Provozierung einer Art von Bürgerkrieg in Berlin. Aber Sie dürfen davon überzeugt sein, das sind keine sehr mutigen Leute. Die machen Krawall – das ist immer dasselbe – und wenden Gewalt an, solange sie glauben, dies ohne Gefahr tun zu können.

Geen die Polizei sind sie noch frech, weil sie glauben, daß ihnen das propagandistische Vorteile bringt. Wenn aber aus der Bevölkerung – Arbeiter oder andere – wirklicher Widerstand kommt und die Leute entsprechend auftreten, dann sind sie feige. Da dürfen wir unserer verfluchten Presse nicht folgen, die den Bürgerkrieg an die Wand malt. Hier werden doch Millionen von Menschen terrorisiert von ein paar Burschen!

Ich sage Ihnen ganz offen, wenn denen mal die Jacke verhaun und vollgehauen würde, Sie glauben nicht, wie rasch es dann aufhörte! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

116 Ernst Reuter (1889–1953), 1912 SPD, 1920 Generalsekretär der KPD, 1922 Parteiausschluß und Rückkehr in die SPD, 1926–1931 Verkehrsdezernent in Berlin, 1931–1933 Oberbürgermeister in Magdeburg, 1932/33 MdR (SPD), Emigration in die Türkei, 1946 Verkehrsdezernent in Berlin, 1947 Wahl zum Oberbürgermeister, Ablehnung durch die sowjetische Militärregierung, 1948/49 MdPR, 1950–1953 Regierender Bürgermeister von Berlin.

117 Am 9. September 1948, auf dem Höhepunkt der Berlin-Blockade, rief Reuter auf einer Großdemonstration vor über 300.000 Menschen die Welt auf, Berlin nicht preiszugeben („Völker der Welt! Schaut auf diese Stadt ...“).

Meine Herren! Sie kennen doch die Sache in Holland, wo von ein paar Seekadetten den Burschen das Handwerk gelegt worden ist.¹¹⁸

Das ist also auch eine Sache der Bevölkerung. Und hier müssen sich die Parteien mit einsetzen. Nur weiß ich, daß die Berliner SPD dazu einfach wegen ihrer inneren Zerstrittenheit nicht in der Lage ist.

Amrehn: Ich hoffe, Herr Bundeskanzler, daß sich das Ende des Monats bei der SPD entscheiden wird. Der zweite Mann dort, der jetzige Bürgermeister Neubauer¹¹⁹, ist entschlossen, alle linken Leute aus dem Vorstand der SPD hinauszuerwerfen. (*Kiesinger:* Das ist ein guter Mann!) Auch Herr Schütz läßt sich da mit einspannen. Er hat auch schon Erklärungen abgegeben, daß er da mitmachen will. Man muß auch sehen, daß der Neubauer schon ansteht auf den Posten von Schütz. Aber zur Zeit halten sie zusammen, und Neubauer hat den Schütz für den Parteivorsitz vorgeschlagen.

In einer Sache würde ich bitten, eine Unterscheidung zu machen, Herr Bundeskanzler. Sie haben diesen Kreis benannt für das Verhältnis der westlichen Beziehungen zur Zone, und zwar für alle Bereiche, wie Interzonenhandel, Verkehr usw. Der Beauftragte, von dem Sie sprechen, müßte in diesem Kreis – oder vielleicht allein – die Aufgabe „Berlin“ bekommen. Das läuft auch bei Wehner deshalb schlecht, weil er für alles zuständig ist und damit praktisch in diesen Berlin-Fragen für nichts. Dann kommt Schiller und sagt, ich bin zuständig für die Wirtschaft. Und Leber sagt, ich bin für die Verkehrsfragen zuständig. Diese Dinge werden heute alle unabhängig voneinander behandelt.

Hier taucht nun die Frage auf, ob wir denn alles gegenüber der Zone getan haben, Herr Bundeskanzler: die Verpflichtung zur Rückzahlung des Saldos abzunehmen, eine zwingende Erhöhung bis zu einer Schuldenlast von 700 Mio. vorzunehmen, die Warenlisten zu erweitern und schließlich auch die Widerrufsklausel von vor einem halben Jahr zu beseitigen.¹²⁰ Die Begründung dafür lautete, sie ist nie angewendet worden.

Nun hat es seit 1960 nie einen Sachverhalt gegeben, bei dem die Widerrufsklausel anzuwenden gewesen wäre. Jetzt ist dieser Sachverhalt gegeben. Sie haben gefragt, was kann geschehen? Ich bin auch der Meinung, daß mit und ohne Widerrufsklausel ein Interzonentreuhänder sagen kann: Solange nicht dieser Güterverkehr wiederhergestellt ist, wird das und das nicht geschehen.

Kiesinger: Das ändert ja nichts. Ich habe mich die ganze Zeit gesperrt gegen die Vorschläge von Schiller, (*Amrehn:* Die ja nichts einbringen!) die nichts einbringen. Ich habe das immer wieder verhindert z. T.; z. T. habe ich sie hinausgeschoben, damit sie schließlich vom Tisch kamen. Alles konnte ich nicht verhindern. Aber das ändert ja nichts Entscheidendes an der Situation in Berlin.

118 Nicht ermittelt.

119 Kurt Neubauer (geb. 1922), Feinmechaniker; 1952–1963 MdB (SPD), 1963–1967 Senator für Jugend und Sport, April bis Oktober 1967 zusätzlich Senator für Soziales und Gesundheit, 1967–1976 Innensenator, 1967–1979 MdB.

120 Vgl. „Welt“ vom 21. März 1968 „Berlinhilfe-Gesetz ermöglicht Gleichschritt mit dem Bundesgebiet“; „Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik“ Nr.31/1968 vom 29. Februar 1968 zum Thema „Berlin im Bundeshaushalt 1968“.

Unser Ziel muß sein, daß wir selbst und unsere Verbündeten eine klare Haltung beziehen, daß natürlich auch korrespondiert wird. Die Amerikaner sagen, um Gottes willen, in Berlin dürft ihr nicht selbständig handeln. Die Amerikaner sind in einer ganz großen Schwierigkeit. Sie haben einen Präsidenten¹²¹, der – auch wenn er sich jetzt nicht zur Wahl stellt – für diese Fragen überhaupt kaum mehr Sinn hat. Das ist die Situation. Die Franzosen sind – das habe ich schon gesagt – in diesen Fragen recht lau. Auch da muß man einmal ein energisches Wort sprechen. Ich habe es dem Außenminister¹²² schon gesagt. Und die Engländer – nun ja!

Ich habe bewußt wegen unseres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten und all dieser Dinge die ganze Zeit hindurch in ständigem Gedankenaustausch mit dem Präsidenten gestanden. Wir schreiben uns jeden Monat oder alle zwei Monate. Einmal schreibt er; dann schreibe ich, und wir klären dann die Dinge, die da so vorkommen, bloß damit ein Kontakt vorhanden ist. Wenn die Amerikaner sich uns gegenüber völlig entfremden, dann können wir uns nicht mehr auf sie verlassen.

Es muß also alles getan und versucht werden. Es ist nicht unmöglich, eine Besserung herbeizuführen. Aufgrund dieser Situation in Berlin, wo die schlimmste Propaganda der ganzen Welt gegen Amerika getrieben wird, sagen die Amerikaner: Für diese Stadt sollen wir uns noch einsetzen! – Die alten deutschen Freunde drüben, wie Clay¹²³, McCloy usw., die zu Freunden Berlins geworden sind, sagen das. Das ist die Lage, meine Herren.

Ich werde mir also das, was die Regierung anlangt, durch den Kopf gehen lassen. Wir werden uns auch überlegen, was Partei und Fraktion noch tun können, auch zu Ihrem Vorschlag, einen Koordinator zu ernennen, der in dieser schwierigen Zeit alle Berlin-Fragen behandeln soll. (*Stingl*: Feuern Sie den Krautwig!)

Darauf komme ich gleich zu sprechen. Wehner hat nun seinen Staatssekretär hineingenommen, der ein ordentlicher Mann ist und in Hessen Mut bewiesen hat.¹²⁴ Es ist für mich nicht ganz leicht zu übersehen, was Krautwig tun bzw. was er nicht tun kann. Ich will auch nicht ungerecht gegenüber einem Manne sein, nur manchmal habe ich – das sage ich hier in unserem Freundeskreis – das Gefühl, so ein Mann könnte entschieden mehr tun. (*Lemmer*: Er ist unpolitisch!) Er ist ein Beamter. Ich könnte mir denken, der

121 Lyndon B. Johnson.

122 Maurice Couve de Murville.

123 Lucius Dubignon Clay (1897–1978), amerikanischer General; 1947–1949 Kommandeur der US-Streitkräfte in Europa und Militärgouverneur der amerikanischen Zone in Deutschland, 1961–1963 Sonderbotschafter Präsident Kennedys in Berlin. – Wolfgang KRIEGER: General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949. Stuttgart 1987.

124 Am 18. April 1968 war Günter Wetzel zum Staatssekretär berufen worden. Er trat die Nachfolge von Carl Krautwig an, der Generalbevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin wurde. Vgl. AdG 1968 S. 13877. – Dr. Günter Wetzel (geb. 1922), Jurist; 1945 SPD, 1955–1960 Polizeipräsident in Kassel, 1960–1966 Regierungs-Vizepräsident und Präsident (1962) Darmstadt, 1967/68 Staatssekretär im hessischen Innenministerium, 1972 Austritt aus der SPD und Eintritt in die CDU, 1978 Staatssekretär im Justizministerium Schleswig-Holstein.

Mann, der dort sitzt, müßte derjenige sein, der die Dinge zusammenfaßt. Ich werde mir das auch durch den Kopf gehen lassen.

Amrehn: Als er das Amt des Staatssekretärs abgab, habe ich vorgeschlagen, er möchte das andere auch abgeben, weil er gesundheitlich nicht mehr auf der Höhe ist. Mir wurde gesagt, dann würde Herr Wehner einen Sozialdemokraten bestellen. Der wäre noch weniger sympathisch. (*Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Wehner wollte, daß der neue Mann beides macht. Das habe ich natürlich verhindert. Aber das ist ja mein Mann. Wenn Sie mir sagen, mit dem geht es nicht, weil er zu unpolitisch ist und zu beamtenhaft denkt, können Sie mir dann einen anderen sagen, der es besser macht?

Heck: Die Stelle ist im Grunde ausgehöhlt worden bei Vockel; der saß doch völlig auf dem Trockenen in Berlin. Wenn das Bundeskanzleramt seinen eigenen Mann sitzenläßt – und das ist über Jahre hinweg geschehen –, dann braucht man sich nicht zu wundern.

Amrehn: Aber es kommt natürlich auch auf die Potenz dieser Persönlichkeit an. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Dann ist eben die Konstruktion falsch. Dann müssen wir uns das überlegen. Also, ich will Ihre Anregung aufgreifen und sehen, wie wir es am besten machen. Die Sache ist in der Tat von einer vitalen Bedeutung. Wir müssen sehen, was wir von der Partei aus tun können. (*Lebhafte Unruhe.*) Die Russen haben etwas vor. (*Lemmer:* Daran ist kein Zweifel.) Das müssen wir einkalkulieren. Wir haben ja nicht vor, neue Riesenbehörden nach Berlin zu verpflanzen. (*Anhaltende Unruhe.*) Nun ist die Frage, inwieweit soll man, wenn diese Gefahr besteht, daß die Russen etwas unternehmen, taktisch entgegenkommen und bestimmte politische Dinge in Berlin zurückstellen, dafür aber die ganze Energie auf die wirtschaftliche Stärke legen? Ein Beispiel ist der Parteitag in Berlin, den wir beschlossen haben.¹²⁵ Das wird die Russen ohne jeden Zweifel provozieren. Es ist die Frage, sind wir bzw. sind unsere Verbündeten stark genug für eine Reaktion auf eine solche Provokation? Auch das muß man einmal offen ansprechen. (*Amrehn:* Wenn wir dazu nicht mehr stark genug sind, Herr Bundeskanzler, dann habe wir im Falle des Nachgebens im nächsten Vierteljahr die nächste Forderung der Russen. Und das geht dann so weiter.) Ich meine nicht, den Forderungen nachgeben. So meine ich das nicht, sondern die Dinge liegen in der Praxis. Ob man einen Parteitag für Berlin beschließt, das hängt doch einfach von der Situation ab. Wenn ein Turnerfest in Berlin stattfindet, ist das etwas anders. Ich bin auch zur Tagung der Exil-CDU gegangen,¹²⁶ obwohl das Russen-Papier vorlag. Das war natürlich eine ausgesprochen provozierende Tagung. Man kann natürlich provozieren und sagen, wir lassen uns davon nicht abbringen, wir bleiben fest. – Nur muß man dann wissen, welches Risiko wir eingehen.

¹²⁵ 16. Bundesparteitag in Berlin vom 4.–7. November 1968.

¹²⁶ 19.–21. Januar 1968 in Berlin. Vgl. Unser Auftrag: Deutschland. Feststellungen und Forderungen des X. Exil-Parteitages der Christlich-Demokratischen Union der sowjetischen Besatzungszone. Berlin, März 1968.

Amrehn: Schütz mußte auch überlegen, bevor er den Weg über die Autobahn antreten wollte. Dazu hat er erklären lassen, das sei mit der Bundesregierung abgesprochen gewesen. (*Kiesinger:* Keine Spur!) Ich habe keinen Zeitpunkt für unglücklicher gehalten als den, den Schütz damals gewählt hat. Am Morgen hat er bekanntgeben lassen, was an sich schon drei Tage lang Tatsache war: Schütz vertritt den Bundespräsidenten. – Das mußte natürlich in einer solchen Weise provozieren, daß die Leute beinahe gar nicht anders handeln konnten. (*Kiesinger:* Mit mir ist nicht das geringste darüber gesprochen worden!) Die Bundesregierung ist wahrscheinlich in diesem Falle immer Brandt. Aber rückblickend würde ich sagen, erst durch den Fall Schütz ist, obwohl das Verbot mit den Bundesbeamten schon vier Wochen alt war, die Aufmerksamkeit der Alliierten stärker geweckt worden, als es vorher der Fall war. Nun gut, das kann man Provokation nennen, aber gewisse Rechte müssen verteidigt werden! Und darum geht es doch!

Kiesinger: Die Frage ist, wo ist hier die Grenze zu ziehen? Wer sitzt am längeren Hebelarm? Manchmal ist hier eine elastischere Taktik besser. Es kommt darauf an, daß wir – vielleicht ist es schon geschehen – die Russen nicht zu eigenen Initiativen drängen. Es ist bestimmt eine Zeitlang so gewesen, daß sie wirklich nur von Pankow angetrieben wurden und ein Monitum gestellt haben. (*Starke Unruhe.*) Ich meine, meine Herren, wir haben jetzt genug über das Thema gesprochen. Wir alle wissen, wie ernst es ist. Ich kann Ihnen versprechen, daß ich meinerseits alles tun werde.

Stingl: Es wäre wichtig, daß in dem heutigen Kommuniqué über die Sitzung des Bundesvorstands davon gesprochen würde, daß Amrehn gehört worden ist. (*Hange:* Herr Bundeskanzler! Vielleicht kann man sagen, daß Sie mit den Berliner Herren ein Gespräch geführt haben.)

Kiesinger: Das habe ich schon gesagt. Ich bin einverstanden, daß es so gemacht wird.

Lemmer: Noch eine Bemerkung! Ich habe vorhin, als Sie nicht da waren, Herr Bundeskanzler, die russische Seite in dieser Krise dargestellt. Wir haben es hier mit einer Offensive des sowjetischen Imperialismus zu tun. Wir werden eine Sache wie in Prag erleben. Die Ansätze sind da. Die Sowjetunion ist aus ihrer Stagnation der letzten zehn Jahre jetzt herausgetreten. Wir werden einiges erleben. Das ist meine Prophezeiung für dieses Jahr. (*Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Sie bezichtigen uns, wir seien ein einziges Lager des Faschismus geworden und eine Bedrohung für die Welt. So geht das weiter in einer offensiven Politik. (*Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Haben wir sonst noch einen Punkt? (*Heck:* Nein, es ist alles beraten.) Dann machen wir also ein Kommuniqué, worin wir ruhig sagen können: Der Bundeskanzler hat nach einem Vortrag von Amrehn das und das vorgetragen, und es wurden dann die und die Fragen besprochen. (*Rathke:* Die Lage Berlins?) Ja! Dann darf ich Ihnen danken und die Sitzung schließen.